

P R O T O K O L L

=====

des 17. Bundesparteitages am 17.4.1975

Karl v. Vogelsang Institut
Tivoligasse 73
1120 Wien

17. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei im Konzerthaus zu Wien. Als Prolog ein Gedanke: Wir bilden uns ein, wir machten ein Gewitter durch, dabei sind wir im Begriff, das Klima zu wechseln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich eröffne damit den 17. außerordentlichen Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei, der aus Anlaß des 30. Gründungsjahres unserer Partei einberufen wurde und unsere Gedanken gehen an diesem Tag aber nicht nur in die Vergangenheit, sondern auch in die Zukunft. Rückblick und Ausblick, Bewährung und Chance sind die Themen dieses Parteitages 1975, eines Jahres, das nicht nur ein Jahr des Gedenkens, sondern vor allem auch ein Jahr der Entscheidung sein wird. Aber bevor wir in unsere Beratungen eintreten, bitte ich Sie, meine Damen und Herren, sich von Ihren Sitzen zu erheben und gemeinsam der Verstorbenen seit der Gründung unserer Partei zu gedenken.

"Wir wollen gedenken derer, die mitgeholfen haben Österreich wiedererstehen zu lassen, all derer, die durch ihre Arbeit Österreich wieder aufgebaut haben, all derer, die für Österreich gestorben sind, die für Österreich gelebt haben. Besonders aber in diesem Augenblick des Gedenkens wollen wir uns der Freunde erinnern, die uns bleibendes Beispiel sind."

(Tonschau teilweise fast nicht verständlich, da zu viel Wiederhall)

Wir gedenken unserer verstorbenen Bundesparteiobermänner Leopold Figl, Bundeskanzler von 1945 bis 1953, als Außenminister Mitunterzeichner des Staatsvertrages. Julius Raab, Bundeskanzler von 1953 bis 1961, unter dessen Führung unser Land in Freiheit erblühte. Alfons Gorbach, Bundeskanzler von 1961 bis 1964, ein Mann der Versöhnung, des Ausgleichs und der Erneuerung. Wir gedenken des ersten Generalsekretärs unserer Partei Felix Hurdes, der unserer Gesinnungsgemeinschaft ihr erstes programmatisches Profil gab; des langjährigen Organisationsreferenten Ferdinand

Graf, der als Regierungsmitglied in schwerster Zeit ein unermüdlicher und unerschrockener Verkünder des Freiheitswillens unseres Volkes war, auf dem Zusammenschluß von Bündnen beruht ja unsere Partei als sie 1945 gegründet wurde. Stellvertretend für viele gedenken wir aus den Reihen des österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes des großen christlichen Arbeiterführers Leopold Kuntschak, aus den Reihen des österreichischen Wirtschaftsbundes des langjährigen Kammerpräsidenten und Landeshauptmannstellvertreter Karl Lakowitsch, aus den Reihen des österreichischen Bauernbundes des ersten Landwirtschaftsministers der wiedererstandenen Republik Josef Kraus. In allen Bundesländern hat die österreichische Volkspartei ihre Arbeit 1945 aufgenommen. Viele, die damals am Aufbau unserer föderalistischen Partei mitwirkten, weilen heute nicht mehr unter uns. Ich nenne für das Land Wien den langjährigen Landesparteiobmann und Vizebürgermeister Louis Weinberger, für das Land Niederösterreich den Bauernbunddirektor und Landwirtschaftsminister LH Eduard Hartmann, für das Land Oberösterreich den unvergeßlichen Bauernführer LHStv. Felix Kern und für das Land Salzburg den langjährigen Landtagspräsidenten Franz Helm, für das Land Tirol den zu früh dahingegangenen LH Hans Schickfrei, für das Land Vorarlberg den verdienten Landesstatthalter Eduard Ulm, für das Land Kärnten meinen Landsmann LHStv. Hans Herlitsch, für das Land Steiermark den unvergeßlichen LH Josef Krainer, für das Burgenland unseren lieben Freund LH Lorenz Karell. Wir gedenken ihrer in Trauer, aber auch in Treue und ihr Vorbild verpflichtet uns. Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu diesem Zeichen der Verbundenheit von den Sitzen erhoben haben.

Nun aber, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich am Beginn unseres Parteitages vor allem auch meiner Freude darüber Ausdruck gebe, daß wir heute so viele und so prominente ausländische Gäste unserer Schwestern - oder wie Sie wollen - unserer Bruderparteien bei uns hier in Österreich begrüßen dürfen und ich begrüße zunächst den Präsidenten der UECD und den Vizepräsidenten des Bundestages der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Kai Uwe von Hassel, herzlich willkommen. Ich be-

grüße den Generalsekretär der Weltunion christlicher Demokraten, Herrn Renee de Leon aus Guatemala. Ich begrüße mit großer Herzlichkeit unseren guten alten Freund, den Bundesvorsitzenden der CDU Ministerpräsident Helmut Kohl. Ich freue mich, daß in gut nachbarschaftlicher Gesinnung aus dem benachbarten Bayern der Generalsekretär der CSU - unser Freund Tandler - gekommen ist, herzlich willkommen. Und es ist mir einfach ein Bedürfnis des Respektes, den früheren Präsidenten der EWG-Kommission, Herrn Prof. Walter Hallstein, bei uns zu begrüßen. Aus der südlichen Nachbarschaft unseres Vaterlandes begrüße ich besonders herzlich den Herrn Senator Mario Selba in unserer Mitte. Und ich begrüße ebenso herzlich den Herrn Senator Guiseppe Carom, der gleichzeitig der Präsident der Italienisch-Österreichischen Gesellschaft in Italien ist. Mein besonders herzlicher Gruß gilt unserem guten alten Freund LH Dr. Silvius Magnano. Ich darf noch mit besonderer Freude Delegationen begrüßen aus der Schweiz, aus Belgien, aus den Niederlanden, aus Luxemburg, aus Malta und Spanien, auch eine Abordnung aus Portugal. Des gleichen aus Finnland und aus Griechenland den Handelsminister Janis Lafiziotis. Meine Damen und Herren, wir betrachten es als eine besondere Auszeichnung, daß Sie heute in so großer Zahl zu uns gekommen sind. Ich möchte aber auch meiner besonderen Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß unser Parteitag ein so reges Interesse hat von seiten des diplomatischen Chors und ich darf Sie alle, die sie gekommen sind, auf das herzlichste in unserer Mitte begrüßen. Zum Schluß dieser Begrüßung darf ich mich doch einen Augenblick uns selber zuwenden und ich darf aus unseren Reihen namentlich und herzlichst begrüßen den Zweiten Präsidenten des Nationalrates Dr. Alfred Maleta; ich begrüße vor allem auch meinen Vorgänger in der Funktion des Parteiobmannes, unseren Freund Dr. Hermann Withalm;

(ca. 2 Minuten total unverständlich)

Und nun, meine Damen und Herren, darf ich unsere Freunde auch um ein Wort der Begrüßung bitten, an erster Stelle Herrn Präsidenten Kai Uwe von Hassel.

von Hassel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir eine große Freude, hier an Ihrem Jubiläumskongreß die Glückwünsche sowie Grüße christlicher Demokraten überbringen zu dürfen. Wir gratulieren Ihnen vom Herzen zu den Erfolgen in der Vergangenheit, die man nicht erst suchen muß. Die ÖVP ist durch viele Jahre die stärkste politische Kraft gewesen und hat damit das Schicksal ihres Standes an erster Stelle mitgestaltet. Sie haben eine lange Periode des Aufbaues hinter sich. Mir kommt es zu, Ihrer Partei und Ihren führenden Politikern, die ihr Wirken bis auf dem heutigen Tag, für die Sammlung und die Zusammenarbeit der christlichen Demokratien in Europa zu danken. Mitglieder Ihrer Partei stehen in den vordersten Linien, wenn es gilt, die christlich-demokratische Bewegung voranzubringen. Wir preisen uns glücklich, daß heute Männer, wie Herr Bundesparteiobmann Dr. Schleinzer, der Vizepräsident der UECD Dr. Kohlmaier, der Vizepräsident Ihrer Internationalen Kommission Dr. Karasek und Nationalrat Dr. Fiedler in dieser Tradition und in diesem Geiste mit uns zusammenarbeiten. Der Zusammenschluß der christlichen Parteien Europas, der Schaffung und der Vertiefung der freiheitlichen Grundsätze unserer Länder, der Errichtung eines geeinten Europas, das auch für die Länder große Bedeutung hat, die an diesem Werk nicht unmittelbar beteiligt sein können, auf diesem Weg sind wir weit fortgeschritten, dort wo christliche Parteien die Führungsfunktionen innehaben. Wir sind mit Recht stolz darauf, daß es christliche Demokraten sind, die mit besonderer Konsequenz dem Ziele der Erhaltung eines Friedens in Freiheit und eines geeinten Europas die meisten Impulse gegeben haben. Wir wollen das geeinte Europa schaffen, weil der freie Teil unseres Kontinentes nur dann die ihm angemessene Rolle in der Weltpolitik spielen kann, wenn er als politische Union auftritt und endlich mit einer Stimme spricht. Das Europa, das wir wollen, ist nicht ein Europa der Konfrontationen, wir wollen eine Gesellschaft, die die Rechte des Einzelnen respektiert, den Freiheitsraum erweitert,

seine Personenwürde achtet und ihm die Verantwortung für den anderen, dem Schwachen, dem Nächsten bewußt macht. Wir wollen einen Staat, der diese Ordnung garantiert und nicht kontrolliert, einen Staat, in dem der Einzelne oder die Familie oder gesellschaftliche Gruppierungen in eigener Verantwortung tätig sein können. Wir wollen die Solidarität mit den Schwachen, aber nicht die Solidarität einer Klasse im Kampfe gegen andere Klassen. Bei uns prägt sich die Solidarität aus in Partnerschaft in der Wirtschaft, zwischen den Starken und den Schwachen, zwischen den Generationen, zwischen den Regionen, Partnerschaft auch zwischen Einheimischen und Wanderarbeitern. Zu unserem Menschenbild gehört, daß wir die Chancengleichheit wollen, die Freiheit der Startchancen, den Erfolg aber kann der Einzelne nur erzielen, wenn er selbst leistungswillig ist. Bei all diesen Fragen, meine lieben Freunde, unterscheiden wir uns von den Sozialisten und von den Liberalen, was aber Europa angeht, so sehen wir mit Sorge, daß sich die europäischen Sozialisten heute von Positionen entfernen, die sie noch vor drei oder vor zwei Jahren mit uns gemeinsam vertreten haben. Wir haben den Eindruck, daß auf den sozialistischen Bänken die Kräfte allmählich ein Übergewicht gewinnen, die einiges Europa nur dann wollen, wenn feststeht, daß es ein sozialistisches Europa sein würde. Bittere Erfahrungen dieser Jahre sind auch die, daß die Sozialisten zurückgefallen sind in eine Zeit, wo wir gemeinsam überwunden glaubten, in denen sie die Zukunftsaufgaben mit den Rezepten des 19. Jahrhunderts lösen wollen, die auf Klassenkampf setzen, wo Partnerschaft geboten ist, die mehr Staatsrechte studieren wollen, wo persönliche Freiheit und Bürgerrecht und um solidarische Verantwortung geht. An dieser Stelle lassen Sie mich bitte ein Wort tiefer Sorge über die Entwicklungen in Portugal, aber auch ein Wort über die mangelnde Solidarität der Demokraten im freien Europa sagen. In Portugal steht eine neue Diktatur vor der Tür. Wir alle haben die Ereignisse des 24. April 1974 bewußt, in der Revolution der Roten Nelken in der Hoffnung, daß dieses Land endlich seinen Platz im freien Europa einnehmen kann. Wir sind immer selbst als christliche Demokraten in diesen Monaten in Portugal gewesen, aber dort zeigte sich zu bald, daß die Kräfte der Linken Kommunisten an erster

Stelle im Untergrund wohl gerüstet vom Osten ausreichend unterstützt anfangen, den Gang der Geschichte in die Hand zu nehmen. Die Kräfte der Mitte dagegen mußten ganz von vorne anfangen. Wir Christdemokraten haben sie von Anfang an in ihrem Bemühen unterstützt, Portugal den Weg zu einer rechtsstaatlichen Demokratie zu erleichtern. Leider versäumte die Zusammenarbeit mit den Sozialisten, sie glaubten zunächst, Portugal mit Hilfe der Kommunisten gestalten zu können. In der Zwischenzeit haben auch sie erkannt, woher die Gefahr für die pluralistische Demokratie droht. Kommunisten und Sozialisten trennten sich dort jetzt erst an der Frage der Schaffung einer Einheitsgewerkschaft, die in der vollen Führung der Kommunisten sich befindet. Jetzt vielleicht zu spät, sind sie bereit, mit den anderen demokratischen Kräften in Portugal zusammenzuarbeiten, um eine rechtsstaatliche freiheitliche Demokratie vielleicht doch noch in letzter Minute zu retten. Und leider muß ich hier feststellen, daß manche Sozialdemokraten im freien Europa sich dieser Erkenntnis ihrer portugiesischen Freunde nicht anschließen konnten, sie meinten, daß Heil von links käme und nicht in der Zusammenarbeit aller Demokraten außerhalb der Kommunisten. Wir wollen also die christlich-demokratische Funktion im europäischen Parlament vorschlag, eine gemeinsame Resolution aller demokratischen Parteien in Portugal anzunehmen, im europäischen Parlament versagten jedoch die anwesenden Vertreter der Sozialdemokraten jedoch ihre Zustimmung, sie standen ohne jedes Verständnis gegenüber den Nöten ihrer Parteifreunde in Portugal. Meine Damen und Herren, ich rufe alle Demokraten des freien Europa auf, gemeinsam dahinzuwirken, daß sich eine Verfassung in Portugal ergeben kann, der dieses Land seinen Platz dort findet, wo ihn die überwiegende Mehrheit seines Volkes sucht, bei uns im freien Europa. Ich verbinde diesen Aufruf mit dem Apell an die Verantwortlichen im heutigen Portugal, den Präsidenten den Revolutionsrat, die Streitkräfte, die Regierung, die große Chance zu nutzen, die der neue Beginn im Aufbau wirklich demokratischer Verhältnisse eröffnet, demokratische Verhältnisse, die dieser Bezeichnung gerecht werden. Und ich rufe die Staaten

des freien Europa auf, Portugal bei seinem Aufbau tatkräftig zu unterstützen. Wenn wir christlichen Demokraten die führende Kraft in der künftigen Entwicklung sowohl auf nationalem Feld wie auch in der europäischen Gemeinschaft darstellen wollen, wenn wir demnächst einen gemeinsamen Nahkampf für ein europäisches frei gewähltes Parlament erfolgreich bestehen wollen, dann müssen wir uns zu großen europäischen Parteien zusammenschließen. Dafür brauchen wir ein gemeinsames Tagesprogramm. Die Beratung darüber wird bald zu Ende geführt werden. Die Österreichische Volkspartei hat wertvolle Arbeit an der Grundlagenkommission geleistet, wichtige wirklich wegweisende Ideen Ihres vorbildlichen Salzburger Programmes sind dabei in das europäische Manifest eingegangen. Zum Schluß ist es unsere Aufgabe, den Bürgern zu zeigen, daß wir Grundsätze bejahen, weil sie richtig sind und deshalb Bestand haben müssen und daß wir von einer sicheren Basis aus getrost den Mut haben dürfen, Neues zu durchdenken, auch bisher Ungedachtes zu durchdenken, wir sind dazu bereit. Wir wissen aber auch, daß man Neuland nur gewinnen kann, wenn man einen Kompaß richtig weist, ich habe versucht, ein paar Wegweser aufzustellen, die unserem Kompaß ausgerichtet sind, Wegweiser an denen wir selbst als Christen uns orientieren und die wir unseren Mitbürgern als Orientierungshilfe anbieten. Österreichische Volkspartei ist eine nach vorne gerichtete, für die Probleme der Zeit offene Partei. Sie stehen in der Vorphase einer schweren Wahl, wir hoffen, daß sie wieder die Verantwortung in ihrem Staate übernehmen. Dazu wünschen wir Ihnen Erfolg. Für uns aber, die EOCD, wünschen wir auch, daß in den kommenden Jahren gemeinsam mit Ihnen die Sache der christlichen Demokratie in Europa und in aller Welt vorangebracht werden kann. Ich wünsche Ihrem Parteitag vollen Erfolg.

Dr. Schleinzer:

Ich danke dem Herrn Präsidenten, ich möchte lediglich das eine, was ich glaube uns gemeinsam am Herzen liegt, jetzt sagen. Ich bin persönlich überzeugt, wenn die christlich-demokratischen Parteien in Europa ihre Anstrengungen erhöhen, wenn wir unsere E^Rfahrungen zusammenlegen und unsere persönlichen Kontakte ver-

tiefen, dann kann und wird es uns gelingen, daß die christliche Demokratie neuerlich zur prägenden geistigen politischen Kraft in Europa wird - und das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Meine lieben Freunde, auf dieser Welt ist überhaupt nichts perfekt und schon gar nicht der Vorsitzende eines Parteitages. Ich muß daher zwei Begrüßungen nachholen, und zwar erstens unseren Freund Hans August Lücker, der Vorsitzende der christlich-demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, ich heiße ihn herzlich willkommen. Bitte die Regie nicht zu übersehen, das führt nämlich zu Sonderapplaus. Zweitens möchte ich noch begrüßen den Abgeordneten Alfred Bertrand, der Mitglied des Europäischen Parlamentes ist und aus Belgien kommt, auch ihn darf ich herzlich begrüßen. Ich habe allen Delegierten bei unseren gestrigen Familientreffen am Abend die Hand geschüttelt, sodaß ich die Delegierten zu begrüßen vergessen habe. Ich bitte um Nachsicht. Aber mir ist noch etwas Schrecklicheres passiert, ich habe die Presse, Rundfunk und Fernsehen noch nicht begrüßt. Ich bitte vor allem die Damen und Herren in der Journalistenloge das nicht als eine Fehlleistung zu interpretieren, sie seien also nochmals sehr herzlich willkommen und jetzt darf ich den Herrn Senator Präsident Shelba das Wort erteilen.

Präs. Shelba:

(Rede in Fremdsprache)

Dolmetsch: Meine Damen und Herren, es ist mir eine große Freude, daß ich hier das Wort ergreife, um den österreichischen Christdemokraten anlässlich des 30jährigen Bestandes ihrer Partei den Grund der Christdemokraten Italiens und des politischen Sekretärs Fanfani zu übermitteln. Sie haben allen Grund, die Geburt ihrer Partei zu feiern. Die Anwesenheit des Staatsoberhauptes bei der gestrigen Zeremonie war für uns ein Zeugnis vor dem ganzen österreichischen Volk für die historische Rolle der ÖVP im Kampfe um ein unabhängiges Österreich, für ein freies und demokratisches Österreich, würdig seiner großen kulturellen und

religiösen Traditionen. Es war kein Zufall, daß zu Ende des letzten Weltkrieges jene Völker, die am meisten unter der Diktatur und den Kriegsverheerungen gelitten hatten und danach lechzten, ein neues Leben in Sicherheit, Frieden und Freiheit aufzubauen, ihr Schicksal den Christdemokraten anvertrauten. Die Mehrheit der Bürger glaubte an die Werte dieser Parteien. Träger dieser Werte zu sein, war unsere Stärke und die Treue, die wir ihnen halten, wird die Bedingung sein, nach der wir in unseren Ländern und bei unseren Völkern gewogen werden. Über unsere Länder und über das demokratische Europa verdichteten sich immer mehr Wolken, die Krise der Werte, die die Kultur betreffen, folgt die wirtschaftliche Rezession und das Mißtrauen in die Gültigkeit der freien Institutionen. Am meisten erweckt der Geist des Nachgebens Sorge, der alle Völker des Westens ergriffen hat. Und der Kommunismus, der nie darauf verzichtet hat, die Welt erobern zu wollen, zieht daraus Nutzen und paßt seinen Eroberungsmethoden den nationalen und regionalen Bedingungen an. Die Rolle der christlich-demokratischen Parteien ist daher heute aktueller denn je und die Verpflichtung, die die jungen Generationen auf sich nehmen müssen ist nicht weniger hart und nicht weniger bedeutend, wie die der gründenden Väter. Als Gaspari, der große Leader der italienischen DC hatte, um den italienischen Christdemokraten die Notwendigkeit der Einheit und der Solidarität vor Augen zu halten, immer ein Beispiel, das er gerne wiederholte, es war das Beispiel der Seilschaft bei einer Bergbesteigung. Wir sind, sagte er, an dasselbe Seil gebunden, wenn einer stürzt, ist damit das Risiko verbunden, daß die ganze Seilschaft in der Bergschlucht verschwindet. Diese Tatsache gestattet es mir zu behaupten, daß wir in den einzelnen Ländern, in den einzelnen Ländern mit der Zukunft der DC in ganz Europa verbunden sind und daß diese Zukunft davon abhängt, was jede Partei in ihrem eigenen Land wird tun können. Aus dieser Erwägung kommt mein Wunsch an die österreichischen Christdemokraten und er lautet: Es ist ein herzlicher brüderlicher warmer Wunsch für ihre Zukunft, damit die nächste Zukunft reich sei an Erfolgen, damit ihre Erfolge auch unsere Erfolge sein mögen, Erfolge für die ganze europäische christlich-demokratische Bewegung, für ihre Ideale,

für ihre christlichen Ideale von Freiheit, Demokratie, Frieden und menschlichem Fortschritt.

Dr. Schleinzer:

Ich danke dem Herrn Präsidenten Shelba, wir alle schätzen die gutnachbarlichen Verhältnisse, die heute die Beziehungen zwischen Österreich und Italien kennzeichnen, ich wünsche unserer Schwesterpartei in Italien viel Erfolg, nicht nur bei den bevorstehenden Regionalwahlen, sondern auch für die Bewältigung der großen gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit.

Ministerpräsident Dr. Kohl, darf ich Dich ans Rednerpult bitten.

Dr. Kohl:

Herr Bundesparteiobmann, lieber Freund, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde! Ich darf Ihnen für die CDU Deutschland zu Ihrem 30. Geburtstag unsere herzlichen Glückwünsche überbringen und eingeschlossen in diesen Glückwunsch ist der Dank für die gute Zusammenarbeit, für manchen kameradschaftlichen Rat in diesen für unsere Länder so schwierigen 30 Jahren. Als wir gestern drüben saßen im Prälatensaal des Schottenstiftes und noch einmal die Ursprünge der ÖVP vor 30 Jahren vor unserem Auge geistig vorbeizogen, da ist jedem in diesem Saal, der Sinn für Geschichte hatte, klar geworden, welcher langer, welcher schwerer Weg dies war in diesen 30 Jahren. 30 Jahre, meine Freunde, sind in einem Leben eines Volkes vor der Geschichte fast nichts. 30 Jahre im Leben eines Menschen ist mehr als die Spanne einer Generation. 30 Jahre im Leben einer Partei ist ein schwieriges, ein steiles, ein beschwerliches Wegstück und Karl Schleinzer sagte gestern zu Recht, daß wir, die aus der zweiten, der nachrückenden Generation kommen und sind und sie vertreten, in dieser Stunde zuerst voll Dankbarkeit an jene denken, auf deren Schultern wir stehen und ohne deren Wirken und ohne deren Kampf unser heutiges Sosein nicht möglich wäre. Dies gilt für Sie in der ÖVP, dies gilt für uns in der CDU

Deutschlands, dies gilt für alle christlich-demokratischen Parteien. Meine Damen und Herren, die die vor uns Verantwortung trugen und deren Erbe wir verwalten, haben uns Wege gezeigt, die auch heute noch gültig sind. Sie haben lange vor anderen erkannt, daß das Denken in den Kategorien des 19. Jh. Denken in der Welt von gestern ist. Und meine Damen und Herren und liebe Freunde, sie haben deutlich gemacht, daß Europa werden muß, wenn die Nationen Europas und wenn die Völker dieses alten Kontinentes eine Zukunft in Freiheit haben wollen. Aber sie haben dieses Europa nie als einen großen Eintopf erstanden, sondern immer auch darüber nachgedacht, daß das Köstliche der einzelnen Nation ihre Geschichte und ihre Originalität und Individualität eingehen muß in das größere Europa. Und wir haben auch nie daran gedacht und dies wird nicht so werden, daß das Europa, das wir wünschen, in dem wir leben wollen, quasi eine Funktion des Büros des internationalen Sozialismus in Europa wird, dies war nicht unser Ziel und es wird niemals in Europa, solange es uns gibt, so sein. Ich glaube aber, daß das Allerwichtigste an diesem Tag, bei aller Notwendigkeit des Blickes zurück, das ist, daß wir nach vorne blicken, daß wir daran denken, daß hier in Österreich, in der Spanne dieser 30 Jahre eine neue Generation geboren und aufgewachsen ist, das gilt für alle unsere Länder, das gilt auch für die BRD, daß neue Fragen sich stellen, daß neue intellektuelle Versuchungen an uns herantreten, aber ein Gedenktag dieser Art regt auch zum Nachdenken, regt auch zu einer geistigen Standortbestimmung an. Und gerade, meine Damen und Herren, weil uns so viele unter der Flagge des sogenannten Zeitgeistes jetzt und in diesen Monaten und Jahren die große Anpassung anraten und verordnen, glaube ich ist es wichtig, auf einem Tag, der den 30. Geburtstag und dem Gedenken gewidmet ist, zu sagen, daß die Prinzipien, nach denen die Gründer der ÖVP oder der CDU angetreten sind, heute noch so modern und so progressiv sind als in jenen Jahren und Tagen vor 30 Jahren. Und weil dies so ist, wollen wir gemeinsam bei alledem, was Individualität der einzelnen nationalen Parteien, der christlichen Demokraten in Europa auch macht, die Traditions- und Geschichtsströme bedenken, die hineinführten in unsere Partei, die liberale Idee, die konservative Idee, die christlich-

soziale Idee und das alles, was offene Volkspartei ausgemacht hat, und zwar vor allem jener Geist personaler Freiheit, der für uns die Grundlage jeglicher staatlichen Existenz und jeglichen Pluralismus in unserer Gesellschaft war, ist und bleibt. Wenn wir dies deutlich machen, ganz selbstverständlich so leben, ohne Selbstgerechtigkeit und ohne patätischen Anspruch, sondern in der nüchternen Alltagsarbeit auch, dann werden unsere Mitbürger wieder in steigender Zahl erkennen, daß die Zukunft der europäischen Länder auf den Prinzipien, wie sie die christlich-demokratischen Parteien vertreten, gut aufgehoben ist, dann werden wir und das ist ja immerhin in nächster Zeit das Wichtigste, hier in Österreich und drüben in der BRD, wiederum die Regierungsverantwortung durch das Vertrauen unserer Mitbürger übertragen bekommen, dann können wir, wie manchesmal in diesen beinahe 3 Jahrzehnten, dann können wir wieder kraftvoll das Ruder des Staatsschiffes aus jenem Geiste führen, der unsere Politik in diesen Jahren immer geleistet hat, den Geist der Freiheit, den Geist der Solidarität und den Geist des selbstverständlichen Stehens zur Geschichte der eigenen Nation, des eigenen Volkes und des eigenen Vaterlandes. In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren und liebe Freunde, wünsche ich Ihnen allen in der ÖVP alles Gute für dieses schwierige Jahr 1975, vor allem das ganz selbstverständliche Vertrauen zur großen Kraft dieser großen ÖVP, denn das werden wir gemeinsam brauchen in diesen nächsten Monaten. Und ich meine, was wir tun können, nicht nur im Zusammenstehen, sondern auch im Zusammenwirken, soll geschehen. Wir haben die Chance, die Zeichen stehen günstig, es steht nirgends im Buch der Geschichte geschrieben, daß das Europa in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre unter der Führung der Sozialisten steht, es ist unsere Sache, es ist unsere Aufgabe, es ist die Frage unseres Mutes und unsere Entschlossenheit, wenn wir mit äußerster Hingabe kämpfen, die Sache für uns zu entscheiden. Hier in Österreich mittels ÖVP 1975 und bei mir zu Hause in der BRD 1976, dies war eine gute Zeit in Europa, als Kanzler der ÖVP und der CDU unter Ministerpräsidenten vieler christ-demokratischer Parteien die

Regierungen bildeten. Da war wenig zu verspüren von jener Zurückhaltung, von jenem Mangel an Solidarität, von jener Flucht aus geschichtlicher Verantwortung, das muß anders werden, wir haben es in der Hand, für Sie in diesem Jahr, für die wichtige Wahl, für uns alle, die Sie mitbestreiten, ein herzliches Glückauf und alles Gute.

Dr. Schleinzer:

Meine Damen und Herren! Ich möchte einfach wiederholen, was Helmut Kohl gesagt hat, es waren gute Zeiten, nicht nur für Österreich, nicht nur für die BRD, sondern für ganz Europa, solange in diesen beiden Ländern CDU bzw. VP die Hauptverantwortung getragen haben. Wir wünschen Helmut Kohl, was auch er uns wünscht, nämlich Erfolg bei den großen vor uns liegenden Entscheidungen, alles Gute lieber Freund!

Herr Landeshauptmann Dr. Magnano.

Dr. Magnano:

Sehr geehrter Herr Bundesparteiobmann, verehrte Versammelte des Bundesparteitages, liebe Freunde! Mit großer Freude überbringe ich Ihnen die Glückwünsche der Südtiroler Volkspartei, die Ihnen die brüderlichen Grüße aus dem südlichsten Raum Tirols, aus dem Tirol südlich des Brenners übermittelt. In diesen Tagen feiern beide Parteien, die Österreichische Volkspartei und die Südtiroler Volkspartei, ihr 30jähriges Bestehen. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß beide Parteien den Idealen, mit denen sie in schwerster Zeit ihre Fahne in das politische Kampffeld trugen, unbeirrbar treu geblieben sind. Eines der Ergebnisse gemeinsamer Zielsetzung und gemeinsamer Bemühungen beider Parteien, das als eine bleibende Tatsache in der Geschichte eingegangen ist, stellt die wesentliche Verbesserung der Lage des Südtiroler Volkes durch das Paket dar. Unbedingte Voraussetzung für das Wirksamwerden des Paketes war die zustimmende Kenntnisnahme von denselben durch den österreichischen Nationalrat. Daß diese Kenntnisnahme, die im Dezember 1969 erfolgte, zustimmend war, verdanken wir alleine der Österreichischen Volkspartei, die dafür alle ihre Kraft und Verantwortlichkeit einsetzte. Was das Paket, wenn auch noch einige und wesent-

liche Durchführungsbestimmungen ausstehen, bedeutet, werden Sie daraus ersehen, daß sich vor wenigen Tagen in meine Bericht zum Haushaltsvoranschlag für dieses Jahr vor dem Südtiroler Landtag erklären konnte, daß wir dabei sind, mit der Selbstverwaltung auf dem kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gebiete dem Lande ein neues Gesicht zu geben. Ihrem Lande ein neues Gesicht gegeben, hat auch die Österreichische Volkspartei, als sie vor 30 Jahren ihren politischen Auftrag und ihre politische Verantwortung übernahm. Unter der Führung der Politiker der ÖVP hat Österreich den Staatsvertrag errungen, Politiker der ÖVP haben entscheidend daran mitgewirkt, daß Österreich aus der totalen Ohnmacht der Zeit des Kriegsendes herausgeführt und zu einem Land gemacht wurde, daß in Europa und in der Welt nicht nur auf kulturellem, sondern auch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet wieder großes Ansehen erlangt hat. Die Österreichische Volkspartei hat den aufsteigenden Ast dieses Bogens der Entwicklung in der Nachkriegszeit gespannt, der sich nun wieder zu einem neuen Ausgangspunkt herunterneigt. Nicht nur Österreich, ganz Europa steht nach diesen 30 Jahren vor einer neuen Lage, die neu überdacht werden muß und die ein neues Konzept verlangt, wirtschaftliche und soziale Fragen stehen heute in ganz anderer Form vor uns als vor 30 Jahren, als der Wiederaufbau einer vollkommen zerstörten Wirtschaft und einer zertrümmerten politischen Ordnung begonnen werden mußte. Heute ist aber mehr als damals die soziale und gesellschaftliche Ordnung in Frage gestellt. Es braucht heute wie damals die Kräfte, die Garanten der Demokratie, des Schutzes der Menschen und des Menschenlebens, der Freiheit der Meinung und der Freiheit des Volkes und der Völker sind. Ich wünsche der Österreichischen Volkspartei, die nach wie vor eine große Verantwortung für das Wohl des österreichischen Volkes trägt und die in diesem Wahljahr vor wichtigen Entscheidungen steht, daß ihre jungen Männer und Frauen erneut von der alten Kraft beseelt seien, mit der sie einst in schwerster Zeit ein Konzept für Demokratie und Freiheit Österreichs entwarf und verwirklichte. In diesem Sinne wiederhole ich nochmals meine herzlichen Grüße und Erfolgswünsche im Namen der Südtiroler Volkspartei an Sie alle.

Dr. Schleinzer:

Ich danke dem Herrn Landeshauptmann Magnano für seine Worte und ich bitte ihn, seinen Landsleuten in Südtirol die Grüße und die guten Wünsche unseres heutigen Bundesparteitages zu überbringen. Er weiß, daß er hier im Kreise von Freunden weilt, auf deren Unterstützung er rechnen kann, wenn es darum geht, gemeinsame Anliegen zu verwirklichen. Nochmals herzlichen Dank. Und nun meine lieben Freunde darf ich noch den Generalsekretär der CSU bitten und anschließend den Vertreter Griechenland, den Herrn Minister, den Herrn Handelsminister Varitsiotis und damit würden wir dann die Begrüßungsansprachen beenden.

GS der CSU:

Herr Bundesparteiobmann, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde! Ich überbringe Ihnen ein herzliches Grüßgott, ein nachbarschaftliches Grüßgott der christlich-sozialen Union Bayerns und ihres Vorsitzenden Franz Josef Strauß. F.J. Strauß bedauert, heute nicht hier sein zu können, aber er befand sich gestern und befindet sich heute im Wahlkampfeinsatz in Nordrhein-Westfalen, wo er gemeinsam mit Helmut Kohl und den anderen Freunden der CDU um die Mehrheit für die CDU auch in diesem Lande kämpft. Meine sehr verehrten Damen und Herren, 30 Jahre in der Geschichte, hat Helmut Kohl mit Recht gesagt, sind eine kurze Zeit. Wie lang sie sein können, wenn man sie ertragen muß, ersieht man daraus, daß auch die Zeitspanne von 1915 bis 1945 auch 30 Jahre war. Und wenn man diesen Gesichtspunkt in unsere heutige Betrachtung miteinbezieht, dann meine Damen und Herren, sieht man eigentlich erst, wie erfolgreich die Politik der christlich-demokratischen Parteien Europas nach dem Kriege war und wie gut das Fundament der Außenpolitik und Innenpolitik war, das sie gelegt haben, daß wir doch im freien Teil Europas in den letzten 30 Jahren wenigstens zwar Angst gehabt haben vor einem Krieg, aber ihn gottseidank nicht erdulden mußten. Meine Damen und Herren, 30 Jahre, 1945 bis 1975, eine Zeitspanne erfolgreicher Politik für unsere Parteien in Europa, aber heute, glaube ich, sollten wir neben dem was wir über die Vergangenheit Gutes, Angenehmes, Rühmenswertes zu sagen haben, an die

Zukunft denken. Heute geht es darum, daß unsere Parteien die Politik der personalen Freiheit so deutlich als Alternative vom sozialistischen Kollektiv formulieren, daß wir die große Antithese auch die Mehrheit von den Völkern in unserem Europa bekommen. Denn meine Damen und Herren, um es einfach, aber hart zu sagen, es geht im Herbst dieses Jahres in Österreich und ein Jahr später in der BRD darum, ob der Weg in den Sozialismus eine Einbahnstraße bleibt, oder ob eine Umkehr möglich ist. Um diese Umkehr kämpfen wir und zu diesem Kampf wünschen wir auch der ÖVP in Österreich ein herzliches Glückauf und viel Erfolg.

Dr. Schleinzer:

Ich danke in guter nachbarschaftlicher Gesinnung und bitte jetzt den Handelsminister von Griechenland um seine Worte.

HM von Griechenland:

Meine Damen und Herren! Ich fühle mich glücklich, daß ich Gelegenheit habe, am 30. Jahrestag der Gründung der ÖVP als Vertreter meiner Partei Neue Demokratie und als Mitglied der griechischen Regierung teilnehmen zu können. Erlauben Sie mir, Ihnen an dieser Stelle die besten Grüße des Obmannes der Neuen Demokratie, des Herrn Ministerpräsidenten Karamanlis zu übermitteln. Meine Freude ist besonders groß, weil ich außerdem das erste Mitglied der griechischen Regierung nach dem Fortfall der Diktatur bin, welches Österreich besucht. In diesem Sinne ist es für mich eine angenehme Aufgabe, der demokratischen Welt Österreichs in aller Öffentlichkeit für Ihre wesentliche Unterstützung und Beitrag zur Wiederherstellung der Demokratie in meinem Lande zu danken. Besonders möchte ich den großen Verdienst des langjährigen österreichischen Botschafter in Griechenland, Hr. Dr. Ludwig Steiner, der auch profiliertes Mitglied Ihrer Partei ist, hervorheben. Mit dem heutigen Anlaß möchte ich Sie bitten, weiterhin Ihre Liebe und Ihr Interesse für Griechenland zu bewahren. Mein Land hat noch immer kritische Zeiten durchzustehen, deren Entwicklung möglicherweise das

Gleichgewicht Europas beeinflussen könnte. Ich schließe mit dem Wunsch für einen vollen Erfolg Ihrer Tagung. Danke schön.

Dr. Schleinzer:

Meine Damen und Herren! Vielleicht sollten wir daran denken, es ist das erste Mal in der Geschichte unserer Bundesparteitage, daß wir einen Vertreter Griechenlands gehört haben, einen Vertreter der Bewegung Neue Demokratie, einen Vertreter der sich neu bewährenden griechischen Demokratie und wir finden das mit einer sehr großen Genugtuung. Ich danke Ihnen, Herr Minister, für Ihr Grußwort. Ich darf Ihnen versichern, daß die Österreichische Volkspartei die weiteren Entwicklung der parlamentarischen und rechtsstaatlichen Demokratie in Ihrem Land mit einer sehr großen Aufmerksamkeit verfolgt und wir wünschen Ihrem Land eine gute weitere Zukunft.

?

Verehrte Gäste, liebe Parteifreunde! Ich danke für die Einladung, an diesem Jubiläumsparteitag zu sprechen. Ich verdanke die Ehre einem sehr traurigen Umstand. Die Parteifreunde, die das erste Anrecht darauf wegen ihres politischen Einsatzes im April 1945 hätten, weilen nicht mehr unter den Lebenden. Ich nenne von den uns so vertrauten Namen drei aus der älteren Generation, Leopold Kutschak, Josef Reiter, Julius Raab, drei aus der jüngeren Generation, Leopold Figl, Felix Hurdes, Louis Weinberger und schließe alle Parteifreunde mit ein, die außer den Genannten bei der Gründung unserer Partei mitwirkten. Ihnen haben wir bereits unser dankbares Gedenken gezollt. Ich darf nun stellvertretend für sie hier sprechen. Meine Generation kann sich über den Mangel an Gedenktagen nicht beklagen. Sie begleiten mein Leben vom Jahre 1914 über 1918, 1934, 1938 bis zum Jahre 1945, welchem Jahr unsere heutige Feier gilt. Die Frage ist nicht unberechtigt, ist ein Zeitraum von 30 Jahren ausreichend, landauf, landab Feiern zu veranstalten. Ich gebe zu, daß auch mir Jubiläen, die älter sind wie ich mehr behagen. Ich freue mich, wenn ich das sage, auf das bevorstehen-

de 1200jährige Jubiläum des Stiftes Kremsmünster. Von dort geht auch ein 80jähriger verjüngt weg. Auf alle jüngeren Jubiläen stimmt doch irgendwie das Wort des Dichters: Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte, nicht nur das Omen, sondern auch Gemeinschaften. Und trotzdem will ich sagen, wenn auch der bloße Zeitablauf wenig bedeutend und kaum ein Jubiläum rechtfertigt, spiegelt sich doch in den genannten Jahreszahlen die bewegte jüngste Geschichte des alten und des neuen Österreich mit seinem ständigen Wechsel von Sieg und Niederlage, von Hoffnung und Verzweiflung, von Untergang und Auferstehung. Der Kampf Österreichs um seine Wiedergeburt spiegelt sich außerdem in einer Welt eines atemberaubenden Wandels ab, der Analysen in immer kürzeren Zeitabschnitten verlangt. So mag auch unsere Jubiläum seine Bedeutung haben. Ich werde keine historische Darstellung dieses Zeitabschnittes von 1945 bis heute geben, das wird besser den Professoren für Zeitgeschichte überlassen bleiben. Ich glaube, auch nach meiner weniger wissenschaftlichen als praktischen Veranlagung und Betätigung, meine Aufgabe richtiger zu erfüllen, wenn ich erzähle, wie ich die damalige Zeit erlebte, auch wenn dabei suggestive Eindrücke, Temperament und Herz das Bild beeinflussen. Als ich im April 1945 aus meinem Zwangsaufenthalt Berlin nach Österreich zurückkehrte, es war 14 Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner, kam ich in ein Land des turbulenten Kriegselends, des turbulenten Kriegsendes, in einem Land, das aus vielen Wunden blutete, doch zu unserer aller Überraschung stieg aus dem Chaos nicht Verzweiflung, nicht Resignation auf, sondern ich spürte Aufmunterung und Zuversicht. Irgendwie hat das mit dem Begriff Heimat zu tun, Heimat sind nicht Berge, Heimat sind nicht Seen, sind nicht Wälder, nicht einmal Menschen in diesem Land, Heimat ist das Gefühl der Freiheit von Angst. Heimat ist das Gefühl der Geborgenheit und sichtbar ging ein neues fast elementares Bekenntnis zu Österreich durch Land und Stadt, durch Jung und Alt und außerdem war ein eindeutiger Wille der politischen Kräfte zur Zusammenarbeit klar erkennbar. Es war wie ein einmaliges großes Aufatmen nach einer schweren Krankheit. An drei Ereignissen will ich dies ver-

deutlichen: Das erste war die gesamtösterreichische Länderkonferenz in Wien im September 1945. Wir erinnern uns kurz, welch furchtbares Erbe die letzten Zuckungen des Krieges auf dem Boden Österreichs hinterlassen haben, zerstörte Häuser und Fabriken, verwüstete Wälder, eine ausgeplünderte Wirtschaft, dazu Hunger, Unsicherheit, die geringe Möglichkeit mit den Landsleuten in den Besatzungszonen Kontakt zu bekommen und das uns ganz Ungewohnte jetzt im Land fremde Militärbesatzungen haben zu müssen. So groß die Freude über das Ende des Krieges war, so bitter, ja hoffnungslos schien die Situation, wohl gab es seit 27. April 1945 eine provisorische Staatsregierung, welche sich aber lediglich auf die Anerkennung der russischen Besatzungsmacht stützen konnte. Die westlichen Besatzungsmächte mißtrauten ihr. Eine Erinnerung, die ersten Plakate der Besatzungsmächte warnten die Österreicher, Zwietracht zu säen zwischen die Besatzungsmächte. Nach wenigen Monaten hätten wir uns Plakate erwartet, die Österreicher bitten, weiter tätig zu sein, um die Zwietracht etwas zu erleichtern. Dieses Mißtrauen zeigte sich bei der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945, in welcher beschlossen wurde, daß über die Machtbefugnisse der provisorischen Regierung Renner für ganz Österreich erst dann entschieden werden könnte, wenn auch amerikanische und britische Truppen in Wien einmarschiert sind. Zwischen der westlichen und östlichen Besatzungsmacht und folglich auch zwischen dem Westen Österreichs und der provisorischen Staatsregierung war kein offizieller Kontakt, auch die westlichen Besatzungszonen selbst waren voneinander hermetisch abgeschlossen. Für Oberösterreich hatte die Situation noch eine Verschärfung erfahren, weil die Russen anfangs Juni überraschend das Mühlviertel besetzten und die Alliierten an diese Änderungen beschlossen, nachdem die Russen in der Oststeiermark ihr Gebiet an die Briten abgaben. Der Schock auf diese Teilung meines Landes Oberösterreich zwischen die zwei Supermächte war deswegen so groß, weil zu befürchten war, daß die Zerreißung eines durch Jahrhunderte gewachsenen einheitlichen Wirtschaftsgebietes zur Katastrophe werden könnte, wenn die Zonengrenze so streng wie an der Enns gehandhabt wird. Dazu kam, daß die Erhaltung

einer einheitlichen Verwaltung in beiden Zonen bei dem wachsenden gegenseitigen Mißtrauen beider Besatzungsmächte fast undurchführbar war. Unserem Parteifreund Plöchl mit seinen Mitarbeitern gelang das Kunststück mit Staatskanzler Renner und Figl ein Gesetz auszuarbeiten, in welchem nicht das Mühlviertel eine eigene Landesregierung bekommen hat, in welchem nicht die niederösterreichische Landesregierung ihre Tätigkeit auf Oberösterreich erstreckte, sondern in welche trotz der Zonentrennung die Einheit des Landes durch gemeinsamen Landtag, gemeinsame Landesregierung gesichert war und auch die Zustimmung beider Supermächte zu diesem Gesetz der schwierigen langdauernden Verhandlungen zu gewinnen. Es dauerte damals alles Vernünftige sehr lange. Die Unterschriften unter das Gesetz, das die Zustimmung des alliierten Rates hatte, wurde erst im Herbst 1949 erteilt. Zwischendurch haben wir das, was der Österreicher gut kann, ein Gesetz, das noch nicht in Geltung war, haben wir bereits exekutiert und haben es so durchgeführt, dass niemand gemerkt hat, daß es noch nicht Geltung hatte. Die Elastizität des Österreichers hat sich ja sehr unerhört bewährt, das kann er, ob früher im alten Reich mit so vielen Nationen, oder jetzt in der Zweiten Republik mit so vielen Besatzungsmächten, gut durchzukommen und daher der Urgrund, daß wir so gut Slalom fahren und vier Besatzungstore ohne an eines anzustoßen. Aber wesentlich damit durch die Einheit Oberösterreichs blieb die Klammer erhalten, die nicht nur die östliche Besatzungszone mit dem Westen des neuen Staates verknüpfte, sondern überhaupt den Osten Österreichs mit dem Westen Österreichs und das hat sehr wesentlich auch die Einheit des gesamten Staatsgebietes verstärkt. Und die Trennung der Zonen aufzulockern, ergriffen die westlichen Bundesländern die Initiative zur Länderkonferenz in Salzburg am 20. August 1945. Dazu gehörte Mut. Ich habe ein Verbot gehabt, dorthinzufahren, die anderen auch, weil die Regierung ja noch nicht anerkannt war, weil man nicht wollte, daß wir Politik betreiben vorher, auch verständlich. Ich weiß nicht, wie wir uns benennen würden als Besatzungsmacht in Alabama oder in Georgia, ich weiß es nicht, aber man muß das auch wissen, daß die nicht gelernte Österreicher waren, wie wir es waren. Es gehörte Mut dazu, die kleine Länderkonferenz

behandelte auch in einer sehr kritischen Art das Benehmen der Besatzungsmächte, die geringe Bewegungsfreiheit der Bevölkerung, Verschleuderung von Wirtschaftsgütern, die mangelnde Zusammenarbeit der Militärregierungen, die Ausdehnung der UNRA-Hilfe auch auf den Osten Österreichs usw., aber die entscheidende Bedeutung an erster Stelle stand der Wunsch der westlichen Bundesländer, mit der Staatsregierung Fühlung aufzunehmen und sie durch Ergänzung von Vertretern der westlichen Länder zu einer gesamtösterreichischen Regierung umzugestalten. Wir haben keinen Zweifel gelassen, daß der Gedanke unmöglich ist, daß nicht die Einheit des Landes auch unser Ziel ist. Der Westen Österreichs, dem man damals nicht ganz zu Unrecht nachsagte, daß er wirtschaftlich besser gestellt ist, was ich zugebe, aber hat doch in der ersten möglichen Gelegenheit beschlossen, die Zonengrenzen aufzuheben, Personen und Warenfreiheit zu erlauben und für ganz Österreich eine Einheit in der Lebenshaltung herzustellen. Und dann kam es zwischen dem 24. und 27. September zur ersten gesamtösterreichischen Konferenz in Wien. Es war das nicht nur ein großes politisches Ereignis, sondern auch ein tiefes menschliches Erlebnis. Der erste Eindruck war erschütternd. Die Wunden der letzten Kriegstage waren noch frisch und neu. Stephansdom, Oper und Kärntnerstraße waren ausgebrannt, es gab kein Verkehrsmittel, die Verpflegung war schmal, das Schicksal der noch nicht heimgekehrten Mitbürger lastete schwer auf allen Familien, dazu lag die Zukunft des Landes im dunkeln und in den Händen fremder Soldaten. Das Bild unserer schönen lebenslustigen Hauptstadt in ihrer tiefsten Heimsuchung bedrückte uns auf das schwerste. Und doch mischte sich hier in dieses traurige Bild ein froher Farbton. Es war das erste Wiedersehen der Bundesländer mit Wien, es war nach bitteren Leidensjahren das neu erwachte Gefühl einer Schicksalsgemeinschaft, es war das Bewußtsein, daß das Ende des Krieges ein neuer Anfang für die Heimat werden kann, wenn alle aus der Vergangenheit lernen und künftig das Verbindende über das Trennende stellen. Ich erinnere mich, es ist auch im Lichtbild gezeigt worden, an eine Einladung des Bürgermeisters von Wien ins Rathaus, wo übrigens ein bescheidenes Wiener Gulasch uns besser schmeckte wie der tollste

Braten, wir feierten das wiedererstandene Vaterland. Ich durfte als Sprecher der Bundesländer unserer Freude über das Wiedersehen Ausdruck geben und das Gelöbnis geben, daß die Bundesländer in loyaler Zusammenarbeit mit Wien den weiteren schweren Weg gehen wollen. Die Länder, so sagte ich, werden in Hinkunft keinen Waserkopf und Wien keine Provinz mehr kennen. Man wird es mir nicht verübeln, wenn ich heute den damaligen Worten ein einziges anfüge: hoffentlich. Die Beschlüsse der beiden Länderkonferenzen brachten die Umbildung der Regierung, ihre Anerkennung durch alle Bundesländer, durch die Alliierten und die Einigung, noch im Jahre 1945 freie Wahlen in ganz Österreich durchzuführen. Und aus der Distanz von 30 Jahren kann festgestellt werden, daß durch den Geist der Zusammenarbeit, der in diesen Konferenzen sichtbar geworden ist und durch seine Auswirkungen auf die Besatzungsmächte die Neubegründung eines freien und ungeteilten Österreichs besiegelt wurde, einem Landeshauptmann wird man die Genugtuung zubilligen, daß ihm die provisorische Staatsregierung in diesen kritischen Wochen auf die Länder stützte und damit auf die Wurzeln, aus denen der Gesamtstaat seine lebendigsten Kräfte zieht. Die Vertreter der jungen Volkspartei, zum Teil erst eben aus den Gefängnissen befreit, gingen mit einem neuen Selbstbewußtsein an die Arbeit. Ihr Programm in den Jahren der Verfolgung geboren, von dem Willen getragen, auf Haß mit Menschlichkeit zu antworten, bestand in der entscheidenden Stunde Österreichs seine Feuerprobe. Ich will ein Bild, aus der Erinnerung aufgestiegen, über diese Debatten wie Weidmann Kollektivverurteilungen trifft, eine Meinung wiedergeben, die dort dem Kreise in Wien einer äußerte, er sagte: Vergessen wir nicht, wenn wir Schuld verteilen und mit einem Finger auf einen zeigen, Du hast die Schuld, daß drei Finger auf den Sprecher zeigen. Das zweite Erlebnis: Ich sagte, die Feuerprobe, das bewies die erste freie Wahl, die ohne Propaganda und Plakate fast ohne Versammlungen und Redner, dazu in einem besetzten Land der Volkspartei die absolute Mehrheit und die politische Hauptverantwortung für ein Vierteljahrhundert brachte. Und auch hier wieder eine Bemerkung, die keinen politischen Aus-

sagewert hat, wir leben in einer Zeit des Weltsportes. Sportliche Ausdrucksweise beherrscht die ersten Blätter der Zeitungen. Eine sportliche Ausdrucksweise für die ÖVP würde sagen: bei dem 30jährigen Parallelschlalom der großen politischen Parteien steht das Zwischenergebnis auf 30, auf 25 : 5 kein entmutigendes Ergebnis für weitere Konkurrenzen. Das zweite Erlebnis, das mir in ergreifender Weise offenbarte, daß sich in Österreich mehr als ein wirtschaftlicher Aufbau vollzog, daß vielmehr in der Zweiten Republik ein Staat im Bewußtsein seiner Bürger zu neuem Leben erweckt worden ist, war die triumphierende Fahrt der in St. Florian neu gegossenen Pummerin, die unter dem Jubel von ungezählten Mitbürgern, welche Straßen und Plätze säumten, am 26. Mai 1952 von Linz nach Wien führte. Ich kann die innere Bewegung, die wir damals empfanden, nicht besser beschreiben als wenn ich einige Sätze aus der Rede zitiere, die ich damals bei der Übergabe der Glocke am Stephansplatz an Erzbischof Kardinal Innitzer richtete. Manchem Fremden und Außenstehenden mag diese Feierlichkeit etwas sonderbar erscheinen und dennoch folgen wir damit einem Brauche, der zutiefst mit der Tradition uns Sinngebung unseres Staatswesens verknüpft ist. Ist doch der Stephansdom für Österreich seit Jahrhunderten nicht allein die ehrwürdige Hauptkirche Wiens und seiner Erzdiözese. Nicht nur eine der Kunstgeschichte des Abendlandes in seiner Art einzigartiges Denkmal von höchstem Werte, sondern schlechtweg ein Wahrzeichen des österreichischen Staates, das schon im Mittelalter neben seinen geistlichen Zwecken als Nationalheiligtum diesem Zwecke gedient hat. Hier haben sich stets in Zeiten höchster Not alle Schichten des österreichischen Volkes zusammengefunden, um im heißem Flehen die Hilfe aus hoffnungslos scheinender Bedrängnis herbeizurufen oder aber Gott für die Befreiung von schwerster Trübsal, wie Krieg, Hunger und Pest zu danken, sei es auch die Hochfest des staatlichen und nationalen Lebens in freudiger Bewegung einzuleiten oder abzuschließen. Die Pummerin hat uns auf der festlichen Heimfahrt bewiesen, daß sie solches Mittel der inneren Verständigung ist, vor ihr öffnen sich die Schlagbäume an der Enns, ihr erwiesen selbst fremde Soldaten ihre Referenz, sie verlangten von uns keine Ausweise, sie ließ in den dichten Spalieren unseres Volkes das brennende Versinken und den gleichen

einheitlichen Ton in erhebender Harmonie aufklingen, der in seiner alten Pracht wiedererstandene Ton von St. Stephan soll den kommenden Geschlechtern zeigen, daß unsere Generation trotz schwerster Schicksalsschläge und Erschütterungen den Glauben an Österreichs Zukunft nicht verloren und daher dieses Sinnbild der Unvergänglichkeit und Unteilbarkeit Österreichs wieder errichtet hat. So meine Worte und wenn ich daran denke, daß am Weg von Linz nach Wien und in Wien zusammen 1 Million Menschen Spalier bildeten, daß Familien kamen, das Mittagessen auf den Wiesen einnahmen und dann mit der Familie zur Glocke herkamen und alle die Glocke berührten, Kinder, Vater, Mutter, da ist irgendetwas aus der Tiefe aufgebrochen, das läßt sich - glaube ich - nur erleben, aber nicht beschreiben.

Und noch ein drittes Mal stand ganz Österreich im Banne eines stolzen und tiefbewegenden Ereignissen: die Unterzeichnung des Staatsvertrages. Als unsere Regierungsdelegation, bestehend aus Bundeskanzler Raab, Vizekanzler Schärff, Außenminister Figl und Staatssekretär Kreisky, nach erfolgreich geführten Verhandlungen in Moskau wieder österreichischen Boden betrat und Raab, der große Schweiger, den Österreichern, die auf die Delegation warteten, kurz verkündete, Österreich wird frei. Als am 15. Mai Figl, der unbändige Optimist, auf dem Balkon des Schlosses Belvedere nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages das Vertragsdokument hoch über seinem Kopf hielt, der unübersehbaren Volksmenge im Park zeigte, da brauste beide Male unbeschreiblicher Jubel und Dank auf. Wir wissen, daß die Erringung der Freiheit das Ergebnis der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Weges der Parteien war. Man wird es aber verstehen, wenn wir im Rahmen der heutigen Parteilfeier auf den besonderen Anteil dieser beiden Parteilfreunde verweisen, des einen, der die einmalige Sternstunde in der Spannungsperiode der Großmächte so meisterhaft für Österreich nützte und des anderen, der den Glauben an Österreich in unerschütterlicher Standhaftigkeit bis zum ersehnten Tag der Freiheit immerwieder verkündete. Wenn wir nun nach den tieferen Kräften fragen, die diesen Glauben trugen und die Wiedergeburt Österreichs aus dem faktischen Nichts, aus der wirklichen Stunde Null ermöglichten, so ist es die harte Lebensschule gewesen, durch die unser Volk gegangen ist. Wir haben in Abgründe von Gewalt, Haß und

Grausamkeit geschaut und uns dabei geschworen, daß der Grade der Feinschicht zwischen den Parteien zugeschüttet werden müsse, wenn Österreich leben soll. Wir haben eingesehen, daß die Kunst, trotz verschiedener Meinungen, anständig miteinander zu leben, diese wahrhaft wesentliche Eigenschaft der Demokratie vom Gefühl jedes Einzelnen abhängt, daß sein Verhältnis zum Mitmenschen kein feindliches, sondern ein menschliches sein soll. Wir lernten verstehen und sollten es nie vergessen, daß das gemeinsame österreichische Haus nur dann nicht auf Rutschgrund, sondern auf festem Grund entsteht, wenn niemand in diesem Hause gerade nur gelitten, sondern jeder darin wohl geborgen ist. Noch etwas wurde uns sehr deutlich, wenn wir uns den Unterschied zwischen der ersten und zweiten Republik vor Augen führen, dort war der erste Beschluß des neugewählten Parlaments die Unabhängigkeit des eigenen Landes aufzuheben, dort war das Mißtrauen der Politischen Parteien zueinander der Todeskeim der Freiheit, dort wurde Österreich zum Spielball der ausländischen Mächte. Hier war der leidenschaftliche Glaube an die Lebensfähigkeit Österreichs das Fundament des Wiederaufstieges, hier ebnete das Vertrauen zwischen den politischen Kräften den Weg zur Freiheit, hier gewann Österreich die Achtung der Welt, weil es kein Bittsteller vor den Führern der Großen mehr war, sondern nach kurzer Zeit durch eigene Arbeit die Not überwunden und zunehmenden Wohlstand errungen hat. Ohne Überheblichkeit darf darunter Österreicher doch aus der 30jährigen Geschichte der Zweiten Republik ein berechtigtes Selbstvertrauen in die eigene Kraft und die eigenen Leistungen haben. Man zeige uns ein Land in der Welt, das in den letzten Jahrzehnten derart heimgesucht, aus allen alten und den neuen Bindungen gerissen, dennoch wieder seinen ruhigen Weg in friedlicher Aufbauarbeit gefunden hat. Gedenktage würden aber ihren Zweck verfehlen, wenn sie die Vergangenheit heroisieren oder eigene Leistungen glorifizieren würden. Sie würden damit nur unglaubwürdig werden. Die Unfehlbarkeit früherer Generationen erweckt in der Jugend ein verbindliches Lächeln. Wenn ich ein Beispiel aus meiner Familie erzähle, ich kam nach dem ersten Weltkrieg mit

27 Jahren aus der Gefangenschaft zurück und mußte mich beeilen fertigzuwerden, ich war Jurist ohne Prüfungen, ging in Innsbruck in keine Vorlesung, aber zu einem Einpauker, einem grandiosen Menschen, zu dem schwierige Fälle von den Professoren hingeschickt wurden und der hat, ein Pädagoge wunderbar, mir z. B. gesagt, 14 Tage vor der Prüfung, sie wollen antreten? Sie haben ja nur Wissenslücken, sie blamieren den ganzen Kurs. Ich studierte und bin gut durchgekommen. 20 Jahre später waren zwei meiner Söhne beim gleichen Maricnik, sie kamen zu mir und sagten: Papa stimmt das, einige Male schon sagt Maricnik, mein Gott, wenn ich daran denke, da ist der Vater gesessen, keine Frage, die ich an ihn richtete konnte er beantworten. In mir regte sich gleich ein gewisse Neigung zu sagen, da seht ihr doch, und eine Stimme ruft in mir: Vorsicht und ich bewahrte Vorsicht und gestand das zu und sagte den beiden Sprösslingen, nein, das stimmt nicht und erzählte ihnen die Wissenslücken und das Blamieren des ganzen Kurses. Was sagten mir die beiden: wir hätten Dirs ohnehin nicht geglaubt. Weil es mir gerade einfällt und ich bin immer für Auflockerung. Mir hat einmal einer gesagt, aus der Vergangenheit lernen, wie wissen Sie, Kinder müssen die Dummheit der Erwachsenen so lange ausbaden bis sie soweit selbst erwachsen sind, daß sie die gleichen Dummheiten wieder zu begehen. Muß nicht stimmen, aber es ist gut, wenn man es weiß.

Gedenktage wären sogar schädlich, wenn der Blick in der Vergangenheit verharren würde, das Schicksal von Lots Weib, die zur Salzsäule erstarrte mit ihrem Rückblick, würde uns zuteil. In einer stürmisch sich ändernden Welt stehen auf Staat, Gesellschaft, Demokratie und Parteien in einem ständigen Prozeß der Änderung. Wir alle und besonders unsere jungen Mitbürger müßten aber wissen, daß nicht Abseitsstehen und Resignieren, sondern nur verstärkte Mitarbeit eine für alle tragbare Lösung der auf uns zukommenden Probleme ermöglicht und erleichtert. Und ein ernstes Wort für alle Zukunftshoffnungen, an die wir uns klammern, ob es sich um Freiheit, um Frieden oder um Fortschritt und Gerechtigkeit handelt, ist die Erhaltung eines demokratischen Staatswesens die Voraussetzung. Vergessen wir nicht, daß auf

dem Boden des Staates die Entscheidungen fallen, die das freie Dasein der Menschen berühren und die Grundrechte sichern, die jeder Mensch zu einem sinnerfüllten Leben braucht. Hans von Hammerstein hat einmal wieder geschrieben, daß es nicht ganz leicht sei, die österreichische Geschichte zu verstehen, schwerer aber noch das österreichische Wesen faßbar zu machen. Man frage eine Reihe guter Durchschnittsösterreicher, meinte er, was Österreich sei, und man wird mehr oder weniger geistvolle, darunter der Mehrzahl nach sicher recht witzige Antworten hören, aber kaum eine erschöpfende, befriedigende, manche zweifelnde und ich fürchte keine, die eine rechte Glaubensstärke sprüht, aber man nehme den Österreichern Österreich weg und alle werden sofort fühlen, was sie verloren haben. Das Jahr 1945 ist ein eindrucksvoller Beweis für seine Behauptung. Und ich getraue mir noch eine, vielleicht gewagte Behauptung hinzuzufügen: Österreich hat aus seiner jüngsten Geschichte gelernt. Darum wollen wir zuversichtlich das 4. Jahrzehnt betreten. Möge die Österreichische Volkspartei aus den vergangenen 30 Jahren die Kraft schöpfen, auch im nächsten Jahrzehnt ihren unersetzbaren Beitrag für Österreich zu leisten und möge die Gesinnung, die 1945 die Einheit unseres Staates rettete und damit das freie Österreich schuf, auch in Hinkunft in kritischen Situationen die Österreicher zur gemeinsamen Arbeit zusammenrufen.

Dr. Schleinzer:

Lieber Freund Dr. Gleissner, der Parteitag hat Dir gedankt. Viel schöner als ich es tun könnte. Ich will lediglich feststellen: Ich erinnere mich an so viele Parteitage, denen Du Glanz verliehen hast, Du bist ein Schatz unserer Partei, wir wünschen, daß Du uns noch lange erhalten bleibst. Ich danke Dir.

Tonschau

Dr. Schleinzer:

Meine Damen und Herren, für uns ist dieser Parteitag keine Nabelschau, sondern eine Besinnung auf uns selbst und daher richten wir unseren Blick nicht nur in die Vergangenheit sondern auch in die Zukunft und das war auch die Gesinnung, mit der gestern ein sehr beeindruckendes Symposium stattgefunden hat, und zwar unter dem Titel "Bewährung und Chance - eine Österreichbilanz über 30 Jahre". Ich möchte allen sehr herzlich danken, die an diesem Symposium gestern mitgewirkt haben, es war eine sehr rege Beteiligung, ich danke vor allem den prominenten Chefredakteuren, die an dieser Diskussion teilnahmen und ich danke vor allem auch dem Herrn Prof. Dr. Gerhard Bruckmann, der diese Diskussion leitete und über das Ergebnis dieses Symposiums werden Freunde, Politiker aus unseren Reihen, nun berichten. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß leider Dr. Krainer, der sehr intensiv an den Vorarbeiten mitgewirkt hatte, erkrankte und daß wir daher umso mehr auch Dr. Taus danken, der für Krainer in diesem Symposium eingesprungen ist. Wir werden über die Ergebnisse dieses Symposiums jetzt unmittelbar nacheinanderfolgend vier Berichte hören, Taus, Busek, Mock und Lanner. Ich darf unseren Freund Taus zum Rednerpult bitten.

Dr. Taus:

Hoher Bundesparteitag! Es ist ein undankbares Geschäft als erster nach dem Landeshauptmann Gleissner ans Rednerpult gebeten zu werden. Ich bin zwar, ich hoffe, ich verrate damit kein Geheimnis, halb so alt wie der Altlandeshauptmann, aber ob ich halb so viel Vitalität und Temperament habe, da bin ich mir schon nicht so ganz sicher. Ich hoffe aber trotzdem, ich kann Ihnen über die Ergebnisse des ersten Arbeitskreises etwas berichten, von dem wir glauben, daß auch für die Zukunft der Arbeit in der Partei Impulse ausgehen werden. Zunächst einmal möchte ich an dieser Stelle allen Teilnehmern am Arbeitskreis "Nationaler Konsens" für Ihre Mitarbeit danken, ich möchte ganz besonders Herrn Prof. Weinzierl dafür danken, daß er die Diskussionsunterlage geliefert hat. Die Diskussion hat eine derartige Fülle von Gedanken und Anregungen ergeben, daß ich nur den verschwindenden Bruchteil hier davon in dem kurzen Bericht referieren und wiedergeben kann. Ich

hoffe aber, daß diese Diskussion nicht untergeht, sie verdient es, ausführlich dargestellt und wiedergegeben zu werden. Ich habe darauf in ganz besonderem Maße einleitend darauf hingewiesen, einerseits weil es hier um den Wert der Diskussionsbeiträge geht, aber andererseits weil in diesem Arbeitskreis und das war für mich, der ich ein Einspringer gewesen bin, besonders beeindruckend, etwas hervorgekommen ist, das eigentlich der ÖVP immer eine Selbstverständlichkeit gewesen ist, aber manchmal vielleicht ein Wenig in den Hintergrund gedrückt wurde, wie ungeheuer groß und stark die intellektuelle Substanz dieser Partei ist. Das war immer eine Selbstverständlichkeit, es war immer so, daß diese Partei immer und bis heute noch und auch in Zukunft für intellektuelle diskussionsbereite kritische Menschen ein starker Anziehungspunkt gewesen ist. Und wenn es dazu eines Beweises bedurft hätte, so war es gestern dieser Arbeitskreis bzw. die Arbeitskreise, soweit ich es verfolgen konnte. Und nun gestatten Sie mir, daß ich zur Sache selber referiere.

Zunächst einmal, es war einheitliche Auffassung und einheitliche Meinung, daß der Konsens über wichtige Fragen der staatlichen Gemeinschaft über Existenzfragen ein konstitutives, ein unverzichtbares Element gesellschaftlichen und staatlichen Bestehens und Überlebens ist. Nur der Konsens über Lebensfragen läßt zu, daß sich eine Gesellschaft, ein Staat, entwickeln und erweitern kann, fähig bleibt, die Überlebenschancen zu verbessern und den Aktionsbereich auf eine wachsende Vielfalt von Umweltbedingungen auszuweiten. Keine gesellschaftliche Organisation und auch kein Staat ist ohne Konsens über Fundamentalfragen denkbar. Damit aber hier kein Mißverständnis entsteht, Konsens heißt nicht, daß der Konflikt nicht existiert, Konsens heißt nicht, daß nicht auch der Disenz die Auseinandersetzung wichtig und notwendig, ja auch konstitutiv für eine freie Ordnung sind. Es gibt **keine** konfliktlose Gesellschaft und Konsens etwa mit Kameraderie oder mit augenzwinkernder Übereinstimmung zu verwechseln wäre ein schwerer politischer und sachlicher Fehler. Dazu aber eine persönliche Bemerkung: Der Konsens ist auf die Dauer nur dann ein stabilisierendes Element, wenn man ehrlich ist und aufrichtig ist und wahrhaftig ist in der Diskussion. Wenn der Konsens, manchmal hat man das Gefühl,

nicht nur eine taktische Variante ist, sondern der ehrlichen Überzeugung entspricht. Mentalreservationen, meine sehr geehrten Parteifreunde, darüber - wohin die Gesellschaft steuern soll - sind eine tödliche Gefahr für die parlamentarische Demokratie. Der Grundkonsens muß daher frei von Taktik sein, ehrlich und wahrhaftig. Ist er nur taktisches Manöver zur Bewältigung bestimmter Situationen, dann ist die Demokratie in ihrer Gesamtfragilität in ungeheurer Gefahr. Was sind nun solche Grundfragen? Die allgemeine Bejahung der Existenz und der Lebensfähigkeit der demokratischen Republik Österreich, die Bejahung der parlamentarischen Demokratie, der Mehrparteiendemokratie und der sich daraus ergebenden Konsequenzen. Was sind nun solche Konsequenzen? Zunächst einmal das Mehrparteiensystem verträgt sich nicht mit jeder Wirtschaftsordnung, zentralistische Steuerung der Wirtschaft und Mehrparteiensystem sind unvereinbar. Etwas, über das man in der Öffentlichkeit manchmal sehr gerne darüber hinwegdiskutiert. Einweitere Lebensfrage. Kontrolle und Begrenzung der Macht, der Föderalismus, die Rechtsstaatsidee, verstanden auch als Garantie der Kontinuität einer Rechtsordnung als Verlaß darauf, auf das was rechtens ist und was besteht und die sorgsame und langsame Änderung nur dieser Endordnung. Die Sozialpartnerschaft, für Österreich ein wichtiges Element, als ein entscheidender sozialer Konfliktlösungsmechanismus. Die Neutralität unseres Landes, freie Meinungsäußerung und Unabhängigkeit der Massenmedien, Freiheit der Wissenschaft. Und lassen Sie mich eines zum Schluß anfügen, obwohl es manchmal als Schlagwort verteufelt wird: Die Freiheit, Würde und Individualität des Menschen, sein Recht auf Leben, Arbeit und Einkommen, die Sicherung der Initiative des Menschen, ebenso wie die soziale Sicherung gegen Wechselfälle des Lebens durch die Gemeinschaft. Ich möchte hier einen Satz aus dem Grundlagenpapier zitieren: So wie der Konsens gehört auch der Kompromiß zu den wesentlichen Instrumenten einer funktionierenden Demokratie. Sie stehen am Ende der ebenfalls zu ihrem Wesen gehörenden Konflikte, deren Lösungen im Wege der permanenten Diskussion gefunden werden müssen. Wer jedoch der Demokratie eine stärkere Basis und mehr Vertrauen in unserem Volke schaffen will, wird

auf die Dauer nicht auf Majorisierungen, sondern auf Konsens setzen müssen. Und der notwendige Konflikt muß in der Demokratie im Konsens enden, sonst ist die parlamentarische Demokratie und sind die Werte ihrer Ordnung gefährdet.

Dr. Busek:

Hoher Bundesparteitag, meine Damen und Herren! Wenn sich die Arbeitsgruppe II des Symposiums das Thema gestellt hat "Österreich als Aufgabe" so waren wir uns darüber im klaren, daß Österreich in diesem Jahrhundert einen weiten Weg in vielerlei Gestalt gegangen ist. Von einem Vielvölkerstaat, der die historische Tradition eines Satzes von einem Land, in dem die Sonne nicht unterging, mitgetragen hat über einen Staat, den keiner wollte, der nach dem Ausspruch des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau der Rest gewesen ist bis zum Jahr 1945 an dem wir, wie wir heute gehört haben, begonnen haben, kein Staat wider Willen mehr zu sein. Man könnte die Entwicklung der Zeit seit 1945 in Dekaden gliedern. Die ersten 10 Jahre waren dem Wiederaufbau gewidmet, 1955 bis 1965 ist es uns gelungen, einen in Österreich nie gekannten Wohlstand zu erreichen und die letzten 10 Jahre waren davon getragen, eine Integration der Wirtschaften und der Politiken in die Entwicklung Europas und in die Entwicklung der Welt vorzunehmen. Die Frage, die uns bewegt hat, war aber das Problem, was ist nun die Fragestellung der nächsten 10 Jahre? Welches Vorstellungsbild leitet unser Land? Mit welchen Herausforderungen können wir dem begegnen, was selbstverständlich auf uns zukommt und wo wir uns dem nicht entziehen können, wo aber sind unsere eigenen Möglichkeiten, um einen Beitrag zur Entwicklung, einen Beitrag zur Gestaltung des Kontinentes, einen Beitrag zur Gestaltung unserer Welt zu liefern? Es werden kaum Vorstellungswelten sein, die längst unmöglich geworden sind oder die nur befristete Geltung haben. Wir werden sicher keine Großmacht sein, unsere Möglichkeit, eine Drehscheiben zwischen Ost und West darzustellen, sind äußerst begrenzt angesichts einer globalen Entwicklung, sodaß Vorstellungen gefunden werden müssen, die verbindlich und realistisch sind. Für die Jugend hinreichend pro-

vokant, eine Herausforderung darstellen und für einen Kleinstaat leistbar sind. Und weil wir vor der Gefahr stehen, die der Schweizer Karl Schmid in seinem Buch "Unbehagen im Kleinstaat" mit dem Satz kennzeichnet "daß wir durch die Neutralität vielleicht zu einer bedingten Schicksalslosigkeit verurteilt sind". Vorstellungswelten aber auch, die heute in Österreich umgehen, und die sich vielleicht dadurch kennzeichnen lassen, daß wir uns nur zu oft und allzu gern als eine Insel der Glückseligen verstehen, wo die Wirklichkeit der Welt an unserer Grenze aufhört und es uns gelingt, scheinbar als unbewegte Zeher gegenüber einer Wirklichkeit der Welt zu stehen, die unter ganz anderen Vorzeichen steht. Oder die etwa im Stile eines Parteivorsitzenden der SPÖ dadurch beschrieben sind, daß er seine Darstellung an der Welt beginnt, daß er den Österreichern suggeriert, daß sie uns ohne hin nicht treffen, indem er meint, da draußen in der Welt. Den Eindruck hat er erweckt, als hätten wir mit den Dingen nichts zu tun, Ich glaube, daß wir der Frage Österreich als Aufgabe eines voranstellen müssen, daß wir wissen, daß heute einem Kleinstaat von unserer Größe und unserer Bedeutung niemand helfen wird, wenn wir uns nicht zu allererst selbst helfen. Meine Damen und Herren, wir haben die Aufgabe, den Spielraum auszunützen, wenn es unsere Möglichkeiten, unsere Talente und unsere Chancen geben. Nur eine Voraussetzung haben wir dabei, vielleicht eine der Eigenschaften des Österreichers, zu bekämpfen, vielleicht zu reduzieren, die man vielleicht mit dem Wort der Selbstzerfleischung oder wie es der Referent unseres Arbeitskreises Jörg Mauthe genannt hat, den Austromasöchismus zu reduzieren. Denn eines dürfen wir auf Grund dessen, was wir auch heute gehört haben, was diese Partei für dieses Land geleistet hat, wissen, daß Land und Leute und die Menschen hier in diesem Raum Leistungen erbracht haben, auf Grund ihrer Begabung, auf Grund ihrer Talente, auf Grund ihrer Möglichkeiten, auf Grund einer geistigen Freude am Schaffen, auf Grund der kreativen Potenzen, über die wir verfügen und daß vielleicht der Vorwurf, daß wir in manchen Dingen hinter der Zeit sind ins Leere geht, weil wir vielleicht durch ein Vorausschauen wissen, was vor uns, vor der Zeit hier ist. Wir haben auch eine zweite Gefahr, neben der Frage einer mangelnden

Aufgabenstellung, vielleicht die, einer nicht genügend ausgebildeten republikanischen Tradition. Wenn wir unsere Selbstdarstellungen wählen, so liegen sie zwischen Schönbrunn und Hofburg, überzeugende Monumente einer anderen Epoche, aber kein eigenes Ergebnis unserer republikanischen Entwicklung im 20. Jahrhundert. Und es darf vielleicht auch einmal in aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß es eine der bedauerlichen Begleiterscheinungen dieses Jubiläumjahres 1975, dieser 30 Jahre Zweite Republik und 20 Jahre Staatsvertrag, ist, daß die Regierung sich nicht darum bemüht hat, eine große gemeinsame repräsentative Selbstdarstellung, ein gemeinsames Werk angesichts dieses Jubiläums über die Grenzen der Parteien hinaus für alle Österreicher in die Wege zu leiten, sondern daß sie das Angebot gemacht hat, im Wege von Geld eine Abschlagszahlung für eben dieses gemeinsame Werk zu leisten. Meine Damen und Herren, wir haben die Aufgabe, angesichts dieser fehlenden Tradition, angesichts dieser fehlenden staatlichen Gesinnung, vielleicht dort anzuschließen, wo wir in der Regierungsverantwortung aufgehört haben, den Nationalfeiertag nicht zu einem Nationalwandertag werden zu lassen, sondern zu einem Tag des Bekenntnisses zu Österreich zu machen. Das verlangt aber auch von uns, daß wir alle Chancen nützen, die Chancen gegenüber dem Jungbürger, ihm seine Heimat näher zu bringen, die Chancen ein Mehr an Wissen dem Bürger zu vermitteln, damit er sich mit Österreich identifiziert und gleichzeitig aber auch der Gefahr zu begegnen, daß wir einer Teilung der Geschichte zugehen, einer Teilung dergestalt, daß ein Teil dieses Landes glaubt, das Ganze für sich in Besitz nehmen zu können und für eine Parteifeier Zeichen einer Zeit und einer Geschichte in Besitz nimmt, wie z.B. Schönbrunn, so daß man den Eindruck hat, in einer spätfeudalen Epoche zu leben, in der der Parteivorsitzende 60 Jahre zu spät gekommen ist, um seine Erhebung in den erblichen Adelsstand mizuerleben. Hoher Bundesparteitag! Wie beheben wir diesen Mangel, ich möchte sagen an Staatsdoktrin. Wie machen wir aus der unvollendeten Republik eine vollendete. Ich glaube in dem Sinn, daß wir Partnerschaft annehmen. Partnerschaft mit der Geschichte, Partnerschaft mit der Gegenwart und Partnerschaft mit der Zukunft.

Wenn wir von einer Partnerschaft mit der Geschichte reden, dann wissen wir, daß die Geschichte dieses Landes eine lebendige Tradition ist, mit der wir leben müssen, die wir verstehen müssen, die wir für uns nützen müssen, sonst stehen wir eines Tages vor einem Zeichen großer anderer Zeit, vor den Pyramiden und wissen nicht mehr, daß uns Jahrtausende anblicken. Denn wir können diese lebendige Tradition wirtschaftlich, sozial, politisch für unser ganzes Land nutzbar machen, denn Österreich ist größer als seine Grenzen. Wir müssen uns wehren gegen die Inbesitznahme einer Geschichte, wie sie etwa von den Sozialisten versucht wird, indem man historische Verschiebungen durchführt. Denn Unglücksfälle wie Leistungen sind in diesem Land gemeinsam für alle, die in diesem Land wohnen. So ist uns gemeinsam Zeiten wie 1918, 1927, 1933, 1934, 1938, 1945 und 1955, denn die Freiheit dieses Landes symbolisiert durch ihren Staatsvertrag ist ein gemeinsames Werk, eine gemeinsame Leistung unter Führung bedeutender Männer. 20 Jahre danach noch zu leben, ist kein Beweis für eine Hauptrolle eines mitreisenden Staatssekretärs. Meine Damen und Herren! Wir müssen die Partnerschaft mit der Gegenwart annehmen und Aufgabenstellungen herausarbeiten, die nicht einen Weg entsprechen, daß wir auf eine Anspruchserfüllungsdemokratie zugehen, wo im Wege der letzten Meinungsforschung jene Gruppe festgestellt wird, der man noch auf irgendeine Weise einen Zuschuß oder eine Beihilfe geben kann, um das jeweilige aktuelle Wahlergebnis zu sichern. Ich bekenne mich dazu, den Weg einer Sozialisierung des Risikos zu gehen, dort wo man es nicht mehr im einzelnen tragen kann. Wir lehnen aber ab einen Weg des Null-Tarifes der persönlichen Verantwortung, wo Lebensqualität nur mehr so verstanden wird, daß ein Mehr an Abhängigkeit ein Mehr an Steuerung durch den Staat entsteht. Wenn wir nicht den autonomen Spielraum des einzelnen Bürgers ansprechen, seine eigenen Möglichkeiten und Leistungen, dann werden wir kaum eine weitere Entwicklung vornehmen können, denn der Weg, den Bürger draufkommen zu lassen, mit welchem Formular er bei welchem Amt um welchen Zuschuß einkommen kann, um den mühseligen Zwischenraum zwischen der Studentenrente und der allgemeinen Pensionierung zu überbrücken, ist kein Weg in die Zukunft. Hoher Bundes-

parteitag! Wenn wir den Weg, wenn wir die Partnerschaft mit der Gegenwart annehmen, müssen wir auch die Frage nach der eigenen Leistung jedes Einzelnen und unserer Gemeinschaft abstellen. Karl Jaspers hat dieser Zeit die Frage mit auf den Weg gegeben: Die bange Frage derer, die kein Vertrauen haben: Sage mir, was meine Aufgabe ist, was mein Beitrag sein kann, was ich hier und jetzt tun soll. Ich glaube, daß wir in der Politik die Aufgabe haben, diesen Hinweis zu geben, diese Talente und Chancen wahrzunehmen, diese Herausforderungen zu bieten, diese Aufgabenstellung nach innen auch anzugehen und zu lösen und nicht nur einen Staat, der für alles verantwortlich ist hinzustellen, sondern einen Humanstaat, in dem jeder leben kann nach seinen Möglichkeiten und nach seinen Grenzen, der nicht ein Gewissen in der Welt sein wird, aber vielleicht ein Modell, nicht ein Modell für Weltuntergänge, wie es vielleicht schon war, sondern ein Modell der Weltgestaltung. Ein Staat, der leb- und leistungsfähig ist, ein Staat, der eine Hilfe für den Einzelnen bedeutet und nicht eine Last und eine Demokratie, die die Identifikation des Bürgers mit ihr ermöglicht, denn nur dadurch, daß die Bürger für ihr politisches System, für ihre Demokratie einstehen, wird sie wirklich lebendig sein. Und dann wird auch eine Partnerschaft mit der Zukunft möglich und verwirklicht sein. Formulieren wir die Aufgabe bescheiden. Es gibt wahrscheinlich keine spezifische österreichische. Ich würde es schon als spezifisch genug ansehen, wenn sich dieser Staat bemühen würde zu überleben, zu überleben mit all dem, was er an Möglichkeiten und an Chancen und an Fülle des Geistes und der Leistung hat, durch Offenheit gegenüber dem Nachbarn, durch Offenheit gegenüber der Welt durch eine Politik der Nachbarschaft und der Internationalität, durch eine Offenheit gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung und gegenüber den geistigen Möglichkeiten, die uns unsere Zeit bietet. Das sind Aufgabenstellungen nach außen, die nur dann geleistet werden können, wenn wir den Spielraum unseres Landes ausnützen, denn je mehr wir aus uns selbst machen, desto stärker werden wir in einer Welt

sein, die nicht unbedingt nach dem Willen der Kleinen gestaltet wird. Das können wir aber nur, wenn wir die Vorstellungskraft unserer Bürger mobilisieren. Prospektiv zu planen und denken, auf die Zukunft abgestellt, für die nächsten 10 Jahre, sozusagen das Szenarium zu überlegen und Ziele zu entwickeln, die in dem Spiel von Konflikt und Konsens, das schon angesprochen wurde, entsprechend herauskommen. Auch der Konflikt muß sein, um die eigene Position zu kennen, denn wenn man nur aus der Verschiedenheit der Position sich bemüht, den Konsens zu erzielen, wird man jene gemeinsame Sprache finden, die an das Herz geht, wird man jene gemeinsame Hoffnung formulieren können, die wir brauchen und wird man jenen gemeinsamen Glauben haben, der uns in die Zukunft führt. Ein Landsmann unseres Gastes, Ministerpräsident Kohl, der Kurmainzer Philipp Wilhelm Hörnig, hat vor fast 200 Jahren, 1776 in einer bedrängten Situation unserem Land zugerufen: Österreich über alles, wenn es nur will! Ich glaube, daß unsere gemeinsame Liebe zu unserer Heimat uns dazu bringt, zu sagen: Österreich ist uns alles, wenn wir es wollen!

Dr. Mock:

Liebe Freunde! Namens der Arbeitsgruppe III "Dynamische Demokratie" darf ich über die Beratungen für die Fortentwicklung unserer österreichischen Demokratie berichten. Ich gehe davon aus, daß die Delegierten das Papier, das ihnen vorgelegt wurde, gelesen und sie nicht erwarten, daß ich dieses Papier hier vortrage. Ich möchte über die Beratungen, vor allem über zwei Schwierigkeiten berichten. Die erste Schwierigkeit, meine Damen und Herren, die tiefe Skepsis manches Mitarbeiters, daß es mit diesem Papier ein Demokratiepapier mehr gibt, ohne Konsequenzen. Ich darf daher die Zustimmung des Bundesparteitages annehmen, wenn wir die Bundesparteileitung verpflichten, durch Einsetzung einer politischen Arbeitsgruppe sämtliche Vorschläge hier zu analysieren und als beschlußreife Alternativvorschläge spätestens dem nächsten Bundesparteitag vorzulegen. Es ist ein Demokratiemangel sehr oft innerhalb der Partei und außerhalb unserer Partei, daß Menschen den Eindruck haben, Vorschläge, theoretische

Diskussionen haben keine Konsequenzen. Was war nun die zweite Schwierigkeit? Die zweite Schwierigkeit bestand darin, daß gar mancher auf das Wort Demokratie, Demokratiediskussion, mit einem irritierten oder auch süffisanten Lächeln reagiert. Zuviel ist dieses Wort strapaziert worden, zu übersättigt ist die Öffentlichkeit sehr oft vom Mißbrauch des Wortes Demokratisierung. Nicht zuletzt deswegen, weil dieses Wort Demokratisierung in ständiger dialektischer Anwendung, vor allem durch den sozialistischen Herrn Bundeskanzler immer wieder benützt wurde, um die Machtakkumulation der sozialistischen Alleinregierung und der sozialistischen Partei zu verdecken. Das war der Mißbrauch dieses Wortes. Ich darf Sie, liebe Parteifreunde, daran erinnern, die Demokratisierung des Rundfunks war nichts anderes als der Griff der sozialistischen Alleinregierung nach dem ORF. Wir haben heute an der Stelle des Volksbegehrens Rundfunks von 1965 und 1966 einen vom Herrn Bundeskanzler und vom Justizminister eingesetzten Generalintendanten, der zwar erklärt hat, er wolle den Rundfunk objektiv führen, diesen Beweis bis heute nicht erbringen konnte. Wir haben ein ORF-Kuratorium mit sozialistischer Mehrheit, mit einem Vorsitzenden, der sozialistischer Funktionär ist und vor wenigen Tagen wurde durch die entsprechende Abstimmungs-maschinerie sichergestellt, daß auch in der Beschwerdekommision, das wurde immer als zentraler Baustein der Demokratisierung des Rundfunks angekündigt, daß auch in der Beschwerdekommision unter den nicht-richterlichen Mitgliedern eine sozialistische Mehrheit garantiert, daß dort nicht kontrolliert wird. Das ist Demokratisierung nach sozialistischer Auffassung. Wie war es mit der Demokratisierung der Hochschulen und Universität. Sie diene nicht, daß man dort an die Stelle der obrigkeitlichen Strukturen etappenweise partnerschaftliche Strukturen einführt, sie diene nicht dazu, daß man die Möglichkeiten der Forschung und der Lehre erhöht, sie diene nicht dazu, daß man die Zusammenarbeit der Gruppen stärkt und erleichtert, sondern sie diene dazu, aus den freien Universitäten staats- und regierungsabhängige Universitäten zu machen. Oder noch viel deutlicher ausgedrückt, es war auch dort der Griff der sozialistischen Alleinregierung

nach der Personalpolitik. Nun, meine Damen und Herren, so könnte man noch viele Beispiele bringen. Demokratisierung, Pluralismus werden überall dort zitiert, wo zu wenig Sozialismus praktiziert wird. Es wird überall dort verlangt, wo zu wenig Sozialisten in Positionen sind und wenn der Pluralismus eine sozialistische Mehrheit erlaubt, dann hat das einmal sehr deutlich der Juso Rektor der Universität von Bremen gesagt: Wozu dann der Pluralismus dient: Einmal eine sozialistische Mehrheit dient der Pluralismus nur mehr der Stabilisierung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse und hat daher zu verschwinden. Jetzt verstehen wir das Wort Demokratie ist der Weg, Sozialismus ist das Ziel, die Bestandteile der Demokratie sind Mitbestimmung, Demokratisierung, Pluralität werden benützt, um das sozialistische Gesellschaftssystem am Ende als einziges Gesellschaftssystem in seiner Totalität einzuführen. Auch das, glaube ich, gehört zu einer Diskussion über Demokratie. Liebe Parteifreunde, es ist daß dieses Verhalten ja in der Politik nichts Neues ist. Von dem einen zu sprechen, nämlich von der Demokratie und das Gegenteil, die unkontrollierte Machtanhäufung zu praktizieren, das Gegenteil zu tun. Schon die alten Griechen haben jene Politiker, die das eine laut gesagt haben und das Gegenteil wirksam getan haben Demagogie genannt. Nun, liebe Parteifreunde, sicherlich wäre das zu wenig. Und daher unsere Forderung, daß man sich mit dem, was hier an positiven Vorschlägen enthalten ist, auch tatsächlich in unserer Partei auseinandersetzt. Es gibt ja eine Fülle praktischer Vorschläge. Vom Detail: Mehr Demokratie im urbanen Raum, von Straßekomitees, Dezentralisierung der Macht bei den Bezirksräten bis zur Frage der Ämterkumulierung, daß wir zu viele, daß wir zu viel tun und daher nicht tun können bis zur Frage der Vorwahlen. Die Volkspartei ist durch die Einführung des Systems der Vorwahlen einen riskanten aber auch mutigen Schritt gegangen, indem sie auch Nichtmitgliedern Mitbestimmung ermöglicht hat. Es gab Erfolge, es gab auch Mißerfolge, wir verlangen auch hier, daß im Lichte einer 3jährigen Erfahrung mit einem neuen Element der Demokratie sowohl die Erfolge als auch die Mißerfolge analysiert werden und studiert wird, wo können wir es besser machen, was haben wir falsch gemacht. Die-

se Risikobereitschaft, die wir hier bewiesen haben, müssen wir auch bei den anderen Vorschlägen einhalten. Erst dann, wenn wir immer wieder zeigen, daß das was wir in Papieren vorschlagen, was wir auf einem Bundesparteitag beschließen, was eine Aussage der Bundesparteileitung ist, daß wir das in die Praxis überführen, dann werden wir glaubhaft beim Staatsbürger sein. Erst die Praxis gibt der Theorie Glauben. Das sollen wir anhand dieses Papiers beweisen.

Dr. Lanner:

Hoher Bundesparteitag! Nur einige wenige Gedanken aus dem Arbeitskreis "Bessere Zukunft". Die Zukunftsforschung hat einmal gesagt: Zukunftsforschung ist die Kunst sich zu kratzen bevor es einem juckt. Ich habe den Eindruck, dieses Kratzen ist neuerdings Mode geworden. Wer etwas auf sich hält, befaßt sich mit Zukunftsforschung und wir begeben uns in die Gefahr, daß wir das, was wir in diesem Bereich brauchen, nicht mehr ernst nehmen. Unser Arbeitskreis war daher der Meinung, daß man Zukunftsforschung nicht als falsche Zukunftsgläubigkeit, nicht als ein Evangelium, wohl aber als eine wichtige Orientierungshilfe ernst nehmen sollte. Der Arbeitskreis war der Meinung, daß man vielleicht eine bestehende Organisation in Österreich, nämlich das Institut für Wirtschaftsforschung, ausbauen könnte und durch ein Zukunftsforschungsinstitut ergänzen könnte, das längerfristige Prognosen erstellt, das Prognosen umfassend erstellt über den wirtschaftlichen Bereich hinaus und das auch in gewissen Zeitabständen uns nicht nur sagt, wie die Prognose ausgesehen hat, sondern was von dieser Prognose in Erfüllung gegangen ist. Meine Damen und Herren, wir wissen nicht, wie die Zukunft aussehen wird. Wir wissen aber eines, daß der Wandel, daß die Änderung - und das hat Landeshauptmann Gleissner heute schon sehr deutlich gesagt - daß der Wandel, daß die Änderung in Zukunft immer schneller auf uns zukommen wird und ich halte es für etwas ganz Entscheidendes, mit welcher Einstellung wir diesen Wandel sehen. Ich erinnere mich, es ist noch nicht lange her, da hörte ich in unserer eigenen Partei die Angst, eine gewisse Furcht vor dem Wechselwähler. Ich glaube, das wäre eine falsche Sicht der

Dinge, das ist die Chance der Umkehr für uns, für unsere Partei, für unser Land und ich glaube, es ist unerhört wichtig, daß wir diesen Wandel, der auf uns zukommt, im positiven Sinne sehen, als eine Chance, nicht als ein Risiko, vor dem wir Angst haben sollten. Ich glaube, meine Damen und Herren, in der Zukunft gilt es, gegen eine innere Resignation anzukämpfen. Ich halte es für eine der größten Gefahren, diese falsche Bequemlichkeit, der wir heute huldigen, nämlich diese falsche Bequemlichkeit, wo wir sofort und ohne viel nachzudenken nach dem Staat rufen, ohne zu überlegen, daß zu viel Staat teuer ist, daß zu viel Staat unpersönlich ist und daß zu viel Staat unsere Freiheit einschränkt und uns wesentlich abhängiger macht. Und wir müssen ankämpfen gegen diese innere schleichende Gleichgültigkeit, die zum Ausdruck kommt in zwei typischen Formulierungen: Wichtig ist, daß es mich nicht betrifft und Da kann man eh nichts machen. Das ist eine gefährliche Zukunftseinstellung. Prof. Schelsky hat gemeint, mündig ist, wer selber denkt. Lassen Sie mich das ergänzen: Mündig ist, wer selber denkt, mündig ist, wer selber handelt, mündig ist, wer auch für den anderen da ist. Und wir werden, und das kam in diesem Arbeitskreis sehr deutlich zum Ausdruck, wir werden und können in Zukunft nicht alles gleichzeitig haben, wir können nicht das eine und das andere gleichzeitig unter einem haben, wir müssen Prioritäten setzen, wir müssen Schwerpunkte setzen und dabei kann uns auch ein Computer die Entscheidungen nicht abnehmen und eine Politik, die nur auf Meinungsfragen basiert kann auf Dauer keine gute Politik sein. Ich glaube, wir sollten uns nicht nur fragen, was kommt gut an, sondern wir sollten uns öfter fragen, was ist notwendig, was brauchen wir, das ist sicher unpopulärer. Das ist sicher schwieriger. Aber das verlangt von uns auch diese notwendige Offenheit, die wir uns selbst und die wir der Öffentlichkeit schuldig sind. Und wir werden uns, meine Damen und Herren, in Zukunft immer mehr und wieder, und ich möchte dieses wieder unterstreichen, auf Grundsätze besinnen müssen und wir werden den Mut aufbringen müssen, von diesen Grundsätzen nicht nur zu reden, sondern auch zu diesen Grundsätzen zu stehen. Denn die Summe, denn die Zukunft, meine Damen

und Herren, ist die Summe unserer Aktionen oder die Summe unserer Resignationen. Und nicht der Mißerfolg zu gewissen Zeiten ist gefährlich, sondern die Neigung, sich in diesem Mißerfolg häuslich einzurichten. Entscheidend kommt es darauf an, daß wir die Dinge, die auf uns zukommen, wirklich meistern wollen, daß wir an diese Zukunft mit mehr Einsatzfreude, mit mehr Engagement, mit mehr Selbstvertrauen herangehen, daß wir nicht immer warten, bis die da oben für uns handeln und arbeiten, sondern daß jeder in seinem Bereich beginnt zu handeln, zu arbeiten oder wie es Kurt Götz einmal treffend ausgedrückt hat: Wir sollen die Dinge nehmen, wie sie kommen, aber wir sollen alles tun, daß sie so kommen, wie wir sie nehmen wollen!

Dr. Schleinzer:

Meine Damen und Herren! Ich danke für diese vier Berichte. An der Substanz dieses Symposiums werden wir im Sinne der Vorschläge unseres Freundes Mock weiterarbeiten. Ich begrüße aber jetzt noch einen später eingetroffenen, uns allen weit- hin bekannten Freund, den außenpolitischen Sprecher der CDU, Herrn Walter Leisler-Kit. Herzlich Willkommen!

Dr. Mock:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte den Herrn Bundesparteiobmann um sein Referat

Dr. Schleinzer:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erwarten Sie heute von mir keine Rede, wie sie ansonsten an Parteitagen üblich ist. 30 Jahre im Leben eines Menschen oder eines Volkes sind keine alltägliche Dimension. Im menschlichen Leben kommen wir, wenn wir 30 Jahre zurück und 30 Jahre vorausblicken, bereits den Grenzen unseres Erdendaseins nahe. Im Leben eines Volkes lösen sich in diesem Zeitraum die Generationen ab. Und wer, so wie ich, die 50 überschritten hat, der sieht im Abstand von 30 Jahren die nächsten Jungwähler heranrücken und da stellt man sich unwillkürlich die Frage: Wie werden für diese Jungwähler die

nächsten 30 Jahre aussehen? Wird sich zwischen den Jahren 1975 und 2005 wieder so viel ändern, wie zwischen den Jahren 1945 und heute? Wird sich auch das Schicksal der heute 20jährigen in den nächsten 30 Jahren zum Guten und noch Besseren wenden? Das ist die Frage, die der Politiker wohl zuerst an sich selber richten muß. Wir sind für die Zukunft gerüstet, lautet auch auf der Einladung des Parteitages der Titel meines Referates. Ich möchte bescheidener mit der Frage beginnen: Sind wir für die Zukunft gerüstet? Und ich knüpfe an das Hebbel-Wort an, das da lautet: Das Leben ist nie etwas, es ist nur die Gelegenheit zu etwas. Und wozu, so fragen wir uns, wird das Leben der nächsten 30 Jahre Gelegenheit bieten. Ich stelle diese Frage nicht als Privatperson, als die könnte es mir vielleicht auch leisten in der Vergangenheit zu leben. Ich stelle diese Frage als aktiver Politiker, der die Pflicht hat, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Wobei ich mir an diesem Tag noch mehr als sonst bewußt bin, daß es Kurzsichtigkeit wäre, bei dieser Frage etwa nur an den nächsten Wahltag oder an die nächste Legislaturperiode zu denken. Mit Recht verlangt man heute von der Politik Antizipatorisches, d. h. also mögliche Gefahren und Chancen, vorwegnehmendes Handeln. Und unser Problem, meine lieben Freunde, ist nicht die Fähigkeit unserer technischen Zivilisation und unseres wissenschaftlichen Zeitalters zur Veränderung. Wir sitzen gewissermaßen in einem Fahrzeug mit einem überdimensionierten Motor, aber mit nur einer sehr schwach ausgelegten Lenkung. Das Vorwärtskommen ist nicht unser Problem, unser Problem, meine Damen und Herren, ist die Steuerung der Entwicklung in vernünftige Bahnen, das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Erich Fromm, der hat schon 1955 in seinem Buch "Der Mensch und seine Zukunft" dieses Problem mit den Worten ausgesprochen, ich zitiere: "Heute sind die Dinge im Sattel und reiten den Menschen, unsere Zukunft hängt davon ab, daß es dem Menschen, und zwar den ganzen schöpferischen Menschen gelingt, sich in den Sattel zu setzen". Meine lieben Freunde, es war jetzt einige Jahre lang eine unglaubliche Mode, überhaupt alles in Frage zu stellen und erstaunlich ist ja,

daß sich dabei gar nicht so sehr die 20jährigen hervorgetan haben, sondern Linksintellektuelle mit einer besonders langlebigen Pubertät, so etwas soll es nämlich geben, meine Damen und Herren. Aber um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß doch angemerkt werden, daß etliche sehr prominente Leute unter ihnen, dann doch noch in reifen Jahren im gewissen Sinne einen ideologischen Stimmbruch erlebt haben, moderner ausgedrückt nennt man das heute Tendenzwende. Meine lieben Freunde, Technisierung, Industrialisierung und Urbanisierung, Umweltverseuchung, Ausbeutung der Natur und Zerstörung des Öko-Systems sind Stichworte dafür, daß nicht jede Veränderung mit Fortschritt gleichzusetzen ist, nicht alles was existiert, hat sich zu rechtfertigen, warum es noch so und nicht anders ist. Es gibt heute gewissermaßen Veränderungsfanatiker und auf ihrer Abschlußliste steht heute nicht nur Antiquiertes und Unmodernes, ja meine Damen und Herren, zur Liquidierung sind ja auch die freie Persönlichkeit und die intakte Familie und für die Zukunft die bitter notwendigen Verhaltensweisen, wie Verantwortungsbewußtsein und Sparsamkeit vorgesehen, das ist die Gefahr, vor der wir stehen. Und am Ende dieses linken Umerziehungsprozesses stünde dann doch ein Menschentyp, der glaubt, er dürfe sich anderen gegenüber alles erlauben, während die anderen verpflichtet seien, für ihn auch noch in seinen besten Jahren zu sorgen. Und ich gestehe offen, daß ich die oft im Verhörton geradezu gestellte Frage, ob unsere Politik nun progressiv oder konservativ sei, einfach für dumm finde, meine Damen und Herren, vernünftig soll unsere Politik sein, darauf kommt es doch an. Und wo unsere Gesellschaft nachweislich an etwas krankt, wo sich ein Geschwür gebildet hat, da wird man zum Skalpell greifen müssen, aber lassen wir uns doch nicht von den linken Quacksalbern, womöglich deshalb einreden, daß wir uns dauernd ins eigene und auch noch in das gesunde Fleisch schneiden müssen, das lehnen wir jedenfalls ab. Und nun ein Zitat: Von allen politischen Unternehmungen ist es vielleicht die schwerste, eine Linie zu verlassen, auf der man sich bisher bewegte, Erfolge rückgängig zu machen, die man selber hervorgerufen - und dieses Wort Rankes, des Begründers der modernen Geschichtswissenschaft scheint mir die Problematik heutiger Politik im Kern zu treffen. 1945, in

einer Stunde Null, in der wir die Sicherung des Existenzminimums als Ziel vor Augen hatten, da sahen wir noch keine Grenzen des Wachstums. Heute aber wird uns im zweiten Bericht an den Club of Rome gesagt, daß - wenn ich nun zitieren darf - die gegenwärtigen Krisen keine vorübergehende Erscheinung, sondern die unausweichliche Konsequenz der beharrlichen Grundrichtung unserer langfristigen historischen Entwicklung sind. Und die Schlußfolgerung für die Politik lautet: Daß jede nur kurzfristig angelegte Handlung am Ende keinen Nutzen, sondern Schaden stiften wird. Und deshalb, meine Damen und Herren, sage ich: Kein Land der Welt kann heute eine Insel der Seligen sein, wenn heute andere Völker hungern oder verkauft werden, sollte uns das nicht satt und zufrieden machen, sondern hilfsbereit und wachsam. Und gibt aus dem allen eine auch für die Politik Österreichs bestehende Schlußfolgerung: Aus der vorhersehbaren und weltweiten Entwicklung - und ich möchte hier einige nennen.

1. Es wird bei der Politik von morgen mehr als gestern darum gehen, im Interesse einer langfristigen und gedeihlichen Entwicklung, wenn notwendig, kurzfristig auch Nachteile in Kauf zu nehmen.

2. Wir werden aufhören müssen, Staatsbürger wie Kleinkinder zu behandeln, die man ablenkt, um sie bei guter Laune zu halten. Wir brauchen erwachsene Bürger, die auch Verzicht leisten können, wenn es um ihre eigene Zukunft und um die ihrer Kinder und Familien geht.

3. Ein Nullwachstum ist sicher keine Lösung, denn auch die Beseitigung vergangener Fehler erfordert und dazu brauchen wir Wachstum, aber wir müssen aufhören, den Erfolg einer Politik nur noch an Wachstumsstatistiken zu messen, ohne zu prüfen, ob sich auch tatsächlich die Lebensqualität für den einzelnen Menschen verbessert hat, denn darauf kommt es doch letzten Endes an.

4. Wir werden die Natur nicht weiter ausbeuten können, sondern wir werden lernen müssen, mit ihr in größerer Harmonie zu leben, daß wir in Österreich noch genügend reine Atemluft, Trinkwasser und vor allem Grundnahrungsmittel besitzen. Meine Damen und Herren, das ist doch ein Glück, das wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen sollten.

5. Wir werden eine neue Konsumethik, wenn ich es so bezeichnen darf, brauchen, die die Kostbarkeit und Energie und Rohstoffe, aber auch in richtiges Verhalten umsetzt, Sparen und Erhalten wird wichtiger sein, als Verschwenden und Wegwerfen, da sollte auch die Politik mit gutem Beispiel vorangehen, das ist uns die sozialistische Regierung schuldig geblieben.

6. Wir werden gerade in einer Zeit zunehmender Verflechtung den Weg der Dezentralisierung gehen müssen, nur so werden wir ein verantwortungsbewußtes Verhalten und eine größere Anpassungsfähigkeit erreichen können. Kleine Gemeinschaften, die nicht den Unterschied zwischen uns und den anderen kennen, sondern begreifen, daß alle zusammengehören, werden die größte Fähigkeit besitzen, die Zukunft zu bewältigen.

7. Wenn unsere Gemeinschaft nicht aus den Fugen gehen soll, müssen wir die Erwartungen und die Leistungsbereitschaft der Bürger mit dem Leistungsvermögen und den Aufgaben des Staates in Einklang bringen. Wenn der Sozialstaat funktionsfähig bleiben soll, dann darf er nicht mehr Leistungen anbieten, als er bezahlen kann. Wir brauchen einen Staat, der Hilflosen hilft aber wir wollen keinen Staat, der für Sorglose sorgt. Und wir werden schließlich zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Sehnsucht der Menschen nach Frieden den Frieden noch nicht sichert, wir leben nun einmal in einer Welt neuer Formen des Terrors, gebrochener Waffenstillstandsabkommen und möglicher neuer Konflikte. Als kleines Land müssen wir diese Welt so nehmen, wie sie ist und nicht so, wie wir sie gerne hätten. Wir können innerhalb unserer Grenzen dafür sorgen, daß die unvermeidlichen Konflikte friedlich ausgetragen werden und daß nicht zwischen Teilen unseres Volkes eine Kluft entsteht. Nach außen hin müssen wir danach trachten, mit allen Völkern freundschaftliche Beziehungen aufrecht zu erhalten. Wir müssen peinlich darauf bedacht sein, alle aus dem Staatsvertrag und dem Status der militärischen Neutralität sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Aber neutralistische Gesinnungslosigkeit würde uns doch nur als Schwäche ausgelegt werden, meine lieben Damen und Herren. Und in der Stunde der Not müssen wir bereit sein, uns unserer eigenen Haut zu wehren. Alles in allem gesehen, kann man wohl

sagen, daß die Politik für die nächsten 3 Jahrzehnte nicht leichter sein wird als die Politik der Vergangenheit. Denn dafür hat im eigenen Land die sozialistische Regierung bereits gesorgt, für eine Politik, die es nicht leicht haben wird, gilt als erstes Gebot für den Politiker, es sich selbst nicht leicht zu machen. Und in dem Buch von Prof. Bruckmann und Dr. Swoboda mit dem Titel "Ausweg in die Zukunft" steht der Satz: Auch die Regierungen und gerade sie sind Opfer einer falschen Perspektive geworden, sie haben die Zukunft zu hoch diskontiert. Meine lieben Freunde, ich möchte es noch um eine Spur deutlicher, wenn Sie wollen, drastischer ausdrücken. Die sozialistische Mehrheit der letzten Jahre hat politische nicht nur über ihre Verhältnisse gelébt, sondern zum Teil auch schon über die Verhältnisse kommender Generationen. Und diese Politiker, die nur an den nächsten Wahltag denken, haben die Bevölkerung geradezu in eine Art Ausverkaufsstimmung versetzt. Darfs ein Bißchen mehr sein, lautet heute schon die Parole der sozialistischen Politik. In Zukunft aber wird Österreich wieder Politiker brauchen, die auch an die Kosten für die nächste Generation denken und die, wie es Lanner ausdrückte, auch den Mut haben, das zu sagen. Aber, meine lieben Freunde, woher sollen wir diesen Mut nehmen? Sprechen denn nicht die Wahlerfolge der Sozialisten in den Jahren 1970 und 1971 dafür, daß es besser ist unerfüllbare Versprechungen zu machen als das Notwendige zu tun? Läßt uns das demokratische Mehrheitsprinzip überhaupt die Wahl zwischen grundsätzlich verschiedenen Arten Politik zu betreiben und damit bin ich bei der Frage nach den politischen Alternativen für die Zukunft Österreichs. Und damit aber auch schon bei der Frage nach dem Stellenwert von Grundsätzen in der Politik. Es geht im politischen Leben nicht immer nur um ein paar Prozent wie bei Löhnen, Preisen oder Steuern. Es kann auch unsere ganze Lebensform, ja es kann das Leben selbst auf dem Spiele stehen. Und die jungen Menschen spüren das und die älteren unter uns wissen das, weil sie es am eigenen Leib erlebt haben. Und die erwachsen gewordenen Kin-

der des Wirtschaftswunders können es bestenfalls verdrängen, daß ihnen aus dem Fernsehen her hungernde und fliehende, unterdrückte und terrorisierte Menschen entgegenblicken. Unser Bekenntnis zu unserem Vaterland Österreich, zu unserer demokratischen Republik, und zu unserem sozialen Rechtsstaat ist mehr als ein Ergebnis intellektueller Spekulation, es ist eine aus Tränen und Blut gewonnene Einsicht, es ist die Einsicht, daß wir uns selbst in Stiche lassen, wenn wir unser Vaterland im Stiche lassen, es ist die Einsicht, daß wir als Demokraten zwar verschiedener Ansicht sein können, aber dennoch miteinander leben müssen und es ist die Einsicht, daß keiner in diesem Staate unter die Räder recht- und schrankenloser Machtausübung kommen darf und daß der Stärkere in diesem Land für die Schwächeren sozial verantwortlich ist. Aber auch, wenn wir diese Einsicht besitzen und bewahren, geht doch jede der großen Parteien Österreichs von verschiedenen Werten und Grundvorstellungen aus und Wahlergebnisse, wie die der Jahre 1970 und 1971 haben mehr bewirkt als daß ein paar Mandate von der einen zur anderen großen Partei wanderten und daß die Namen des Bundeskanzlers und der Regierungsmitglieder wechselten. Noch immer steht die sozialistische Partei grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß Sozialismus vollendete Demokratie wäre. Wir kennen keine solche Formulierung in unserer Politik, meine Damen und Herren, die Demokratie als System des Wettbewerbs zwischen mehreren Parteien kann nach unserer Auffassung nicht endgültig durch eine Partei vollendet werden. Die Sozialisten nehmen das für sich in Anspruch und die Sozialisten verlangen in diesem Staat mehr Gleichheit, aber sie verschweigen, daß eine Gleichheit in den Ergebnissen der Arbeit und des Lebens am Ende zu weniger Freiheit führen muß. Und wir hingegen sind für die Gleichheit der Chancen und für die Freiheit, sie von Person zu Person verschieden zu nützen. Die Sozialisten haben wieder mit der Exhumierung des Klassenkampfes begonnen, sie tun so, als ob der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit nach wie vor das Wesen unserer Gesellschaft bestimmen würde. Wir hingegen sehen in den Arbeitnehmern längst Träger einer Gesellschaft, die von ihnen ganz wesentlich mitbestimmt wird. Und gerade deshalb über-

sehen wir nicht die Gefahr, daß sich heute Arbeit und Kapital auch auf Kosten dritter und wesentlich schwächerer Organisierter einigen könnte. Das scheint mir heute die neue soziale Frage zu sein, sie wird nur von den Sozialisten nicht gesehen, weil sie in das Klassenkampfschema nicht hineinpaßt, gerade das aber macht das Wesen einer Volkspartei aus und ist unsere Stärke, daß wir uns auch für die Anliegen jener einsetzen, die keine starken Interessenvertretungen hinter sich haben, für die sozial Schwachen, die alten Menschen, die Kinder, die Hausfrauen in unserer Gesellschaft. Aber, meine Freunde, wer die von der sozialistischen Mehrheit zwischen 1970 und 1975 betriebene Politik betrachtet, mag vordergründig nur Popularitätsschere und Verschwendungspolitik sehen. Wir sollten jedoch genauer hinblicken und diese Politik als Ganzes in ihrer kompromißlosen Form in die Zukunft fortgesetzt betrachten. Dann werden wir das alte ideologische Konzept erkennen, auf dem Wege über die Demokratie das Ziel des Sozialismus anzusteuern. Und ich nenne hier nur einige Beispiele:

1. Eine 18köpfige Regierung, die allein bei der Uno-City und bei der Schulbuchaktion täglich 6 Millionen Schilling verschwendet und uns 80 Milliarden Schilling und damit doppelt so viel an Finanzschulden des Staates hinterlassen wird, eine solche 18köpfige Regierung muß sich doch über eines völlig im klaren sein, nämlich, daß sie eine inflationistische Politik betreibt. Und der Schilling, den die Sozialisten 1970 übernommen haben, ist heute keine 63 Groschen mehr wert. Die Steuerbelastung des Österreichers aber ist in dieser Zeit um rund 75 % gestiegen. Und glauben Sie mir, meine Damen und Herren, diese Politik paßt in das sozialistische Konzept, denn der Sozialismus gibt ja nur, was er später wieder heimlich wegnimmt und er nimmt heimlich weg, was er später dann wieder spektakulär verteilt. Und gesellschaftspolitisch gesehen aber bedeutet dies: geprellte Sparer, Entmutigung aller, die etwas leisten, die selbst für Wechselfälle ihres Lebens vorsorgen oder persönliches Eigentum erwerben wollen, bedeutet gesellschaftspolitisch letzten Endes also, mehr Macht für den Staat und mehr Abhängigkeit für den einzelnen, meine Freunde, dorthin also soll die sozialistische Reise in unserem Vaterlande Österreich gehen.

2. Betrachten wir ganz kurz einmal jene Fälle, in denen die Sozialisten aus welchen Gründen immer zu Kompromissen bereit und gezwungen waren. Ich nenne als Beispiel die Wirtschaftsgesetze, die Arbeitsverfassung, die Städterneuerung, nur um einige Beispiele zu nennen. Aber was in diesen Gesetzen die Sozialisten ursprünglich wollten, unterliegt doch gar kein Zweifel. Mehr staatlichen Dirigismus und mehr Macht für die Funktionäre. Das heißt, der Einzelne sollte auf seinen Arbeitsplatz und bei seinem sozialen Aufstieg stärker unter Kontrolle gebracht werden. Geht man davon aus, was die Sozialisten ursprünglich wollten oder was sie von Häuser bis zu Konecny als Pläne geschmiedet haben, dann müssen wir uns über eines vollkommen im klaren sein, nämlich, daß die Sozialisten in Österreich eine kollektivistische Politik betreiben wollen.

3. Noch deutlich^{er} aber ist die Sprache in jenen Fällen, bei denen die Sozialisten in ihrer hauchdünnen Mehrheit gesellschaftspolitische Weichen auch schon in dieser Legislaturperiode gestellt haben. Und diese Politik reicht von familienfeindlichen Steuergesetzen bis zu eigentumsfeindlichen Änderungen der Wohnbauförderung, reicht vom Ortstafelgesetz bis zur Rundfunkgegenreform, vom Strafrecht zum Universitätsorganisationsgesetz und wie ein roter Faden durchzieht diese Gesetze eine einzige Grundhaltung: Machtpolitik hat bei den Sozialisten Vorrang vor der Zusammenarbeit für Österreich, auch das sollte heute einmal ausgesprochen werden.

Nun und in diesem Zusammenhang gestatten Sie mir aber auch ein Wort zur Außenpolitik. Die erste Etappe unserer Außenpolitik wurde 1955 mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages, den Abzug der Besatzungstruppen und der freiwillig erklärten immerwährenden Neutralität erfolgreich abgeschlossen. Und sie wird für immer mit dem Namen Figl und Raab verbunden sein, auch wenn sich diese Männer aus unseren Reihen heute nicht mehr selber zu Wort melden können. Und in den folgenden 15 Jahren hat Österreich seine Stellung in der Welt unter den Kanzlern Raab Gorbach und Klaus weiter festigen können. Unser Verhältnis zu den ehemaligen Besatzungsmächten wurde ein ausgewogenes und gut

freundschaftliches, die vom Südtirolproblem lange Zeit überschatteten Beziehungen zu Italien wurden gut nachbarlich, auch gegenüber Jugoslawien bestand durch die Nachbarschaftsbesuche von Marschall Tito und Kanzler Klaus ein problemfreies Verhältnis. Österreich beteiligte sich aktiv an der wirtschaftlichen Integration Europas und an der Arbeit der Vereinten Nationen und ich darf in diesem Zusammenhang sagen, wir sind stolz, mit unserem früheren Außenminister und Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim den Generalsekretär dieser Weltorganisation zu stellen. In den letzten fünf Jahren verließ jedoch die sozialistische Regierung mehr und mehr den Weg einer Außenpolitik, in der wir noch die Kontinuität zu jener Politik erkennen konnten, die wir selbst gemacht oder mitgestaltet haben, und die von uns mitverantwortet war. Das geschah durch die fragwürdige These, meine Damen und Herren, daß eine gute Außenpolitik die beste Verteidigungspolitik sei, das geschah durch eine demonstrative Anlehnung an die Blockfreien und durch ein opportunistisches Abstimmungsverhalten in der UNO, Österreichs Neutralität geriet dadurch in das Zwielflicht des Neutralismus, das wollen wir nicht, das haben wir nicht notwendig. Und während bei Figl, Raab, Gorbach und Klaus nie Zweifel darüber entstehen konnte, daß sie als Bundeskanzler ganz Österreich und nicht nur eine Partei repräsentierten, trat Kreisky bei seinen Versuchen den Nahostvermittler zu spielen, in der dreifachen Rolle des österreichischen Bundeskanzlers, des SPÖ-Vorsitzenden und des Delegationschefs der sozialistischen Internationale auf. Auch hier hat die Parteipolitik Vorrang vor Staatspolitik, meine Damen und Herren. Wir können vor den Folgen einer solchen Außenpolitik nur warnen. Wir erleben es in diesen Tagen am Beispiel der Labourparty, die aus ihrer Europapolitik und ich füge hinzu, aus parteiegoistischen Gründen eine Drehtür gemacht hat und nun selber nicht mehr weiß, wie und wo sie aus diesem Dilemma herauskommen wird. Und wir warnen aber auch davor in der Außenpolitik gewissermaßen verschiedene Reichweiten unseres Gewissens einzuführen. Ich sage das, weil das Gewissen mancher Protestierer der Vergangenheit nur bis Vietnam und Chile gereicht hat. Meine Damen und Herren,

unser Gewissen als christliche Demokraten reicht aber auch bis Portugal, wo die Chance nach fast 50jähriger Rechtsdiktatur eine Demokratie zu errichten, nicht durch eine Linksdiktatur abgelöst werden soll. Und wir haben sicher nicht das Recht anderen Völkern ihre Staatsform vorzuschreiben, aber wir sollten das Recht für uns in Anspruch nehmen zu sagen, was wir noch für Demokratie halten und was nicht. Und wenn außerparlamentarische Kräfte in Portugal heute vorschreiben, welche Parteien für das Parlament überhaupt kandidieren sollen oder die Forderung erheben, daß sich die restlichen Parteien sich zu einer Einheitspartei zwischen Kommunisten und Sozialisten vereinigen sollen, dann, hoher Bundesparteitag, dann protestieren wir dagegen namens der Solidarität aller christlich-demokratischen Parteien Europas. Ich möchte aber jetzt auch noch ein Wort sagen, das Österreich selber betrifft. Die kaum verhüllten Komplimente unseres derzeitigen Bundeskanzlers für Guerillaführer würden Österreich in einer Stunde der Gefahr herzlich wenig nützen, wir sollten stets daran denken, daß wir in einer solchen Situation nur auf dreierlei zählen können. Auf eine gesinnungsfeste, von allen Österreichern unterstützte und von niemanden falsch auslegbare Außenpolitik, auf unseren eigenen Willen und unsere Fähigkeit, uns mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr zu setzen und zu verteidigen. Und auf jene in der Welt, die das Recht höher schätzen als Gewalt und die wir vorher nicht vor den Kopf gestoßen haben sollten. Und nun werfen Sie mit mir noch einen Blick über unsere Grenzen hinaus. Wo ist denn die Zeit, in der Wilson, Palme und Brandt gewissermaßen noch aufgehende Sterne am europäischen Horizont gewesen sind? Überall wurden den Wählern von Sozialisten neue Wachstumsrekorde und die Erfüllung immer neuer Ansprüche versprochen. Inzwischen aber sind über den sozialistisch regierten Ländern die Sturmflaggen der Inflation und der Arbeitslosigkeit aufgezogen worden. Und wenn Sie die Ergebnisse auch dieser Politik betrachten, dann werden Sie wohl zu dem Schluß kommen, daß doch etwas an dieser Politik falsch ist bzw. sein muß. Und in der Tat geht sozialistische Politik von falschen Voraussetzungen aus, weil nämlich die menschlichen Verhaltensformen, die der Sozialis-

mus bewußt oder unbewußt fördert, in einer freien menschlichen Gemeinschaft auf die Dauer nicht miteinander in Einklang zu bringen sind. Das sozialistische Denkschema erzeugt auf der einen Seite Neid, Anspruchsdenken und Versorgungsmentalität, während dadurch auf der anderen Seite die Bereitschaft etwas zu leisten, jemandem persönlich zu helfen oder für die Gemeinschaft Opfer zu bringen immer geringer wird. Ein solches System kann nicht in Freiheit funktionsfähig sein. Es tendiert entweder zur Anarchie einer Gesellschaft, in der alles erlaubt ist oder zur Totalität eines Staates, der seinen Bürgern alles vorschreibt, das müssen wir ganz deutlich aussprechen und vor Augen haben. Und ich darf noch einmal zitieren, ich hoffe, Sie sehen es mir nach, dieses Mal einen Mann, der noch 1933 ein kommunistischer Parteifunktionär war, Hans Werner Richter, und der nach dem Krieg der Gründer der Gruppe 47 deutscher Linksintellektueller und Schriftsteller wurde und er schreibt in seinem, noch gar nicht vor langem erschienen Briefen an einen jungen Sozialisten zum Schluß, und jetzt darf ich zitieren: Die Programme des 19. Jh. werden sich als veraltet erweisen - und weiter dann - darunter fällt der Glaube an einen Engzustand in Permanenz, in dem es keine Widersprüche, keine Konflikte, keine Gegensätze mehr gibt, ja das nur und allzu Menschliche in anhaltendes Glück umgeschlagen ist. Ein solcher Zustand ist nie erreichbar, weder mit diesem, noch mit jenem, noch mit einem bisher noch nicht erfundenen System. Es widerspricht jeder historischen Erfahrung und auch jeder Erfahrung mit dem Menschen, es ist ein Glaube und von unseren heutigen Erfahrungen und Kenntnissen aus gesehen, ein Aberglaube - Ende des Zitates. Meine Damen und Herren, auch in Österreich werden wir von diesem Aberglauben Abschied nehmen müssen. Der Sozialismus hat uns eine Fata Morgana vorgegauckelt. Je länger wir diesem Trugbild folgen, um so länger wird die Durststrecke der Inflation, der Gefahr der Arbeitslosigkeit, der Bürokratisierung und der Staatsverdrossenheit sein, die wir in Österreich überwinden müssen und jene, die das letzte Mal SPÖ wählen, weil sie in gutem Glauben den angeblich 1400 Experten vertrauten und vor allem eine liberale Politik erwartet haben, denen rufe ich heute zu:

Sie können am 5. Oktober diese Durststrecke entscheidend verkürzen und dafür sorgen, daß wir Österreicher in nüchternen und gemeinsamer Überlegung und mit vereinten Kräften die Zukunft bewältigen können.

Und damit, meine Damen und Herren, bin ich bei der Frage, wie es nach dem 5. Oktober 1975 weitergehen soll. Ich will nicht den Propheten spielen und bestimmte Wahlergebnisse als wahrscheinlich bezeichnen. Ich will auch nicht bestimmte Regierungsformen von vornherein besonders leistungsfähig bezeichnen oder ausschließen, sicher, meine lieben Freunde, ist nur eines, Österreich wird nach dem 5. Oktober nicht nur eine Schönwetterregierung brauchen, darüber gibt es heute überhaupt keinen Zweifel. Hochgespielten Erwartungen werden einem geringer gewordenen Wachstum gegenüberstehen, verbrieft und dynamisierte Ansprüche rückläufigen Steuereingängen und die Vollbeschäftigung wird nur aufrechterhalten werden können, wenn sich unsere Wirtschaft im härtesten internationalen Wettbewerb behaupten kann. Unserem Staat wird die Erfüllung zukunfts wichtiger Aufgaben und die Beseitigung noch vorhandener sozialer Härten, ich möchte es deutlich sagen, aber nur möglich sein, wenn er nicht durch eine allgemeine Überfunktion gewissermaßen einem Budgetinfarkt in Österreich erliegt. Das alles aber bedeutet doch, diese nächste Regierung wird Signale setzen müssen, damit sie stark gesellschaftliche Gruppen und Bürger auf ein weitblickendes Denken und ein zielbewußtes Handeln auch einstellen können. Und sie sollte ehrlich genug sein, den Wählern ihre Politik nicht als eine Tombola anzupreisen, sondern sie sollte ihre Politik eher nüchtern in einer Input-Output-Rechnung präsentieren, die nicht nur Erwartungen weckt, sondern auch zur Mitarbeit an der Erreichung gemeinsamer Ziele auffordert und was unsere künftige Politik betrifft, so haben wir sie in den letzten Jahren mit unserem Salzburger Programm, unseren Plänen zur Lebensqualität, unseren parlamentarischen Alternativen, aber auch mit zahlreichen anderen Initiativen, ich erinnere hier an die Enqueten, die durchgeführt wurden, wohl vorbereitet. Und wenn ich auf diese Arbeit zurückblicke, so möchte ich nicht versäumen, meinem Weg-

gefährten, dem Generalsekretär Dr. Kohlmaier, zu danken. Die Arbeit des Generalsekretärs einer großen Oppositionspartei ist vielleicht nicht immer leicht und nicht immer sehr bedankt, aber es gehört zu meinen Grundsätzen, einem Mann, der mir in schwerer Zeit Gefolgschaft leistete und unermüdlich gearbeitet hat, die verdiente Anerkennung nicht zu versagen. Unsere Partei, meine Damen und Herren, hat unter Opposition nie verstanden, nur gegen die Regierung zu sein, sondern hat auch hier die Aufgabe gesehen, für die Menschen in unserem Lande da zu sein. Und deshalb haben wir in unseren 4 Plänen zur Lebensqualität unsere Politik zu den Fragen der Gesundheit, der Umwelt und des Wohnens, den Problemen gegenüber den Kindern, den Frauen und den älteren Menschen und zu den umfassenden Problemen der Wirtschaft und der Bildung formuliert. Und ich glaube, daß wir eine solche Darstellung unserer Politik vor allem unserer Jugend schuldig sind. Das erscheint mir in einer Zeit der Krise der Demokratie notwendiger denn je, denn ohne junge Demokraten kann keine Demokratie überleben, daran sollten wir bei der Mitarbeit unserer jungen Parteifreunde denken. Und ich möchte deshalb ein persönliches Wort über diesen Saal hinaus an einen österreichischen Jungwähler richten und lassen Sie sich von mir sagen, in einer echten Demokratie können die da oben nicht auf die Dauer tun, was sie wollen, sondern nur das, was sie die Bevölkerung läßt. Und es steht Ihnen als Jungwähler in unserer Demokratie völlig frei, für oder gegen eine sozialistische Regierung zu sein, auch wenn man Ihnen einredet, sie sei die beste aller möglichen Regierungen oder gar auch noch die modernste. Und ich frage Sie, was ist denn da daran modern? Wenn eine Regierung täglich Millionen an einem einzigen Prestigebau verschwendet, während Wohnungen und Kindergartenplätze für viele jungen Familien fehlen? Und was ist denn daran modern, wenn eine Regierung täglich fast 70.000 Schilling für Repräsentation ausgibt, aber für pflegebedürftige und behinderte Menschen kein Geld hat? Oder sind Sie vielleicht der Meinung, der Stil der sozialistischen Regierung sei modern? Ja verwech-

seln Sie da nicht vielleicht Dampfablassen mit Diskussionsbereitschaft, oder Ratlosigkeit mit Demoskopie und auf-die-lange-Bank-schieben mit der Heranziehung von Experten? Noch nie ist in Österreich so viel fortgewurstelt worden, wie unter dieser Regierung, die das Wort Planung ständig im Munde führt. Und ich möchte diesem Jungwähler auch sagen, wir haben noch keinen modernen Regierungsstil, aber wir brauchen einen, wir werden die Krisen der Zukunft nicht im Pickerl-Stil eines Operetten-Staates managen können und unsere Demokratie braucht nicht das Beruhigungsmittel eines redseeligen Sonnenkönigs, sondern viel eher die Frischzellentherapie von Millionen hellwacher und mündiger Bürger. Österreich wird nicht moderner werden durch die Ideen, für die schon die Urgroßväter der heutigen Sozialisten auf die Barikaden stiegen, sondern durch Ziele, denen auch noch unseren Kindern etwas gegeben wird und denen sie zustimmen können. Und lieber Jungwähler, so möchte ich ihm zurufen, ich habe nicht die Absicht, etwas schwarzzumalen, nur damit Sie dann nicht rot wählen würden, sicher das Erbe, das uns die sozialistische Regierung hinterläßt, wird kein leichtes sein und der Kassasturz, dem sie nicht ausweichen können, wird gigantische Fehlbeträge ergeben. Sicher ist aber auch, daß uns die Zukunft nichts schenken wird, wir werden nicht länger vom vollgenommenen Mund in die offene Hand leben können und sicher ist aber auch, Männer der Volkspartei haben das Österreich Ihrer Mütter und Väter aus den Trümmern des Krieges, bitterster Not und vierfacher Besatzung herausgeholt, gemeinsam mit Sozialisten, die aus dem Holz eines Böhm oder Hellmer geschnitzt waren und wir werden Österreich auch in Zukunft wieder ein Stück weiterbringen. Wenn Sie und die anderen Jungwähler nicht den Schwatthaften, sondern den Ernsthaften Ihre Stimme geben, darum geht es am 5. Oktober.

Meine Damen und Herren, es geht darum, neue Ziele für Wachstum und einen neuen Maßstab für Leistungen zu setzen. Man wird Leistung daran messen, wie weit sie die Lebensqualität verbessern und z.B. feststellen, daß den Pflegeberufen die entsprechende materielle und soziale Anerkennung fehlt, wir müssen ein Energie- und Rohstoffverschweungs-Wachstum durch ein gezieltes qualitatives Wachstum ersetzen. Unser Sozialprodukt

kann auch durch hoch veredelte und langlebige Güter und vor allem durch Dienstleistungen wachsen, das ist es auch, was ich unter höherer Lebensqualität verstehe. Auch ohne gewaltigen Mehrverbrauch an Energie und Rohstoffen, können wir mehr für Bildung und Gesundheit, für einen größeren Freiheitsraum des Arbeitnehmers und für mehr Gestaltungsmöglichkeiten des eigenen Lebens sorgen, wir können verhindern, daß der Bürger im Wohlfahrtsstaat zum Bittsteller wird und wir können erreichen, daß er als Betroffener der Politik an der Meinungs- und Willensbildung stärker beteiligt wird. Man kann höhere Lebensqualität nicht einfach verordnen oder durch gesetzliche Bestimmungen dekretieren, aber ein neuer Stil der Politik, das Erkennen neuer Perspektiven und die Orientierung an neuen Zielen kann uns diesem Ziele näher bringen. Ich sehe in Zukunft die Notwendigkeit des besseren Haushaltens, aber auch des erfinderischen Neugestaltens als ökonomisches und ökologisches Politikgebot, wenn Sie es so wollen. Und ich sehe in Zukunft die Notwendigkeit, den Einzelnen und die kleineren Gemeinschaften als Träger der Verantwortung und Entscheidungen zu erhalten und stärker heranzuziehen. Ich möchte sagen als ein demokratisches föderalistisches Politikgebot. Ich sehe in Zukunft die Notwendigkeit, uns wieder stärker als Schicksalsgemeinschaft zu empfinden, die Notwendigkeit, nicht nur zu fragen wer von wem etwas zu bekommen hat, sondern auch zu fragen, wer etwas für wen tun könnte, ich möchte es nennen als ethisches Politikgebot. Und ich setze mich persönlich für eine neue Solidarität ein, für eine Verwirklichung des Gedankens der partnerschaftlichen Gesellschaft durch die persönliche Tat für eine Abkehr von der Neidgenossenschaft, der kollektiven Selbstübertreibung und für die schon weithin verstaatlichen Gewissen, die uns wieder nach unserem Nächsten fragen läßt. Und das, lieber Jungwähler, wollen wir, im Gegensatz zu den Sozialisten, und wenn auch Sie jetzt wollen, dann ist Ihr Platz bei uns, bei der österreichischen Volkspartei. Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zurück auf den Titel meines Referates, den ich zuerst in die Form einer Frage gekleidet haben: Sind wir für die Zukunft gerüstet? Für uns als Österreicher steht hinter unserer

politischen Zukunft noch ein Fragezeichen? Es ist das Fragezeichen der Nationalratswahl vom 5. Oktober. Doch eines scheint mir heute absolut festzustehen. Österreich wird so, wie es in den letzten Jahren regiert wurde, nicht weiterregiert werden können. Das könnte selbst eine sozialistische Partei mit absoluter Mehrheit nicht, denn die Verhältnisse erweisen sich ja heute bereits schon stärker als sie. Wenn also die Österreicher für die Zukunft gerüstet sein wollen, so stellt sich ihnen die Frage, welche der beiden großen Parteien dafür das bessere Rüstzeug mitbringt, die Sozialisten auf dem verfahrenen Karren einer schon jetzt überholten Regierungspolitik sitzend und denen zur Zukunft nichts besseres einfällt, als die Mehrwertsteuer noch einmal zu erhöhen oder wir von der Volkspartei, die wir die Entwicklung nüchtern einschätzen, wir, die wir uns in den Jahren der Opposition das Rüstzeug unserer Pläne zur Lebensqualität und unsere Zukunftskommission geschaffen haben, wir, die wir von vornherein entschlossen sind, einen neuen politischen Kurs in Österreich zu steuern. Und so frage ich, meine lieben Freunde, können wir nicht jederzeit vor die Österreicher hintreten und mit innerer Überzeugung sagen, daß wir die bessere Wirtschaftspartei, die Partei der höheren Lebensqualität und die einzige Volkspartei unseres Vaterlandes sind. Und ich erkläre schon heute und hier als die bessere Wirtschaftspartei werden wir uns verpflichten, durch einen Verschwendungs-, Belastungs- und Bürokratiestop die Inflationsrate nachhaltig zu senken und möglichst wieder an das Ausmaß der Jahre der ÖVP-Regierung zurückzuführen. Und gleichzeitig wollen wir durch ein Arbeitsplatzgesetz für die Erlangung, Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsplätze in unserem Lande sorgen und in einem Österreich, das mit seiner Säuglingssterblichkeit, seinen Verkehrstoten, seiner Krebssterblichkeit und seiner Selbstmordrate nach 5 Jahren SPÖ-Regierung nach wie vor einen traurigen Rekord aufstellt, werden wir als die Partei der höheren Lebensqualität an die Stelle von Worten endlich Taten setzen und damit meine ich die Sicherung eines Basiswohlstandes für die Ärmsten und Ältesten, eine Ärzte- und Bettengarantie für die Kranken, die Förderung der Heimpflege und der Nachbarschaftshilfe, mehr Lebensqualität beginnt nämlich mit mehr Sicherheit für den Einzelnen, für die Wirtschaft und für den Staat. Das

fängt mit der Sicherung der Ernährung und der Bevorratung in Krisenzeiten an, das bedeutet eine Arbeitsplatzsicherung, die endlich begreift, daß Wirtschaft eine Vertrauenssache ist und Wirtschaftspolitik nicht gegen die Unternehmer in der freien Gesellschaftsordnung betrieben werden kann und das erfordert ein endgültiges Außerstreitstellen der Notwendigkeit und vor allem der Erfordernisse unserer Landesverteidigung und damit ein eindeutiges Bekenntnis zu den Pflichten, die die Neutralität unserem Staate auferlegt. Und unsere Leitlinien dazu auf der Basis der gegenwärtigen Wehrdienstzeit sind fertig, wir werden sie in den nächsten Wochen vorlegen. Unsere Pläne für die Zukunft sind fertiggestellt, wir wollen sichern, was wir haben, das Leben aller Österreicher verbessern und mit den Problemen der Zukunft durch eine vorausschauende und verlässliche Politik fertigwerden, das ist das Ziel, dem wir uns verpflichtet fühlen. Und weil unsere politischen Gegner das Vorhandensein unserer Pläne nicht abstreiten können, versuchen sie zu fragen, ob wir denn auch die Leute zur Verwirklichung dieser Pläne hätten. Da können wir die Österreicher wirklich beruhigen. An politischen Talenten da hat es in unserer Partei nie gefehlt. Wir sind 1945 als eine neue Partei angetreten und wir sind bis heute die einzige Volkspartei geblieben, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern und Wirtschaftstreibende sind in ihr ebenso vertreten wie die Jugend und die Frauen. Die Vielschichtigkeit der modernen Gesellschaft und der österreichische Bundesstaat spiegeln sich in unserer Partei wie in keiner anderen, sie vereint Berufstätige und Pensionisten, Konsumenten und Produzenten und bietet auch kleinen, aber für den Fortschritt entscheidenden Gruppen, wie die freiberuflich Tätigen, den Managern, den Künstlern und Intellektuellen eine Plattform der politischen Willensbildung. Es war und ist nicht unser Ehrgeiz, in einer Zeit der raschen Änderung der Gesellschaftsstruktur eine zentralistische und monolithische Partei zu sein. Unsere Stärke ist die Vielfalt, so war es in der Vergangenheit, so wird es auch in der Zukunft bleiben. So liegen die Dinge bei uns, meine Freun-

de, aber die Sozialisten haben kein Kabinett zusammengebracht ohne eine Leihgabe aus dem nichtsozialistischen Lager. Aus unserer offenen und vielfältigen Partei kann jederzeit eine komplette Regierungsmannschaft gestellt werden. Meine lieben Freunde, Sie haben heute unseren Busek, unseren Lanner, unseren Mock und unseren Taus gehört, das sind doch politische Talente, auf die wir stolz sein dürfen. Ja, ich möchte an dieser Stelle doch auch ein deutliches und ein klares Wort zur Kandidatur von Taus sagen. Nicht gerichtet an die Delegierten dieses Parteitages, sondern an die Adresse des Herrn Bundeskanzlers. Und Herr Bundeskanzler, kümmern Sie sich um Dinge, für die Sie heute verantwortlich sind, um die steigende Zahl der Arbeitslosen, um die anhaltend hohe Inflation, um die immer schwächer werdende Konjunktur und vor allem auch um die Kandidatenlisten Ihrer eigenen Partei, auf der die Jusos bereits vorzurücken beginnen. Und versuchen Sie nicht, von den eigenen Schwierigkeiten dadurch abzulenken, daß Sie sich den Kopf über unsere Kandidatenauswahl und über die Entscheidungen eines künftigen Parlamentsausschusses zerbrechen. Eine solche Klarstellung war heute notwendig, um vor diesem Bundesparteitag der politischen Anmaßung in Österreich Grenzen zu setzen. Ich habe jetzt von den vielen gesprochen, die heute hier geredet haben, aber Sie kennen doch auch unseren Jäger, unseren Krainer und unseren Ratzenböck und wissen nun schon seit Jahren, wie sehr sich mit Koren ein Mann der Wissenschaft politisch in Österreich profiliert hat. Ich kann hier beim besten Willen nicht alle beim Namen nennen, aber Sie kennen ja selbst am besten die Namen der Vorsitzenden unserer Arbeitsausschüsse und Sie wissen, was sie geleistet haben und ich möchte den Männern und Frauen dafür heute herzlich danken. Sie kennen alle jene, die sich hier als Abgeordnete und nicht zu vergessen auch die Damen für die Öffentlichkeit einen Namen gemacht haben und zum Begriff geworden sind. Aber unsere Anerkennung und unser Dank den sagen wir heute auch den Männern, die in der schwierigen Zeit der SPÖ-Regierung dafür gesorgt haben, daß das Erbe von Raab und Böhm unsere in der Welt mit Recht respektierte Sozialpartnerschaft nicht zerstört wurde. Und meine lieben Delegierten, wer kennt nicht unsere Landeshauptleute, Kessler, Lechner, Maurer, Niederl und Wenzl,

denen die Bürger ihrer Länder in so eindrucksvoller Weise bereits ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Und wer kennt nicht unseren Wallnöfer, dem die Tiroler am 8. Juni sicher wieder beweisen werden, wie sehr sie hinter ihm stehen. Ich rede nicht gerne von mir selbst, aber vielleicht sollte ich es doch tun, damit keine Mißverständnisse entstehen. Ich bin in dieser Partei als Mitglied einer Mannschaft aufgewachsen, ich habe im Kabinett Gorbach als Verteidigungsminister und im Kabinett Klaus als Landwirtschaftsminister gedient. Ich habe einige Regierungserfahrung gesammelt, aber ich bilde mir deshalb noch lange nicht ein, alles allein zu können. Und wenn ich im kommenden Wahlkampf gegen Dr. Kreisky antrete, dann ist das für mich kein Privatduell und auch kein Redner- oder Schönheitswettbewerb, sondern eine Auseinandersetzung um die politische Zukunft unseres Landes, die ich im Namen dieser Österreichischen Volkspartei in ihrem Namen, meine sehr geehrten Delegierten, im Namen zehntausender Vertrauensleute und hunderttausender Mitglieder unserer Partei und unserer, die ich heute schon überzeugt bin, mehr als 2 Millionen Wähler führe. Meine lieben Freunde, aber auch dabei werde ich Mitglied einer Mannschaft sein und bleiben und wenn mich der politische Gegner oder der kritische Journalist dabei öfter aufs Korn nimmt als die übrigen Mitglieder unserer Mannschaft, so soll mir das recht sein, wenn nur die Jungen gemeinsam mit mir das große Ziel erreichen, wieder mehr Verantwortung für Österreich zu tragen, denn auf eines warten die Österreicher, nach 30 Jahren Zweiter Republik und 5 Jahren sozialistischer Regierung, daß einmal der Vorhang über einer Bühne niedergeht, auf der Politik nur gespielt wurde, mit einer Ideologie von vorgestern und mit dem Lavendelschmäh von gestern und ohne überzeugende Ergebnisse bei der Lösung der Probleme von heute. Von unserer Mannschaft aber können die Österreicher eines mit Sicherheit erwarten, daß die Politik wieder mit dem Ernst und mit dem Verantwortungsbewußtsein betrieben wird, mit dem sie am Beginn der Zweiten Republik betrieben wurde, nicht als ideologischer Selbstzweck, sondern zum Wohle unseres Vaterlandes und aller Österreicher. Und so sind wir, meine lie-

ben Parteifreunde, tatsächlich für die Zukunft gerüstet und wenn wir in knapp 6 Monaten bis zum 5. Oktober als große und einige Gesinnungsgemeinschaft unsere ganze Kraft einsetzen, dann, meine lieben Parteifreunde, bin ich überzeugt, daß die Österreicher am 5. Oktober sagen werden, unsere Volkspartei muß wieder her und daß sie uns wieder zur stärksten Partei in Österreich machen werden und lassen sie uns, so wie in den schweren Tagen vor 30 Jahren die Herausforderung der Zukunft neu annehmen, lassen sie uns aber auch den Kampf aufnehmen, für ein Österreich, in dem die Freiheit des Einzelnen ebenso Platz hat, wie eine neue Solidarität der Gemeinschaft unseres Volkes und gehen wir nach diesem festlichen Bundesparteitag wieder an die Arbeit, mit neuer Kraft für ein glückliches, ein schönes Vaterland und für unsere demokratische Republik Österreich.

Mock:

Hoher Bundesparteitag! Ich möchte vom Präsidium aus unserem Herrn Bundesparteiobmann nochmals für sein Referat danken, vor allem für diese neue politische Gesinnung, die er darin zum Ausdruck gebracht hat und ich bin überzeugt, daß wir diese neue politische Gesinnung brauchen, um mit ihm, für ihn und für Österreich auch am 5. Oktober einen Erfolg zu erzielen. Ich danke Dir, Herr Bundesparteiobmann, und ich danke Dir vor allem für eines, die Generation von 1945 hat Verantwortung in der schwierigsten Zeit des Staates übernommen, Du hast die Führung der Österreichischen Volkspartei in der schwierigsten Zeit dieser Partei, in der Opposition übernommen. Wir danken Dir nicht nur dafür und nicht nur das zweimalige Vertrauen von Bundesparteitagen ist Anlaß, daß wir mit Dir so verbunden sind, sondern Deine persönliche Gesinnung, Dein rastloser Einsatz ist für uns Verpflichtung mit Dir die Verantwortung für den Wahlkampf und auch für das Ergebnis am 5. Oktober zu tragen. Hoher Bundesparteitag! Ich bitte Sie, sagen Sie den Menschen draußen, mit welcher Gesinnung der Bundesparteiobmann uns sein Ziel in diesem Wahlkampf sieht, sagen Sie den Menschen, was wir wollen, was wir in unseren Plänen haben, schaffen Sie die Vor-

aussetzung für einen großen Vertrauensbeweis am 5. Oktober. Schaffen Sie die Voraussetzung für eine neue Politik für Österreich, die durch eine ordentliche Dynamik, die durch Nüchternheit, durch Verlässlichkeit, die durch die Führung von Karl Schleinzer in eine gute, in eine österreichische Zukunft geht.

Bundeshymne

Dr. Schleinzer:

Der Parteitag ist geschlossen.



Bewährung und Chance · Eine Österreich-Bilanz nach 30 Jahren

B E R I C H T
an den

17. a. o. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei
über das Symposium

"BEWÄHRUNG UND CHANCE. EINE ÖSTERREICH-BILANZ NACH 30 JAHREN"

Arbeitskreis 1: Nationaler Konsens

Vorsitz: Landesrat Dr. Josef Krainer

Vertretung: Gen.Dir.Dr. Josef Taus

Arbeitskreis 2: Österreich als Aufgabe

Vorsitz: Generalsekretär Dr. Erhard Busek

Arbeitskreis 3: Dynamische Demokratie

Vorsitz: Bundesobmann Abg.z.NR Dr. Alois Mock

Arbeitskreis 4: Bessere Zukunft

Vorsitz: Abg.z.NR Dir.Dr. Sixtus Lanner

Punkt 1)

KONSENS UND DISSENS

Keine menschliche Gemeinschaft, auch die staatliche, ist ohne einen gewissen Grundkonsens denkbar. Zwar gibt es in jeder Gemeinschaft interessens- und wertbezogene Konflikte, die auszutragen sind und für deren Austragung Mechanismen vorzusehen sind. Totaler Dissens in allen wichtigen Fragen wäre der Tod der Gemeinschaft (Verlust der staatlichen Existenz).

Jede politische Partei muß deklarieren, welche Fragen sie zu dem existenziellen Bereich zählt und welche Zielvorstellungen sie hier hat.

Es sind 3 Konsensbereiche zu unterscheiden:

- a) der Bereich in dem der Konsens Lebensnotwendigkeit für unsere Gesellschaft ist
- b) der Bereich, in dem es vorteilhaft wäre, einen Konsens herzustellen oder den bestehenden Konsens zu erweitern
- c) das Gebiet, wo Konsens entweder nicht möglich oder auch nicht wünschenswert ist. Dieses Gebiet des Dissenses umfaßt die meisten Sachfragen der Tagespolitik.

Zu a)

Der lebensnotwendige Konsens ist auf folgenden 9 Gebieten zu suchen und zu finden:

- 1) Die Existenz des Staates und der Bestand Österreichs als Nation
- 2) Demokratie nicht nur als Spielregel sondern als Lebensform
- 3) Das Verhältnis der gesellschaftlichen Gruppen zueinander und deren Zusammenarbeit
- 4) Die Funktion der Kirchen
- 5) Die Machtteilung zwischen über- und untergeordneten Organisationen (Föderalismus, Gemeindeautonomie)

- 6) Die Neutralität
- 7) Die Grundelemente der Wirtschaftsordnung
- 8) Die Rechtssicherheit durch Rechtskontinuität
- 9) Die Möglichkeit einer effektiven Kontrolle der Regierung durch die Opposition

Zu b)

Vorteilhaft scheint ein Konsens in den Grundlagen einiger Gebiete der Sachpolitik zu sein, wie man sich in Österreich etwa entschlossen hat, in Schulmaterien einen umfassenden Konsens zu suchen. Andere Anwendungsmöglichkeiten sind grundsätzliche Materien der Bildungs-, der Wirtschafts- und der Sozialpolitik.

Zu c)

Hier besteht die Notwendigkeit, formalisierte Mechanismen des Dissenses zur Austragung und Lösung von Konflikten zu schaffen. Österreich scheint dadurch charakterisiert zu sein, daß es nicht hinreichende Mechanismen der Konfliktaustragung gibt und ein Austragen von Konflikten unterbleibt. Dadurch wird der Anschein erweckt, daß Konsens auf Gebieten herrscht, auf denen bloß die Formulierung des Dissenses unterblieben ist.

Jede Art des erreichten Konsens, sei es der lebensnotwendige oder der vorteilhafte, muß in seinen geschichtlichen Werten und seiner Veränderlichkeit gesehen werden. Keiner der erreichten Formen des Konsenses darf tabuisiert werden.

Punkt 2)

EXISTENZ DES STAATES UND ZUSAMMENARBEIT

Die Lebensfähigkeit und Existenz Österreichs wird heute - im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit - allgemein bejaht. Der weit überwiegende Teil des österreichischen Staatsvolkes bekennt sich zur österreichischen Nation, wie sie sich in der Zweiten Republik entwickelt hat und weiter zu entwickeln ist. Die Voraussetzungen dieses Grundkonsenses sind allerdings nur wenigen bewußt und werden selten reflektiert:

- a) Die Erste wie die Zweite Republik sind von den politischen Parteien ihrer Zeit gegründet worden. Sie waren vor dem Staatswesen da, das sie geschaffen haben. Ihre Politiker haben seine Verfassung, seine Gesetze und die Programme der Parteien entworfen, auf Grund deren die Republik so wurde, wie sie heute ist.
- b) Die Geschichte der Zweiten Republik beginnt nicht erst 1945. Ihre Verfassung datiert von 1920/29, die Grundrechte ihrer Bürger stammen aus den Jahren 1867 und 1862 und wurden durch die Ratifizierung der europäischen Menschenrechtskonvention modernisiert und ergänzt.

Einzelne Formen des staatlichen Bürokratismus sind seit dem Josephinismus unverändert erhalten geblieben, manches öffentliche und private Zeremoniell wurzelt im Barock oder gar in früheren Zeiten. Das bedeutet, daß auch diese nähere oder fernere Vergangenheit mit ihren Licht- und Schattenseiten ebenso zu unserer Geschichte gehört, wie die Ereignisse der Jahre 1934, 1938, 1945 oder 1955.

Ebenfalls im Gegensatz zur Situation der Ersten Republik besteht (oder bestand?) Konsens darüber, daß Mitglieder oder Wähler anderer politischer Parteien als der eigenen zwar eine dieser zum Teil entgegengesetzte Politik wollen und - wenn sie dazu in der Lage sind - auch machen, daß sie aber nicht zu eliminierende Feinde sind. Im Gegenteil, von der Zusammenarbeit mit ihnen - sei es in Koalition oder in Opposition - hängt das Gemeinwohl, funktionierende Partnerschaft, innerer Friede und eine von allen unterstützte und damit glaubwürdig-konsequente Außenpolitik ab. In der jüngsten Vergangenheit ist hier jedoch eine gewisse Verengung des Konsensbereiches festzustellen: noch 1971, zu einer Zeit also, in der sich die ÖVP schon in der Opposition befand, hat der damalige Bundesparteiobmann Dr. H. Withalm erklärt, daß Außenpolitik, Landesverteidigung und Währungspolitik in jeder Regierungskonstellation gemeinsame Angelegenheiten sein sollen, was sie übrigens schon in der ansonsten von nationalen und sozialen Kämpfen erschütterten österreichisch-ungarischen Monarchie waren; die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß der Wunsch nach Konsens - mindestens bei der zur Zeit an der Macht befindlichen politischen Kraft - nicht mehr in jenem Maß zu bestehen scheint, wie früher.

Konfliktlösung, Kompromiss-(Übereinkunft-) und Konsensbildung im Bereich der Gesetzgebung regelt die Verfassung, die nur mit 2/3-Mehrheit geändert werden kann. Da die Gesetzgebung von 1962 die Änderung von Verfassungsbestimmungen zur Voraussetzung hatten, sind auch sie selbst dann von einer 2/3-Mehrheit im Parlament angenommen worden. Das gilt für alle großen gesetzgeberischen Werke und bedeutenden außenpolitischen Beschlüsse der Großen Koalition, wie z.B. das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz oder das Neutralitätsgesetz von 1955. Schon in jener Zeit sind jedoch einige wesentliche Verfassungsbestimmungen nicht verwirklicht worden, teils weil sie für alle Parteien nicht attraktiv genug oder so kontrovers waren, daß ein Koalitionsbeschluß für sie nicht zu erreichen war. In der Zeit der Alleinregierungen seit 1966 wurden erst in den beiden letzten Jahren auch wichtige Fragen nur mit den Stimmen der Regierungspartei beschlossen. Parlamentarisch-demokratisch ist ein solches Vorgehen selbstverständlich legitim, dem Bemühen um eine möglichst breite Konsensbildung entspricht es nicht.

Punkt 3

Parteien, Sozialpartnerschaft

In der 2. Republik besteht Konsens darüber, daß mit Mitgliedern oder Wählern anderer politischer Parteien als der eigenen Zusammenarbeit, sei es in Koalition oder in Opposition, bestehen soll. Von der Zusammenarbeit hängt das Gemeinwohl, eine funktionierende Sozialpartnerschaft, innerer Friede und eine von allen unterstützte und damit glaubwürdig-konsequente Aussenpolitik ab.

Die konkrete österreichische Wirtschaftsordnung ist wesentlich durch die Einrichtung der Sozialpartnerschaft als Konfliktregler geprägt. Die Sozialpartnerschaft manifestiert sich nicht allein in der Paritätischen Kommission, sondern auch in zahlreichen gesetzlich vorgesehenen Beiräten und Kommissionen. Aber auch in Gremien der Sozialpartnerschaft selbst wie etwa im Preisunterausschuß, sind Behördenvertreter eingebaut.

Die grundlegende Bedeutung der Sozialpartnerschaft für die Erhaltung des inneren und auch des sozialen Friedens kann nicht hoch genug gewertet werden. Die Sozialpartnerschaft, als wesentliche Institution des Konsenses im vorparlamentarischen Raum findet allerdings ihre Grenzen in den ihr zugewiesenen Aufgabenbereichen. Dies ergibt sich schon hinsichtlich ihres Vertretungsanspruches, der sie auf einen bestimmten Kreis von wirtschaftlichen und sozialen Gruppen beschränkt.

Die gesetzlich vorgesehenen Interessenvertretungen, die auch zum Teil behördliche Funktionen ausüben, unterliegen der aufsichtsbehördlichen Kontrolle. Eine Erweiterung der Kontrollfunktion, vor allem im Bezug auf den in Vereinsform organisierten österreichischen Gewerkschaftsbund, ist eine Frage, die eines Konsenses bedarf.

Punkt 4

PARLAMENTARISCHE DEMOKRATIE

1945 und seither noch ungezählte Male haben sich die politischen Parteien Österreichs zur parlamentarischen Demokratie bekannt. Die grundlegenden staatspolitischen und gesetzgeberischen Entscheidungen sind jedoch meistens schon vor der Abstimmung im Plenum des Nationalrates vor sich gegangen, bis 1966 im Koalitionsausschuß und seit ihrem Bestand in der Paritätischen Kommission.

Dies waren und sind Einrichtungen der Konsensfindung. Für schwierige Zeiten muß darüberhinaus das System einer "Konzentrationsregierung" überlegt werden, da in dieser Regierungsform leichter ein Konsens über unpopuläre, aber notwendige Maßnahmen gefunden werden kann als im Wechselspiel von Regierung - Opposition. Es ist aber zu betonen, daß auch der Wechsel von Regierung und Opposition eine Form der Zusammenarbeit darstellt und selbstverständlich auf nationalem Konsens basieren muß.

Parallel zu allfälligen grundsätzlichen Überlegungen über das System einer Konzentrationsregierung, welche keineswegs als kurzfristige oder wahltaktische Maßnahmen mißverstanden werden dürfen, wären solche über die Sicherung der Kontrollfunktion des Nationalrates und einer echten Aufgabenstellung für die zweite

Kammer auszustellen. Die Besetzung von Kontrollorganen wie etwa Rechnungshof oder von Kontrollämtern ist grundsätzlich Angehörigen der jeweiligen Opposition vorzubehalten. Die Anrufung des Verfassungsgerichtshofes ist auch einer qualifizierten Minderheit zuzugestehen.

Das Mitspracherecht der betroffenen Bevölkerung in Fragen der Stadtplanung und des Umweltschutzes hat erst durch "Bürgerinitiativen" Beachtung gefunden, die infolge ihres "Wildwuchses" zweifellos in großem Maß manipulierbar sind (Sternwartepark!) Volksbegehren und Volksabstimmung sind in der Verfassung vorgesehen, aber alle bisher durchgeführten oder eingeleiteten Volksbegehren haben durch die politischen Parteien oder gar die jeweiligen Regierungen nur wenig Unterstützung gefunden. Im Gegenteil - sie wurden häufig genug verdächtigt und bekämpft. Wenn sich aber Erfolge abzeichneten, haben sofort Parteien versucht, sie für sich zu reklamieren. Somit ist der Appell an die persönliche Verantwortung des Bürgers bisher fast ausschliesslich von der Presse ausgegangen, die zum Teil höchst eigennützige Zwecke damit verfolgt hat.

Hier ist die Änderung der Einstellung der politischen Parteien zu fordern, die auch Willenskundgebungen einer Mehrheit des Staatsvolkes die Anerkennung nicht versagen dürfen.

Punkt 5)

GLEICHHEIT

Artikel 7 der Bundesverfassung lautet: "Alle Bundesbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen." Der Adel und die Monarchie sind in Österreich schon mit Annahme der Verfassung durch das Parlament abgeschafft worden. Nicht abgeschafft wurden bis heute die Vorrechte der Männer in Gesetzgebung (Ehe- und Familienrecht), Bildungschancen und beruflichem Aufstieg, obwohl mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung Frauen sind und nach jüngsten Befragungen mehr als zwei Drittel der österreichischen Männer und Frauen für die Gleichberechtigung sind.

Sicherlich sind vor dem Gesetz alle Bundesbürger gleich, was auch dem nationalen Konsens entspricht. In der Praxis gibt es aber für den Einzelnen Bevorzugung oder Benachteiligung, sogar vor Gericht, wofür selbstverständlich nicht der Richterstand verantwortlich gemacht werden kann.

Darüberhinaus sind die Österreicher bei aller Anerkennung des relativen materiellen Wohlstandes weiter Kreise keineswegs gleich: für viele Alt-Rentner sind die Beheizungskosten im Winter ein großes Problem, für die Bauern gibt es auch nach dem 1. Jänner 1975 keine 40-Stunden-Woche. Ihre Kinder sind an den Hochschulen noch seltener zu finden als die Kinder von Arbeitern. Wer keine Zusatzversicherung und kein Geld hat, keinen Spitalsarzt persönlich kennt, liegt in riesigen Krankensälen altmodischer Spitäler mit zu wenig Personal. Es wurde - in Übereinstimmung aller Parteien - viel gebaut in der Zweiten Republik: Wohnungen, Fabriken, Hotels - zu wenig Spitäler, Sanatorien für psychisch Kranke, Kindergärten, Schulen und Altersheime. Die Löhne der Maurer stiegen um ein Vielfaches, jene von Krankenschwestern und Sozialhelfern hielten mit Mühe Schritt mit den Preiserhöhungen

Punkt 6)

RECHTE DER MINDERHEITEN

Schon das Staatsgrundgesetz von 1867 enthielt in Artikel 19 folgende Bestimmung: "Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staat anerkannt. In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landesprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält." Daß dieses Recht in der Monarchie nicht voll verwirklicht wurde, hat sie schon am Ende des 19. Jahrhunderts schwer erschüttert (Badeni-Krise 1897!) und zweifellos zu ihrem Zerfall beigetragen.

Durch die beiden Staatsverträge, welche die Republik 1919 in St. Germain und 1955 im Belvedere abgeschlossen hat, wurden diese Rechte einiger nationaler Minderheiten zu völkerrechtlichen Verpflichtungen. Besonders im letzten Staatsvertrag wurden die "angemessenen Rechte" (Staatsvertrag von St. Germain) interpretiert und konkretisiert (Staatsvertrag im Belvedere, Art.7).

Die stufenweise Verwirklichung dieser Staatsvertragsverpflichtungen wurde alsbald in Angriff genommen und auf wichtigen Gebieten auch bereits durchgeführt. Die österreichischen Bemühungen um die Erfüllung der Staatsvertragsverpflichtungen traten 1967 in ein neues Stadium, als die ÖVP-Alleinregierung an die Erfüllung von Art.7 Abs.4 schritt. Durch den mit untauglichen Mitteln unternommenen Alleingang der sozialistischen Regierung in dieser Frage (ohne umfassende Diskussion oder psychologischer Vorbereitung) wurde Art. 7 Abs. 4 des Staatsvertrages nicht erfüllt, noch ein brauchbarer Schritt in Richtung auf die Lösung des Problems unternommen, da dadurch die Unzufriedenheit der slowenisch sprechenden Minderheit als auch der deutschsprachigen Mehrheit gewachsen ist und bedauerlicherweise tiefe Gräben zwischen deutsch-sprachigen und slowenisch-sprachigen Kärntnern aufgerissen, die 1919/20 gemeinsam für die Aufrechterhaltung der Einheit Kärntens gekämpft und dafür gestimmt hatten.

Punkt 7

NEUTRALITÄT

Österreich hat 1955 aus freien Stücken feierlich seine immerwährende Neutralität erklärt, wobei damals Bundeskanzler Raab ausdrücklich feststellte, dass diese Verpflichtung weder die politische Freiheit des einzelnen berühre, noch den Staat selbst zu ideologischer Neutralität verpflichte. Die Koalitionsregierung Raab-Schärf hat diese Interpretation der österreichischen Neutralität bereits ein Jahr später angewendet, als sie sich nach Ausbruch der ungarischen Oktoberrevolution am 28. Oktober 1956 in einem Appell an die UdSSR für den Abbruch der Kampfhandlungen und die Beendigung des Blutvergiessens einsetzte: "Gestützt auf die durch die Neutralität gesicherte Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs, tritt die österreichische Bundesregierung für eine Normalisierung der Verhältnisse in Ungarn mit dem Ziele ein, dass durch die Wiederherstellung der Freiheit im Sinne der Menschenrechte der europäische Friede gestärkt und gesichert werde." Diese Haltung war nicht nur beispielgebend.

In den Jahren der Alleinregierung der SPÖ ist der vom Bundesparteiobmann der ÖVP vorgeschlagene Konsens über die Aussenpolitik teilweise verlorengegangen. Die in den letzten Jahren immer deutlichere Annäherung Österreichs an die sogenannten "Blockfreien" hat zu einer Abwendung von der bisher verfolgten Neutralitätspolitik nach dem Muster der Schweiz und von der bisherigen Anlehnung an die Staaten des Westens geführt. In der ÖVP besteht ein Konsens, dass auch in Zukunft alle sich aus der Neutralität ergebenden Rechte und Pflichten genau wahrgenommen werden müssen und dass eine glaubwürdige Neutralitätspolitik betrieben wird.

Punkt 8)

KIRCHE UND POLITIK

Theoretisch seit der Vorkriegszeit, praktisch seit den Fünfzigerjahren, herrscht Konsens darüber, daß sich die katholische Kirche, der 89% der Österreicher angehören, aus der Tages- und Parteipolitik heraushalten soll. Der Konsens darüber war zweifellos ein wesentlicher Beitrag zur inneren Befriedigung und Sicherung der staatlichen Existenz.

Sowohl die Kirche als auch die SPÖ unter Pittermann und Kreisky haben sich daran gehalten. Für die ÖVP erklärte Hermann Withalm ausdrücklich, daß auch sie am Wiedererstehen eines "politischen Katholizismus" nicht mehr interessiert sei. Mit dem Villacher Parteitag der SPÖ hat sich diese Situation beträchtlich geändert. Dort setzte sich die im Regierungsentwurf des neuen Strafgesetzes ursprünglich nicht vorgesehene "Fristenlösung" durch. Das Strafgesetz, das zu den nichtkontroversen Grundlagen eines demokratischen Staatswesens gehören sollte, wurde mit den Stimmen der Regierungspartei angenommen. Diese Entwicklung und das angelaufene Einleitungsverfahren für das Volksbegehren der "Aktion Leben" hat sowohl bei den Österreichern der älteren Generation verheilte geglaubte Wunden wieder aufgerissen, als auch gezeigt, daß man sich in der Sache durchaus noch nicht darüber im klaren ist, wo ein Dissens das politische Gemeinwesen insgesamt gefährdet. Wo es um diese Grundlagen geht, kann die Kirche auch heute nicht "unpolitisch" bleiben. Allerdings muß auch sie sich - wie die Parteien selbst - irrtümlich genug einer Diskussion über Form und Inhalt der nationalen Existenz jeweils unabdingbaren Grundwerte stellen und diese in tolerantem Geiste führen.

Punkt 9

MASSENMEDIEN

Für die Demokratie, die ohne grundsätzlichen Konsens ihrer Bürger nicht existieren kann, ist das Recht auf freie Meinungsäußerung unerlässlich. Ihre öffentliche Plattform sind die Massenmedien, von denen in den letzten Jahrzehnten Rundfunk und Fernsehen die grösste Bedeutung erlangt haben. Ihre Unabhängigkeit ist ebenso wie jene der durch Kostensteigerung bei Papier und Satz besonders bedrängten Presse in permanenter Gefahr. Diese auch angesichts in Gang befindlicher "Reform" zu sichern, ist vor allem wegen der enormen Kosten zweifellos schwer. Dennoch sollten sich um sie - gerade im Hinblick auf die Gefahr der Monopolisierung - nicht nur alle Parteien, Interessensvertretungen und Bundesländer, sondern auch alle österreichischen Bürger kümmern. Hierbei wird den Parteien als neue und bedeutende Aufgabe zufallen, auch ausserhalb der Massenmedien für eine entsprechende Information der Staatsbürger zu sorgen.

Punkt 10

FÖDERALISMUS

Artikel 2 der Österreichischen Bundesverfassung lautet: "Österreich ist ein Bundesstaat." Im Rahmen der Gesetzgebung sind die neun Bundesländer, die alten historisch-politischen "Individualitäten" der Habsburger Monarchie, im Bundesstaat vertreten, doch steht diesem bekanntlich nur ein suspensives Veto zu. Die Diskussion über seine Aufwertung, über das Verhältnis Wiens zu den Bundesländern, ist so alt wie die Verfassung, obwohl die Ressentiments in den Bundesländern gegenüber dem "Wasserkopf" Wien im Vergleich zur Zwischenkriegszeit sicherlich wesentlich geringer geworden sind. Dass Spannungen zwischen diesen Polen aber nach wie vor bestehen, zeigt sich in jeder politischen Partei. Bemühungen um Vertiefung und Verbreiterung "nationalen Konsenses" werden daher die Verbesserung dieser Beziehungen nicht ausser Acht lassen dürfen.

ÖSTERREICH ALS AUFGABE

1. Österreich war nach seiner Wiedererrichtung vor 30 Jahren nicht mehr "der Staat, den keiner wollte". Es hat seinen Willen zur Selbständigkeit erfolgreich unter Beweis gestellt. Österreich ist für die Nachkriegsgeneration zur Selbstverständlichkeit geworden. Dennoch mangelt es an einer österreichischen Selbstinterpretation und an einem Bewusstsein bezüglich der Funktion unseres Staates. Aufgabenstellungen vergangener Jahre, wie der Wiederaufbau, die Versöhnung der Bürgerkriegslager, die Erringung der staatlichen Freiheit und die Integration in Europa, sind mehr oder weniger erfolgreich erfüllt und haben für zukünftige Aufgabenstellungen keine Bedeutung mehr.
2. Die Gefahr einer "durch Neutralität verstärkten Schicksalslosigkeit" wird gefördert durch den sich immer stärker entwickelnden insularen Vorstellungshorizont des Österreichers und durch einen gewissen Hang zur Selbstzerfleischung.
3. Es muss daher ein neues Bewusstsein des Österreichers angestrebt werden, das in Einschätzung der Möglichkeiten eines Kleinstaates auf die bisher erreichten Leistungen stolz ist, und andererseits sich darüber im klaren ist, dass die Überlebenschancen eines Kleinstaates nur dann gewahrt werden können, wenn der vorhandene Spielraum politischer Autonomie intensiv genützt und das vorhandene Leistungspotential in optimaler Weise umgesetzt wird. Dazu erscheint es notwendig, den nationalen Minderwertigkeitskomplex abzubauen und ein den Leistungen der Österreicher entsprechendes Selbstbewusstsein aufzubauen, das Österreich dazu befähigt, die Chancen eines Kleinstaates optimal zu nützen.

4. Eine neue Selbstbesinnung Österreichs kann nicht naiv auf historische Leitbilder zurückfallen; gleichwohl muss sie aus der Erfahrung und der Bejahung der eigenen Geschichte gewonnen werden.

Die österreichische Geschichte muss Gemeinbesitz aller Österreicher werden. Sie ist gemeinsame Geschichte und gemeinsames Schicksal, gemeinsame Schuld und Leistung; kleine Gruppe hat daher das Recht, bestimmte Abschnitte dieser Geschichte für sich zu okkupieren und andere Abschnitte aus ihrem Bewusstsein zu verdrängen.

5. Österreich hat nach Erfüllung zeitbedingter Ziele keine eigentliche "Staatsdoktrin"; der Jugend ist die Frage schwer zu beantworten, wozu es Österreich überhaupt gibt und welche Aufgabe es sich stellt.

Damit ist nicht nur die Gefahr der Entfremdung der Staatsbürger vom Staat in der Demokratie gegeben, sondern die notorische Aufgabenlosigkeit führt auch zu gesellschaftlicher Desintegration und damit zu einer gesamtstaatlichen Gefahr. Darüber hinaus stellt auch Europa heute kaum über das Ökonomische hinausgehende Aufgaben. Das hat zur Folge, dass sowohl auf der Ebene des österreichischen Anspruchserfüllungsstaates als auch im Bereich der Welt für die Bürger eines Kleinstaates keine Aufgaben erkennbar sind, die Leistungsbereitschaft herausfordern und Sinnerfüllung bieten.

6. Es ist zu klären, wie und zu welchen Zwecken wir die nächsten zehn Jahre nutzen, welchen Stellenwert die Leistungskraft eines Staates, aber auch die Leistungen im Staat haben. Es wäre daher eine gemeinsame, über parteiliche Grenzen hinausgehende Diskussion anzustreben. Die Frage lautet: Lässt sich ein Etappenziel, wie Wiederaufbau, Erreichung eines allgemeinen Wohlstandes oder Integration in Europa und die Welt, wie sie für die vergangenen Jahrzehnte ge-

golten haben, auch für die nächsten zehn Jahre formulieren?

7. Österreich ist eine unvollendete Republik; es gibt keine geprägte und bindende republikanische Tradition, wie an der Selbstdarstellung republikanischer Institutionen, an der Schwäche der Jungbürgerfeiern und des Nationalfeiertages zu sehen ist. Der Republik ist es bisher nicht gelungen, eigenständige republikanische und demokratische Selbstdarstellungsformen zu entwickeln und dem starken Hintergrund älterer Traditionen Österreichs gegenüberzustellen.
8. Österreich liegt an einer Nahtstelle der Welt und hat daher durch eine Politik der Nachbarschaft, der Internationalität und der Offenheit dafür zu sorgen, dass der eigene Spielraum erhalten bleibt. Das bedingt vor allem eine geistige Spannung zu den Vorgängen der Welt. Neben der wirtschaftlichen Stärke und der politischen Unabhängigkeit könnte eine gesteigerte geistige Vitalität die Stärke des Landes vermehren. Das bedingt eine Mobilisierung der Phantasie, eine stärkere Vorstellungskraft und mehr Überblick für die Zukunft, sozusagen eine prospektive Planung des österreichischen Schicksals.

Die Möglichkeiten, inwieweit ein Kleinstaat als Modell sich neue Vorstellungen und neue Welten nutzbar machen kann, sind auszuschöpfen. Das verlangt eine Politik der Provokationen durch Zielsignalisierung von seiten der politischen Verantwortungsträger sowie Partnerschaft als Konfliktaustragungsmodell.
9. Österreich lag immer an der Kontakt- und Konfliktzone der europäischen Nationen und Kulturen, der Religionen und der grossen ideologischen Systeme. Seiner besonderen Lage

und Geschichte entsprechend, entwickelte Österreich keine Selbstinterpretation im Sinne eines eng nationalstaatlichen Selbstbewusstseins. Österreichs Staatsidee war stets darauf ausgerichtet, nationale und kulturelle Grenzen zu transzendieren, Vielfältiges in sich zu vereinen.

10. Eine Aufgabenstellung Österreichs für die Zukunft kann daher nicht im Nachholen eines nationalstaatlichen Selbstverständnisses liegen, sondern in einem besonderen Beitrag zu dem umfassenden Problem, das heute allen Staaten gemeinsam ist: die Konstruktion einer modernen Gesellschaft, die mit der Bewältigung aller bisher in der Geschichte unbekannt Probleme gleichwohl Freiheit, Entfaltung und Sinnerfüllung für die Einzelperson gewährleistet; die, trotz allen Massencharakters, Mitwirkung des einzelnen aus eigenem Antrieb und in Selbstbestimmung gewährleistet; die Konstruktion einer auf Selbstregulierung vertrauenden Gesellschaft verhältnismässig ungebundener und freier Personen.

Österreich kann diese Aufgabe nicht für sich und aus sich allein lösen; es kann dazu einen Beitrag leisten, indem es eigene Traditionen und Erfahrungen und eigene Talente fruchtbar macht und indem es sich öffnet zu den anderen hin, seine Anregungen selbstbewusst gibt und die der anderen empfängt und für sich nutzbar macht.

11. Österreich könnte dank seiner Überschaubarkeit, dank seiner gesunden föderalistischen Strukturierung der Welt ein Modell dafür liefern, wie man ererbtes Kulturgut und technische Zivilisation vereint, wie man Umwelt lebenswert erhält oder lebenswert macht, wie man den Ausgleich zwischen Natur und Technik schafft. Österreich sollte sich die Aufgabe stellen, gesunde und ausgeglichene Strukturen zu entwickeln, um drohende Zukunftskatastrophen intakt zu überleben und das Modell eines "Humanstaates" zu verwirklichen.

DEMOKRATIE IN UNSERER ZEIT

1. Die Entwicklung der Demokratie für ein Gemeinwesen ist nie abgeschlossen, steht nie still. Die Grundsätze der Demokratie sind wohl stets dieselben, aber die Mittel und Wege zu ihrer Verwirklichung ändern sich mit der ständigen Veränderung der Gesellschaft. Wenn daher der Demokratie das Ziel gegeben ist, dass immer mehr Menschen an immer mehr Entscheidungen teilhaben, so bedeutet dies einen fortwährenden Handlungsauftrag zur Fortentwicklung der demokratischen Strukturen.
2. Unsere Auffassungen von der Demokratie sind von folgenden Eckwerten geprägt:
 - In der Demokratie muss ein Gleichgewicht zwischen Macht und Kontrolle bestehen und stets hergestellt werden; diese Kontrolle muss in allen Institutionen und Gruppierungen bestehen, in denen gesellschaftliche und wirtschaftliche Macht ausgeübt wird;
 - In der Demokratie darf es nicht dadurch zur Versteinerung der Macht in der Hand nur einer gesellschaftlichen Gruppe kommen, dass diese die Institutionen so ändert, dass eine friedliche Machtablöse schon vom System her nicht möglich ist;
 - In der Demokratie ist die Mitbestimmung aller am Entscheidungsvorgang wesentlich; diese Mitbestimmung - soweit sie besondere Sachkenntnis voraussetzt - muss abgestuft sein und jedem entsprechend seinen Fähigkeiten und seiner Stellung in der Gemeinschaft die Mitentscheidungen auf den verschiedenen Ebenen ermöglichen;
 - In der Demokratie darf der Einzelmensch nicht vollständig verstaatlicht werden; es muss für ihn vom Staat unantastbare Freiheitsräume geben. Mitbestimmung auf allen Ebenen darf nicht dazu entarten, dass der Einzelmensch nun total von kollektiven Gruppen fremdbestimmt wird;
 - In unserer freiheitlichen Demokratie soll kollektive Verantwortung nur dort verankert werden, wo Einzelverantwortung

- nicht möglich ist: dieser erhöhten Verantwortlichkeit einzelner muß die ebenfalls erhöhte Kontrolle entsprechen.
- In der Demokratie sollen Konflikte nicht unterdrückt, sondern offen und in wechselseitiger Toleranz nach allgemein akzeptierten demokratischen Regeln ausgetragen werden.
 - In der Demokratie muß eine möglichst weite Öffentlichkeit an allen gesellschaftlichen Entwicklungen Anteil nehmen.
 - In der Demokratie muß der Entscheidungsprozeß möglichst nahe an die davon Betroffenen herangeführt werden: dies findet seinen Ausdruck im Subsidiaritätsprinzip und im Föderalismus, der dieses Prinzip näher gestaltet.
3. In jedem Gemeinwesen besteht grundsätzlich die Gefahr, daß im Gefolge von Machtballungen auf den verschiedensten Ebenen der Freiheitsraum des Menschen immer wieder neu eingeschränkt wird. Wir müssen daher sicherstellen, daß dieser Eigendynamik der Machtansammlung, dieser Ausweitung der gesellschaftlichen Macht ein damit Schritt haltender Ausbau der Kontrolle gegenübersteht; nur so können wir letztlich die Anerkennung des Einzelmenschen als Träger von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Rechten sichern.
- Die Demokratie ist umso fester in einer Gesellschaft verankert, je besser es gelingt, die Macht zu teilen und ein Gleichgewicht zwischen Macht und Kontrolle herzustellen.
4. Kontrollstellen haben die Neigung, selbst zu unkontrollierten Trägern von Macht zu werden: daher müssen in einer demokratischen Gesellschaft die notwendigen Ausbaumaßnahmen stetig erfolgen, also stets neue Kontrollmöglichkeiten gefunden werden, um das Gleichgewicht zu erhalten.
5. Demokratie ist eine Form der Gestaltung der Gesellschaft. Sie verlangt daher ein Mindestmaß von institutionellen Vorkehrungen. Demokratie lebt aber nicht allein in den Institutionen. Sie lebt wesentlich von der Gesinnung der Staatsbürger und deren Wertvorstellungen. Die demokratischen Institutionen auf allen Ebenen der Gesellschaft können nur dann zufriedenstellend arbeiten, wenn sie von Menschen getragen werden, die gemeinsam an die Lösung der Probleme herangehen und im Geist der Partnerschaft lösen.

6. In einer funktionierenden Demokratie werden die Rechte und Pflichten des Einzelmenschen und der Gesellschaft im wesentlichen durch das von den Volksvertretern beschlossene Gesetz, also das geschriebene Recht gestaltet. Daneben aber treten ebenso wichtige ungeschriebene Grundsätze, die in der freiheitlichen Gesellschaft mitverstanden sind: Der wichtigste dieser Grundsätze für das Funktionieren der Demokratie ist die Toleranz. Ohne Toleranz - die nicht mit Grundsatzlosigkeit verwechselt werden darf - muss die Demokratie scheitern. Nur die Duldsamkeit der Menschen und der Gruppen gegenüber anderen verbindet die Freiheitsräume, die ihnen eingeräumt sind; nur die Toleranz ermöglicht den für die demokratische Machtausübung wesentlichen Kompromiss.
7. In jeder Demokratie sind partnerschaftliche Strukturen die bestgeeigneten Voraussetzungen für die politische Willensbildung. Partnerschaft bedingt Ausgewogenheit in der Mitsprache und Mitverantwortung. Sie kann sich allerdings nur dann bewähren, wenn sie zwischen gleich gewichtigen Partnern besteht. In der partnerschaftlichen Gesellschaft müssen daher die stets neu sich bildenden Ungleichgewichte behoben werden; Partnerschaft bedeutet so einen ständigen Handlungsauftrag, alle Gesellschaftsbereiche fortzuentwickeln im Sinne einer Sicherung dieses Gleichgewichtes der Partner, womit auch die Mitsprache der von Entscheidungen betroffenen Menschen verbürgt wird.
8. In jeder Gesellschaft, auch und vor allem in der demokratischen, bestehen Meinungsverschiedenheiten über Lösungen, kommt es zu Auseinandersetzungen und Zusammenstößen der gesellschaftlichen Gruppen. Diese Zusammenstöße sind fruchtbar und verbessern letzten Endes die Qualität der Entscheidung. Die Demokratie muss jedoch alle jene Vorkehrungen getroffen haben - und das entsprechende Werkzeug ständig anpassen - dass diese Zusammenstöße und Meinungsverschiedenheiten geordnet ausgetragen werden

und so einen Prozess der friedlichen Weiterentwicklung der Gesellschaft ermöglichen. Demokratie ist in unserem Verständnis nicht zuletzt jene Form der Machtausübung, die alle gesellschaftlichen Kräfte fruchtbar macht und in den Entscheidungsvorgang im Sinne dieser friedlichen, evolutionären Weiterentwicklung einbindet.

9. Wir gehen in unseren Vorstellungen von der Demokratie von einem realistischen Menschenbild aus und hängen nicht Sozialutopien an. Wir wissen, dass Demokratie bestimmte wirtschaftliche und gesellschaftliche Voraussetzungen hat, damit sie nicht bloss toter Buchstabe und Demokratie für wenige bedeutet. Wir wissen aber auch, dass Demokratie sich nur dann bewähren kann, wenn das Interesse und die Bereitschaft zur Verantwortung aller Staatsbürger für die Mitgestaltung geweckt werden kann.

II. GEFAHREN FÜR DIE DEMOKRATIE

10. Der persönliche Einsatz des einzelnen für die Mitgestaltung an der demokratischen Ordnung ist gefährdet, wenn
- das politische System nicht mehr durchschaubar ist und dieser Mangel durch Information und durch politische Bildung nicht behoben wird;
 - sich daraus eine Motivationsschwäche ergibt, die zur mangelnden Mitwirkung führt, da dem einzelnen weder der Sinn noch die Möglichkeit einer Mitgestaltung in seinem Bereich einsichtig werden;
 - es zu einer Entfremdung zwischen dem Bürger und seinem Politiker kommt und Kontakte nicht hergestellt werden können;
 - der einzelne die Mitwirkung auf der ihn unmittelbar berührenden Ebene nicht erreichen kann;
 - Alternativen für den politischen Wettbewerb nicht entwickelt und verständlich gemacht werden;
 - Information monopolisiert wird und damit objektive Entscheidungsgrundlagen nur kleinen Gruppen zugänglich sind.

- die Glaubwürdigkeit der Repräsentanten nicht mehr gegeben ist;
- die Offenheit im Wettbewerb der Kandidatenaufstellung fehlt;
- die Qualität der Vertretung sinkt, sobald die Anzahl der Ämter, die in der Hand einer einzigen Person vereinigt sind, zur Überlastung führt (Ämterkumulierung);
- die Dienstleistung der öffentlichen Einrichtungen von der Allgemeinheit als nicht mehr gegeben angesehen wird;
- Gewaltenteilung durch Machtballung verdrängt wird und der Mensch sich in einer mehr oder weniger abhängigen Situation von Interessengruppen befindet;
- bestimmte Bevölkerungsgruppen schlechtergestellt werden als die Allgemeinheit (Alte, Familien, Landwirte).

III. ALTERNATIVEN FÜR DIE DEMOKRATISCHE ENTWICKLUNG

. Der persönliche Einsatz des einzelnen für die Mitgestaltung an der demokratischen Ordnung muss gefördert werden:

11. Der Mensch in der demokratischen Gesellschaft:

- Die Ausbildung zum Mitverständnis, zur Mitbestimmung und zur Ausübung von Kontrollmöglichkeiten erfordert vermehrte politische Bildung und eine praktische Ausbildung zur Demokratie, wobei hier die Schuldemokratie bereits wichtige Voraussetzungen schaffen kann;
- Durch Vermittlung von Grundsatzwerten, die Verantwortungsbereitschaft, Leistungswillen, Stärkung des Prinzips der Selbstverwaltung und der Toleranz soll der Mensch dazu angespornt werden, sich auf allen Ebenen am Entscheidungsprozess zu beteiligen;
- Um zu verhindern, dass der Mensch total verstaatlicht wird, sollen ihm Freiheitsräume vor allem im privaten Bereich, im Bereich der Familie und der Freizeitgestaltung verbürgt werden;

- Die Eigentumsbildung aller Bürger soll insbesondere auch durch die Beteiligung der Betriebsbelegschaften an der Substanz und am Wertzuwachs in Form von Belegschaftsanteilen und Beteiligungen an Personalgesellschaften erleichtert werden;
- Der Schutz des Menschen als Verbraucher ist derart auszubauen, dass in einem neuen Kaufvertragsrecht für den Käufer nachteilige Klauseln kraft zwingenden Rechtes ausgeschaltet werden;
- Die Rechtsansprüche des Menschen sollen im Bereich der Leistungsverwaltung der öffentlichen Hand durch hinreichende Information besser bewusst gemacht, effektiver ausgestaltet und so verbürgt werden, dass die Versorgung mit wesentlichen Leistungen sichergestellt ist.
- Minderheiten sind anzuerkennen; eine von der Mehrheit betriebene Assimilierungspolitik ist jedenfalls undemokratisch und widerspricht dem Gedanken der Partnerschaft.

12. Der Mensch am Arbeitsplatz

- Mitbestimmung bzw. Demokratie am Arbeitsplatz und im Betrieb werden für den einzelnen erst dann fühlbar, wenn sie nicht "oben" hängen bleiben, sondern sich unmittelbar auf den Arbeitsplatz, auf den Alltag auswirken. Mitbestimmung muss daher am Arbeitsplatz beginnen. Es muss das Ziel jeder Mitbestimmung sein, dem einzelnen die Möglichkeit zu geben, bei der Regelung der ihn unmittelbar betreffenden Angelegenheiten mitzuwirken;
- Mitbestimmung darf nicht dazu führen, dass eine Abhängigkeit von der Unternehmensleitung gegen eine neue Abhängigkeit von Funktionären ausgetauscht wird. Darüber hinaus gibt es auch Entscheidungen, die von der Sache her einer gemeinschaftlichen Bewältigung nicht zugänglich sind. Hier müssen Mitwir-

kung und Mitbestimmung in erster Linie im Anspruch auf Information und Erläuterung der Entscheidung bzw. ihrer Notwendigkeit bestehen. Die Kodifikation des Unternehmensrechtes soll dem Rechnung tragen (individuelles Arbeitsrecht);

- Durch Toleranz am Arbeitsplatz ist zu gewährleisten, dass dem einzelnen die volle politische Freiheit erhalten bleibt.
- Die schrittweise Entwicklung auf diesem Gebiet kann sicherlich nicht nach einem einzigen Patentrezept vorangetrieben werden, es wird notwendig sein, verschiedene Modelle für die Betriebe und die öffentliche Verwaltung auszuarbeiten, die der österreichischen Wirklichkeit entsprechen und nicht Abdrücke von ausländischen Vorbildern sind.

Substantielle Anreize steuerlicher oder anderer Natur wären jenen Betrieben der privaten und verstaatlichten Industrie zu geben, die die Belegschaft über Anteile am Unternehmen beteiligen.

- In der Schulung der Führungskräfte darf die Mitbestimmung nicht nur als Mittel der Steigerung der Leistungsfähigkeit, sondern als menschliche Grundvoraussetzung der Zusammenarbeit verstanden werden.

13. Die Verbände im Staat

Die Selbstbestimmung der Verbände im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich ist ebenso wie die Machtaufteilung zwischen den Gebietskörperschaften Ausdruck der Demokratie. Heute besteht die Gefahr, dass anstelle der früheren Abhängigkeit des einzelnen Menschen von staatlichen Institutionen eine wachsende Abhängigkeit von öffentlichen Körperschaften tritt. Im Sinne einer inneren Kontrolle dieser Machträger soll dafür Sorge getragen werden, dass auch in diesen Bereichen die Demokratie zum Tragen kommt.

14. Im einzelnen muss vor allem sichergestellt werden:

- dass bei allen Verbänden gewählt wird und dass das Ergebnis dieser Wahlen auch in der inneren Gliederung der Verbandsorganisation zum Ausdruck kommt;
- in Verbänden mit Einfluss auf das öffentliche Leben
eine wechselseitige politische Kontrolle in demokratischer Weise stattfindet, darüber hinaus aber auch intern das Kontrollrecht aller vertretenen Gruppen voll ausgebaut wird; die in diesen Verbänden eingegliederten Menschen sollen ihre Ansprüche und Rechte auch diesen gegenüber durchsetzen können.

IV. DIE POLITISCHEN PARTEIEN IN DER DEMOKRATIE

15. Die Qualität der Demokratie wird weitgehend von der Qualität der politischen Parteien bestimmt. In diesem Sinne müssen folgende Bemühungen bestärkt werden:

- Kritische Analysen der bisherigen Ergebnisse der Vorwahlen und eine Verfeinerung des Vorwahlsystems muss untersucht werden, das auf den regionalen und lokalen Gegebenheiten der Wahlbereiche beruht und ihnen angepasst ist;
- Grössere Offenheit im Bereich der Beratungen, d.h. Diskussion aller wesentlichen Sachfragen in den verschiedensten Gremien, vor allem auch in den Städten;
- Grössere Offenheit des praktischen Entscheidungsprozesses, d.h. es müssen Alternativen vorgelegt werden und die Entscheidungen nicht bereits von vornherein getroffen sein;
- Systematische Ausbildung der Staatsbürger zur Mitarbeit in den politischen Parteien, deren Bedeutung der Öffentlichkeit vorurteilsfrei dargelegt werden muss;
- Ständiger Meinungsaustausch zu Sachfragen auch mit Nichtmitgliedern der Parteien; organisatorische Sicherung des ständigen Dialoges mit Fachleuten;

- . tändige Weiterbildung der Funktionäre der Parteien zur Verbesserung des Entscheidungsprozesses und der Verbindung zu den Wählern;
- Innerparteiliche Diskussion von politisch wichtigen Sachfragen, vor allem in mittleren und kleineren Parteigremien, um dadurch den Entscheidungsvorgang auf allen Ebenen ablaufen zu lassen und damit das Interesse zu wecken, an diesem Entscheidungsvorgang mitzuwirken;
- Einführung einer Form des Persönlichkeitswahlrechtes, wodurch die Verbindung zwischen Wähler und Gewählten verstärkt werden kann.

V. MEDIENPOLITIK

16. Information und Bildung können heute ohne Medien nicht mehr vermittelt werden. Damit sind sie für die Demokratie unentbehrlich und haben auch den Auftrag, in diesem Sinne sachgerecht zu arbeiten, um die Qualität der Demokratie zu verbessern und sichtbar werden zu lassen. Jede Demokratie verlangt daher ein Informationswesen, das durch die Distanz zu den zentralen Machträgern (Staat, Parteien, Interessengruppen) in der Lage ist, eine objektive Berichterstattung zu sichern und die verschiedenen Meinungen widerzuspiegeln.
- Insbesondere jene Medien, die im Monopolbesitz des Staates sind, müssen Unabhängigkeit haben und zu tatsächlicher Objektivität verpflichtet werden; d.h. es ist eine ausgewogene, fachlich fundierte Information zu gewährleisten.
 - Bei den Massenmedien, insbesondere jene im Besitz des Staates, muss auch die föderale Struktur beobachtet werden;
 - Die Meinungsvielfalt im Marktangebot soll auch finanziell vom Staat unterstützt und gewährleistet werden.
 - Die Bildungsfunktion ist zu verstärken und das Angebot der Kulturberichterstattung auszubauen; Kultur- und Bildungsberichterstattung müssen sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht nach der Subjektivität der Berichtersteller richten.

VI. ARBEITSPARLAMENT, NICHT NUR DISKUSSIONSPARLAMENT

17. Die Gesetzgebung ist in Österreich wesentlich demokratischer, als dies den technischen Darstellungen entspricht, da direkt betroffene Interessenvertretungen weitgehend einbezogen werden. Das dem Parlament übertragene Kontrollinstrumentarium geht jedoch von überholten Vorstellungen der konstitutionellen Monarchie aus, wonach das Parlament der Regierung gegenübersteht. Heute ist es jedoch die Opposition, die auf die geballte Macht von Regierung und Parlamentsmehrheit trifft.

Um das Gleichgewicht zwischen Macht und Kontrolle wieder herzustellen, sind daher im parlamentarischen Bereich die Kontrollmöglichkeiten der Opposition auszubauen:

- Dem gesamten Parlament ist ein ausgebauter wissenschaftlicher Apparat zur Verfügung zu stellen. Der einzelne Parlamentarier hat ein Recht auf angemessene Arbeitsbedingungen. Hiebei ist die Möglichkeit zu prüfen, ob nicht die Forschungsstätten der Universität und anderer Einrichtungen in Rahmenverträgen dem Parlament zur Verfügung gestellt werden können. Ähnliche Möglichkeiten sollten für die Landtage eingerichtet werden;
- Die Stellung des einzelnen Parlamentariers ist den Erfordernissen des heutigen politischen Lebens anzupassen;
- Die Verfahrensvorschriften und der technisch-administrative Apparat des Parlamentes ist so auszubauen, dass es dem Auftrag der Bundesverfassung, die Geschäftsführung der Bundesregierung zu überprüfen, ausführen kann. In diesem Sinne ist die derzeitige Reform der Geschäftsordnung des Parlamentes ein positiver, aber nur erster Schritt für eine umfassende Parlamentsreform.
- Die Kontrollrechte des Rechnungshofes, eines wesentlichen Kontrollorganes der Volksvertretung, sind auszubauen;
- Hieher gehört auch die Einrichtung des Volksanwaltes als einer Person, die vom Parlament bestellt und sowohl durch einen zugeordneten Aufgabenkatalog als auch durch das Gewicht ihrer Persönlichkeit ein zusätzliches Kontrollinstrument sein müsste.

- Der Bereich der Aussenpolitik, der immer grössere Bedeutung erhält, muss stärker der parlamentarischen Mitsprache unterworfen werden; es geht nicht an, derart wichtige Fragen und Weichenstellungen der Willensbildung der Volksvertreter zu entziehen. Darüber hinaus wird uns mehr und mehr bewusst, dass die österreichische Demokratie sich nicht unabhängig von der Aussenwelt entwickelt.

VII. FÖDERALISMUS UND MACHTVERTEILUNG IN DEN INSTITUTIONEN

18. Eine sachgerechte Verteilung der Aufgaben zwischen den verschiedenen staatlichen Einrichtungen und auch zwischen diesen und dem einzelnen ist ein wesentliches Merkmal der Demokratie. Ein Leben in Freiheit ist nur in einem Staat gewährleistet, der entsprechend diesem Grundsatz den Menschen sowie die kleineren Gemeinschaften befähigt, ihre Aufgaben eigenverantwortlich zu lösen. Diesem Anliegen entspricht auch der Föderalismus, der im bundesstaatlichen Prinzip sowie in den Einrichtungen autonomer Gemeinden seinen Ausdruck gefunden hat.

Erhöhung der Verantwortung des Bundesrates; die Stärkung seiner Funktion und seiner Kontrollrechte erweist sich als notwendig.

19. Die konkrete Ausgestaltung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern kann keine ein für alle Mal gültige Lösung beinhalten: Die dem Gemeinwesen ständig zuwachsenden Aufgaben, Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Umweltschutz und ähnliches, erfordern stets neue Steuerungsmöglichkeiten. Eine vollständige Überprüfung der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung ist in der Richtung anzustreben, dass jeder Gemeinschaft die ihr direkt zufallenden und von ihr bewältigbaren Aufgaben übertragen werden, was bedeutet, dass etwa im Bereich der Strukturpolitik die Kompetenzen der Länder verstärkt, bestimmte Wirtschaftskompetenzen hingegen an den Bund übertragen werden.

20. Wesentliche öffentliche Aufgaben, wie insbesondere die Förderungsverwaltung und das Sozialversicherungswesen, mit deren Hilfe Strukturpolitik, Kultur- und Sozialpolitik betrieben werden, sind zur Zeit von einer wirksamen Kontrolle ausgenommen. Im Sinne einer qualitativen Verwirklichung der Demokratie wären auch hier verstärkte Kontrollen einzurichten. Die Reform der staatlichen Verwaltung muss unter dem Gesichtspunkt durchgeführt werden, die Entscheidungen näher an die Betroffenen heranzubringen.

VIII. STÄDTISCHER RAUM

21. Eine im städtischen Bereich vorhandene Apathie der dort lebenden Bevölkerung gegenüber dem politischen Geschehen ist zweifellos darauf zurückzuführen, dass in den Ballungszentren dem Menschen kaum politische Mitwirkungsrechte eingeräumt sind. Es soll daher verstärkt versucht werden, gerade in den städtischen Bereichen eine grössere Kontrolle der dort in Erscheinung tretenden Machtballungen zu erreichen, und die den Menschen unmittelbar betreffenden Fragen von ihm mitentscheiden zu lassen.
22. Insbesondere wären im städtischen Bereich folgende Ziele zu verwirklichen:
- Schaffung neuer Formen der Selbstverwaltung: wenn in kleinen Orten die Gemeindeverwaltung Projekte verwirklicht, so kann daran die Bevölkerung aktiv teilnehmen. In Grossstädten, vor allem in Wien, werden Riesenprojekte unter Ausschluss der Bevölkerung beschlossen. Eine Dezentralisierung der Entscheidungsbildung, eine Delegierung der Entscheidung an jene Gremien, die jetzt nur beratend eingeschaltet werden (z.B. Bezirksräte) in jenen Angelegenheiten, die von ihnen besorgt werden können, wäre ein wesentlicher Schritt zur Demokratisierung, ebenso wie die Stärkung der Gemeinderäte gegenüber den Bürgermeistern in den Städten mit eigenem Statut. Hierbei sollte die Koordination auf verschiedenen Entscheidungsebenen besser hergestellt werden, wobei in Bezirksfragen beispielsweise vorwiegend die Bezirksvertretungen entscheiden sollten,

30 JAHRE ÖVP

Arbeitskreis "BESSERE ZUKUNFT"

1. Vorbemerkung

Verantwortliche Politik darf sich heute mit der Hoffnung, irgendwie werde es schon weitergehen, nicht mehr zufriedengeben. Diese Unterlage kann nur Anregungen für eine Diskussion über künftige Entwicklungen bieten. Sie ist in keiner Weise umfassend und greift nur einige Bereiche heraus, die uns für die Zukunft relevant erscheinen:

- o zeitlich : wollen wir uns auf den Zeitraum bis etwa zur Jahrtausendwende beschränken
- o räumlich : wollen wir vor allem die Entwicklung der Industrieländer westlicher Prägung beleuchten
- o thematisch : wollen wir Trends verfolgen, die sich heute bereits abzeichnen und für die Zukunft entscheidend sein werden

2. Grundsätzliches

In unserer Zeit vollziehen sich Veränderungen rascher als früher. Die Chance einer national-eigenständigen Politik ist angesichts der internationalen Verflechtungen und der zu bewältigenden Probleme immer schwieriger. Gewisse Probleme können nur mehr durch regionale und überregionale internationale Kooperation gelöst werden. Die nationale Aufgabe Österreichs ist die Bewahrung unserer Eigenständigkeit durch die Zusammenarbeit mit allen anderen Staaten auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet. Aufgaben einer zukunftsorientierten Politik sind daher vor allem:

- o politische Entscheidungen auf ihre Auswirkungen für die Zukunft prüfen
- o mögliche Folgen unserer heute erkennbaren Situationen und Trends aufzeigen
- o Alternativen für die Zukunft erarbeiten

3. Gefahr und Chance

Zukunft bedeutet Veränderung. Als Chance ist sie gewollte Veränderung, als Gefahr erduldeten Veränderung. Die Zukunft ist fortgesetzte Geschichte, sie wird durch vorhandene Entwicklungstendenzen entscheidend beeinflusst, aber nicht determiniert. Trends können verändert werden. Wir wollen dem Menschen zeigen:

- o daß er gestalten und sich engagieren soll und
- o daß die Zukunft gestaltet werden kann.

Für den Entscheidungsträger erwächst daraus die Pflicht der aktiven und passiven Information, das heißt, er muß sich selbst informieren, ständig weiterlernen, ständig politisch relevantes Wissen aufnehmen, er muß aber auch bereitwillig weiter informieren, um dem Mitmenschen die Chance der Mitgestaltung zu geben.

4. Das Problem der Identifikation

Wir wollen den aktiven, engagierten Bürger. Sich-für-etwas-Einsetzen und Handeln ist aber nur möglich, wenn man sich aus der Mitte der Persönlichkeit als selbständiges Individuum erkennen und definieren kann. Immer stärker wird die Versuchung:

- o sich treiben zu lassen, weil man "ohnehin nichts machen könne"
- o sich von anderen bestimmen zu lassen
- o Verantwortung abzuwälzen
- o sich mit den vorgeformten Rollen zu identifizieren
- o sich mit modischen Attributen Kennzeichnen zu lassen (Auto, Arbeitsüberlastung, Zweitwohnung)

Wir sollten deshalb einen Weg finden, auf dem der Mensch als verantwortliches Wesen an sich und aus seiner Verantwortung heraus "wichtig" ist und sich nicht nur als unwichtiges Rädchen in einer übermächtigen Maschinerie erlebt. Weiters sollten wir den Mut zur Phantasie haben, um eigenes politisches Wollen zu formulieren.

5. Das Problem der Konzentration

Technik und ein kurz geratenes ökonomisches Verständnis haben zu einer sich ständig beschleunigenden Konzentration geführt:

- o Industriegiganten "schlucken" die Kleinbetriebe
- o "Megalopolen" - Riesenstädte fressen die freie Naturlandschaft
- o Verkehrsadern verknoten sich zu einer nicht mehr zu bewältigenden Dichte.

Die Konzentration, entstanden aus den Bemühungen, billiger, einfacher zu produzieren und die Vollversorgung für eine möglichst große Bevölkerungszahl zu garantieren, hat - an ihren Grenzen angelangt - vielfach ins Gegenteil umgeschlagen: die Dinge werden zu groß, zu kompliziert, zu kapitalaufwendig und zu mächtig. Die Systemkosten (etwa durch aufgeblähte Bürokratie) und die Sozialkosten (etwa durch lange Wartezeiten) betragen oft ein Vielfaches dessen, was durch die Konzentration an Produktionskosten ursprünglich gespart wurde. In den fortschrittlichen Industrieländern sehen wir riesige Wirtschaftseinheiten entstehen, die durch eine immer stärkere Zusammenballung von Unternehmungen geschaffen werden. Dabei besteht die Gefahr der Monopolisierung.

Beispiele:

Der Supermarkt - in riesigem Ausmaß aufgezogen im Vorortebereich einer Stadt - Konzentration von Transport und Verkehr, Konzentration eines Warenangebotes, Konzentration von Menschen, die einkaufen.

Die negativen Begleiterscheinungen beschränken sich nicht nur

auf das Zusperrren von Handels- und Kleingewerbebetrieben im innerstädtischen Bereich, sie sind auch zu merken im Verlust städtischer Vielfalt, in der Benachteiligung der Alten und Kinder, die den Supermarkt nicht oder mit mehr Mühe erreichen als bisher. Der Zwang zum Auto bringt Verkehrsprobleme mit sich, deren Lösung man der öffentlichen Hand überantwortet. Erutale Anonymität am Stadtrand.

Die Konzentration im Bereich der Medien ist ebenfalls ein Trend der vor Österreich nicht halt zu machen scheint. Informationen mit Wertorientierungen erreichen uns oft nur vorsortiert. Dadurch entsteht die Gefahr, daß die öffentliche Meinung durch Regierungsrundfunk oder wirtschaftliche Pressekonzentration derart manipuliert wird, daß von einer Meinungsvielfalt nicht mehr die Rede sein kann.

Die Verstädterung gehört zu den entscheidenden Merkmalen unserer Gesellschaft. Sie drückt sich besonders deutlich aus in den großstädtischen Konzentrationen von Menschen und Produktionsstätten. Der weltweit zu beobachtende Verstädterungsprozeß ist auch in Österreich in vollem Gang. Der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nimmt ständig zu. Eine Prognose der Bevölkerungsentwicklung bis 1980 ergab (gegenüber 1961) in den Agglomerationen eine Zunahme von 11%, im übrigen Österreich um 7,5%. Produktion, Handel und Konsum konzentrieren sich immer stärker auf die städtischen Räume: diese werden zunehmend Träger des gesamtwirtschaftlichen Wachstums.

Allein in den 18 größten Städten Österreichs wurden 62% des Bruttoproduktionswertes von 55% der Beschäftigten geschaffen. Die Arbeitsproduktivität der 18 größten Städte lag 1964 um mehr als 1/3 höher als der gesamtösterreichische Durchschnitt.

Ein weiterer, mit der Verstädterung einhergehender Trend, ist jener der "Suburbanisation" Lärmbelastung, Luftverschmutzung veranlassen die Leute aus der Stadt zu ziehen und sich im Grünen niederzulassen. Bei anhaltendem Trend zur Zweitwohnung wird

auf das Zusperrren von Handels- und Kleingewerbebetrieben im innerstädtischen Bereich, sie sind auch zu merken im Verlust städtischer Vielfalt, in der Benachteiligung der Alten und Kinder, die den Supermarkt nicht oder mit mehr Mühe erreichen als bisher. Der Zwang zum Auto bringt Verkehrsprobleme mit sich, deren Lösung man der öffentlichen Hand überantwortet. Erutale Anonymität am Stadtrand.

D i e K o n z e n t r a t i o n i m B e r e i c h d e r M e d i e n ist ebenfalls ein Trend der vor Österreich nicht halt zu machen scheint. Informationen mit Wertorientierungen erreichen uns oft nur vorsortiert. Dadurch entsteht die Gefahr, daß die öffentliche Meinung durch Regierungsrundfunk oder wirtschaftliche Pressekonzentration derart manipuliert wird, daß von einer Meinungsvielfalt nicht mehr die Rede sein kann.

D i e V e r s t ä d t e r u n g gehört zu den entscheidenden Merkmalen unserer Gesellschaft. Sie drückt sich besonders deutlich aus in den großstädtischen Konzentrationen von Menschen und Produktionsstätten. Der weltweit zu beobachtende Verstädterungsprozeß ist auch in Österreich in vollem Gang. Der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nimmt ständig zu. Eine Prognose der Bevölkerungsentwicklung bis 1980 ergab (gegenüber 1961) in den Agglomerationen eine Zunahme von 11%, im übrigen Österreich um 7,5%. Produktion, Handel und Konsum konzentrieren sich immer stärker auf die städtischen Räume: diese werden zunehmend Träger des gesamtwirtschaftlichen Wachstums.

Allein in den 18 größten Städten Österreichs wurden 62% des Bruttoproduktionswertes von 55% der Beschäftigten geschaffen. Die Arbeitsproduktivität der 18 größten Städte lag 1964 um mehr als 1/3 höher als der gesamtösterreichische Durchschnitt.

Ein weiterer, mit der Verstädterung einhergehender Trend, ist jener der "Suburbanisation" Lärmbelastung, Luftverschmutzung veranlassen die Leute aus der Stadt zu ziehen und sich im Grünen niederzulassen. Bei anhaltendem Trend zur Zweitwohnung wird

dieses Grün - der Erholung der Allgemeinheit zugedacht - verbetont sein.

Die gegenwärtige Konzentration des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in den Ballungsräumen ist auch gleichzeitig die Ursache einer siedlungs- und umweltpolitisch gefährlichen Entleerung von Grenzzonen und höher gelegenen Regionen, die in ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung zurückbleiben.

Während sich die Bevölkerung im Zeitraum einer Generation verdoppelt, wachsen die Unterschiede im Lebensstandard. Die Existenzbedingungen in Gebieten, die der modernen Technologie nicht ausreichend erschlossen sind, entsprechen weder der Menschenzahl noch den zunehmenden Ansprüchen. Die Menschen werden daher weiter in die Wachstumszentren strömen. Aber auch dort finden nicht alle die ihren Fähigkeiten entsprechende Erwerbsarbeit. Die Verdichtung wird gefährlich; Wirtschaft und Verkehr bewältigen den übermäßigen Umsatz nicht. Die Abfallstoffe lassen sich nicht ausreichend verteilen; sie durchsetzen das Wasser, Luft und Boden. Der Verbrauch übersteigt die natürliche Regeneration der Rohstoffe und der biologischen Verarbeitung. Die Technologie verlängert die Zeitspanne der Wiederverwendbarkeit von Mineralien.

Vorschläge:

- o Umlenkung der System- und Sozialkosten auf Schaffung von kleineren, überschaubaren Einheiten
- o Schaffung von dezentralen Schwerpunkten. Die bessere Ausstattung kleinerer Gemeinden kann zur Entlastung der Großgemeinden beitragen.
- o Abgabe von Souveränitätsrechten an kleinere Einheiten. Delegation der Macht - Subsidiaritätsprinzip
- o Kooperation statt Lenkung

6) Der "verwaltete Mensch"

Trotz eines größeren Angebotes an Kommunikationsmittel ist eine größere Vereinsamung der Menschen, eine größere Isolierung festzustellen. Trotz größerer Demokratisierung gibt es immer mehr Gruppen von Unterprivilegierten (Kinder, Alte, Kranke, regional Benachteiligte). Trotz einer Vielfalt von Organisationen und Institutionen ist eine soziale Verarmung des Menschen in der Nähe festzustellen. Der Staat übernimmt institutionalisiert die Hilfe in Notfällen, wodurch sich der Einzelne in seiner mitmenschlichen Pflicht zur Solidarität enthoben fühlt. Nachbarschaft ist verlorengegangen und die Distanz von Menschen, die Tür an Tür wohnen, hat sich zur umgehenden Einsamkeit entwickelt. Vor der Weltöffentlichkeit des Fernsehapparates vereinsamen wir und wissen weder um das Leid des anderen, noch sehen wir die Möglichkeit freiwilliger Hilfe.

Beispiele:

I m G e s u n d h e i t s b e r e i c h wird es besonders deutlich, daß aus dem fortschreitenden Eintreten der Gesellschaft für die soziale Sicherung der einzelne seiner sozialen Verpflichtung ebenso entwöhnt wird, sie seiner Pflicht zur eigenen Vorsorge.

Die staatliche Absicherung der großen sozialen Risiken darf nicht dazu führen, daß der Bürger angesichts von konkreten Notständen wartet, bis der Staat seine Verantwortung übernimmt. Die persönliche Verpflichtung zur menschlichen Solidarität und zur persönlichen Einsatzbereitschaft müssen einen zentralen Platz in der Erziehung und Bildung erhalten.

Vorschlag:

- o Der geforderte Umdenkprozeß muß zugleich dazu führen, daß beim einzelnen die Verantwortlichkeit für sich selbst und

seine Familie wieder stärker ins Bewußtsein tritt. Dieses Umdenken sollte auch dazu führen, daß das in unserer Gesellschaft weitverbreitete Desinteresse an Kranken und Behinderten, aber auch am Kind und am alten Menschen überwunden wird. Ein Ziel einer Gesundheitsreform muß es sein, jedem Menschen seinem Alter und seiner Leistungsfähigkeit entsprechende Lebensumstände und Betätigungsmöglichkeiten zu eröffnen und ihm seine Bindungen zur Gemeinschaft zu erhalten.

- o Zukunftsprognosen sollen in einer Sprache abgefaßt sein, die für alle verständlich ist. Sie müssen Möglichkeiten und Anstöße zur Mitarbeit beinhalten.
- o Ein dadurch erreichtes "Zukunftsbewußtsein" ermöglicht es den Politikern nicht nur in Legislaturperioden zu denken, sondern auch längerfristig zu planen.

Zunehmende Planung beginnt unser Leben einzuschränken. "Unsere Freiheit beginnt knapp zu werden..... Wir sehen uns gezwungen, die Freiheit zu bewirtschaften. Es braucht kein Russe zu kommen; die Freiheit ist gefährdet durch unsere eigene Geschichte - und ohne Planung nicht zu retten, meine ich." (M. Frisch)

Jeder muß auf einen Teil Freiheit verzichten, damit alle mehr Freiheit haben. Aber die Einschränkungen treffen nicht alle Menschen gleich. Die Initiative des Einzelnen aber wird eher eingeschränkt als ermutigt. In jeder Organisation haben wenige den größeren, viele einen geringeren Handlungsspielraum. Dabei wächst die Notwendigkeit von mehr Organisation ständig: zunehmende Arbeitsteilung und verbreiterte Information erzwingen weitere und rigidere Koordination. Die konventionellen Verteiler von Gütern und Macht-Markt und Wahlen - erweisen sich in vieler Hinsicht als unzureichend. (Verfügungsrecht über Einkommen und Vermögen).

7) Planung

"Planung ist immer Ausübung von Herrschaft. Wenn Freiheit und Vernunft nicht negiert werden sollen, muß man fordern, daß Planung nicht zu einem Herrschaftsmonopol von partikulären Interessensgruppen führt." (G. Picht)

Zunehmend ist Planung gekennzeichnet von einem Auseinanderklaffen von Entscheidungsträgern und Betroffenen. Planung in der Demokratie jedoch ist nicht allein eine Sache von Experten, sondern muß sich auf eine breite Zustimmung und Mitwirkung der Bürger stützen können.

Vorschläge:

Planung soll

- o einen geeigneten Rahmen für die Wahlfreiheit des einzelnen schaffen
- o realitätsbezogen sein
- o auf ihre Auswirkungen hin vorher überprüft werden
- o die Entscheidungsfreiheit des Menschen mitkalkulieren
- o flexibel bleiben (Elastizität der Planung)
- o Gemeinwohl orientiert sein.

Die Beteiligung des Einzelnen gerade an Entscheidungen im Kommunalbereich ist eine der wesentlichsten Forderungen zur Verwirklichung der Demokratie. Nirgends sonst werden die Grundbedürfnisse des Menschen so unmittelbar berührt und existentiell getroffen (Wohnen, Arbeit, Kommunikation, Freizeit, Bildung, Versorgung).

Partizipation der Bürger ist notwendig, um die unmittelbaren Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung in die Planungs- und Entscheidungsprozesse zum Ausdruck kommen zu lassen. Die komplexen Probleme dichter Sozialstrukturen sind mit den traditionellen Mitteln der repräsentativen Demokratie allein nicht zu lösen.

8. Hoffnung statt Angst

"Der Widerspruch, in den die Hoffnung den Menschen zur vorliegenden Wirklichkeit seiner selbst und der Welt versetzt, ist eben der Widerspruch, aus dem diese Hoffnung selbst geboren wird; es ist der Widerspruch der Auferstehung zum Kreuz".
(J. Moltmann)

Der Hoffende wird sich niemals abfinden können mit den Gesetzen und Zwangsläufigkeiten dieser Erde. Diese Hoffnung ermutigt uns zum Handeln. Die Hoffnung auf die Zukunft wird nicht genährt durch größeren Konsum und höheren Lebensstandard. Die immateriellen Faktoren menschlichen Lebens (Brüderlichkeit, Geborgenheit in der Familie, Verantwortungsbereitschaft) machen Zukunft erst lebenswert.

Die Zukunft ist ein offenes Handlungsfeld, sie wird sein, wie wir sie gestalten. Wir können für mehr Nachdenklichkeit, Besinnlichkeit und Rationalität plädieren und uns dafür einsetzen, daß die Handlungsspielräume erweitert und nicht eingeschränkt werden. Wir können nicht sagen, wie weit das wirkt, aber der Effekt wird ein anderer sein, als wenn wir es unterlassen.

In jedem Handeln treffen wir Entscheidungen. Wir müssen die Spielregeln neu durchdenken: Wirtschaft, Technik, Politik, Recht, Bildung, Kunst, Privatsphäre sind nicht zwangsläufig so, wie wir sie gerade vorfinden. Es gibt Alternativen.

Wir können "alternative Zukünfte" entwerfen und prüfen, ob sie auch möglich sind. Dann können wir uns fragen, für welche Zukunft wir optieren wollen.